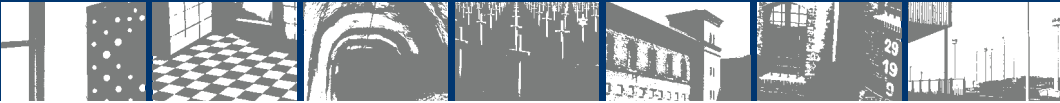




Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2025



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Editorial

Kai Langer 1

Rede bei der Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR am 26. Mai 2025, Grenzdenkmal Hötenleben

Evelyn Zupke 3

Zwischen Erinnerung und Aushandlung.

Delphina Burtscher, ihre Widerstandsgeschichte und das Reichskriegsgericht aus der Perspektive einer Enkelin

Lydia Maria Arantes 10

Deutsch denken?

Wie die rechtsextreme AfD den Kulturbetrieb Sachsen-Anhalts umgestalten will – ein Essay

Kai Langer 21

35-jähriges Bestehen des Bürgerkomitees Magdeburg e.V.

Anna Skiba 26

Der Frauenhaftort „Roter Ochse“ – ein Ausstellungsprojekt von Runa Scharlau und der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Niklas Poppe 41

Vom Hoheitszeichen zum Einheitssymbol – Die DDR-Begrüßungsstele der Grenzübergangsstelle Marienborn

Sarah Schröder 54

Den Opfern des DDR-Grenzregimes ein Gesicht geben – Bahnhofsvorplatz in Helmstedt wurde Fred Voitke gewidmet

Beate Ziehres 63

Das geteilte Dorf – Grenzgesellschaft im Harzort Stapelburg	
Justus Vesting	70
Verstärkte Aufarbeitung: Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR	
Mathias Deinert	95
DDR-Nostalgie und Ostalgie auf Twitter	
Sarah Tober	106
Auf ganzer Linie gescheitert: Erziehung im „Jugendhaus Halle“	
Udo Grashoff	123
(K)eine Chance für die Erinnerungskultur?	
Ein erster Zugang zu Brettspielen über die DDR und den Eisernen Vorhang	
Felix Ludwig	129

Aus der Arbeit der Stiftung

Mehr Bildung wagen: Zweitägige Gedenkstättenfahrten in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	
Felix Ludwig	138
Podcastprojekt	
Emilie Deter, Helen Marx	143
Objekt 06104 – Lehrmodell Sowjetische Alliiertenkontrolle. Ein Bericht über ein eigenverantwortliches Projekt	
Henriette Rössner	148

Liebe Leserinnen und Leser,

das Titelbild, aufgenommen nach der diesjährigen Gedenkveranstaltung am 26. Mai für die Opfer des DDR-Grenzregimes in Hötensleben, bildet den visuellen Link zum inhaltlichen Schwerpunkt dieser „Erinnern!“-Ausgabe: Passend zum 35. Jubiläum der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln wir darin vor allem Themen, die die Abschottungspolitik der SED-Diktatur nach außen und ihr repressives Handeln nach innen zeigen.

So dokumentieren wir im ersten Teil des Heftes den Wortlaut der Gedenkrede, die Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, am Grenzdenkmal Hötensleben zur Erinnerung an die Opfer des DDR-Grenzregimes gehalten hat. Darin geht die ehemalige Bürgerrechtlerin u.a. auf Einzelschicksale wie das des 17-jährigen Werner Thiemann ein, der nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zusammen mit einem Freund den Versuch unternahm, die deutsch-deutsche Grenze zu überqueren, und dabei zu Tode kam. Oder auf die Geschichte des Ehepaars Klara und Kaspar Obkirchen, die sich der behördlich verfügten Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet durch gemeinsam begangenen Suizid entzogen. Schicksale wie diese dürften nicht vergessen werden. Sie sollten eine ständige Mahnung für die Lebenden sein.

Auf ein eindrückliches Beispiel zur Ehrung von Grenzopfern geht auch Beate Ziehres vom Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V. ein. In ihrer Heimatstadt Helmstedt wurde der örtliche Bahnhofsvorplatz kürzlich zum ehrenden Gedenken eines Getöteten in Fred-Woitke-Platz umbenannt. Aus Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der DDR hatte sich der damals 23-jährige Straßenbauarbeiter 1971 zusammen mit zwei Kollegen zur Flucht in den Westen entschlossen. Ihr Versuch vom 21. April, die Grenze bei Marienborn in einem eigens präparierten Lkw zu überqueren, endete im Kugelhagel. Während seine Begleiter die gescheiterte Aktion schwerverletzt überlebten, wurde Voitke tödlich getroffen. Dass ihm unweit der Todesstelle heute namentlich gedacht wird, ist maßgeblich das Verdienst Michael Teupels, eines ehemaligen politischen Häftlings, der das Wachhalten der Erinnerung an die Grenztoten zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat.

Andere Autorinnen und Autoren nehmen weitere Facetten der innerdeutschen Grenze in den Blick: So gibt Justus Vesting, Mitarbeiter am Institut für Landesgeschichte beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (LDA) Sachsen-Anhalt einen Einblick

in seine Forschungen zur Erinnerungskultur entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Anhand einer Mikrostudie zu Stapelburg geht er auf die Folgen der „Grenzgesellschaft“ in dem kleinen Harz-Dorf ein. Seine LDA-Kollegin Sarah Schröder zeichnet die Geschichte der „Begrüßungsstele“ bei Marienborn, jenes an der A2 gelegenen markanten DDR-Hoheitszeichens, nach. Als Schöpfer der 1978 gefertigten Stele, die an mehreren Grenzübergängen installiert wurde und heute nur noch an wenigen Stellen zu finden ist, ermittelte sie den Ost-Berliner Designer und Gebrauchsgrafiker Lutz Brandt, der DDR 1984 selbst aus der DDR ausreiste. Ob er bei dieser Gelegenheit selbst an den von ihm geschaffenen Werk vorbeifuhr, ist leider nicht überliefert. Brandt starb bereits im vergangenen Jahr.

Mathias Deinert, Referent am Deutschen Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg, berichtet aus seiner Arbeit als Provenienzforscher über Kulturgutenziehungen in der SBZ/DDR. Viele der von ihm ermittelten Entziehungsgründe haben mit der deutschen Teilung zu tun, z.B. sogenannte Republikfluchten, Inanspruchnahmen verlassener Wohnungen und Grundstücke, Umsiedlungsaktionen oder „Zollvergehen“. Viele Objekte, die das SED-Regime beschlagnahmte ließ, wurden anschließend auf westlichen Kunstmärkten veräußert, um Devisen zu erwirtschaften.

Der thematische Leitfaden, den dieses Heft durchwirkt, betrifft auch die beiden Beiträge zu zwei Hallenser Haftorten: Niklas Poppe, Gedenkstättenpädagoge, berichtet über ein Ausstellungsprojekt von Runa Schalau, das den „Roten Ochsen“ als zweitgrößte Frauenhaftanstalt der DDR in den Blick nimmt. In dem bisher nur wenig beleuchteten Kapitel nimmt das Thema Haftzwangsarbeit breiten Raum ein. Udo Grashoff erinnert an das 1971 in Betrieb genommene „Jugendhaus“ Halle, das größte und modernste Jugendgefängnis der DDR. Wie der Autor, Wissenschaftler am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, schreibt, war der Haftalltag der 14-17-jährigen Insassen von militärischem Drill geprägt. Von einer Erziehung zur Resozialisierung konnte keine Rede sein.

Das und vieles mehr finden Sie im aktuellen „Erinnern!“-Heft. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.



Dr. Kai Langer

Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Evelyn Zupke während ihrer Gedenkrede am Grenzdenkmal Hötenleben.

Rede bei der Gedenkstunde für die Opfer des Grenzregimes der DDR am 26. Mai 2025, Grenzdenkmal Hötenleben

Evelyn Zupke

Lieber Herr Dr. Langer,
lieber Herr Bürgermeister Friedrichs,
lieber Herr Bürgermeister Schobert,
liebe Frau Dr. Frisch,
liebe Freunde der VOS,
liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Abgeordnete und Gemeindevertreter,
liebe Gäste,

In den zurückliegenden Monaten jährten sich viele für uns wichtige Ereignisse. Manche mit viel Berichterstattung in den Medien. Manche Ereignisse jedoch fast nur bemerkt von den Menschen, die dieses selbst vor Ort erlebt haben.

Vor dreißig Jahren erfolgte der Abzug der russischen Truppen aus dem wiedervereinigten Deutschland. Mit Konvois von Panzern über Straßen und Schienen. Hier im Nachbarort, in Ausleben, endet dieses Kapitel deutsch-deutscher und europäischer Geschichte. Ein Kapitel, das das Leben der Menschen vor Ort über Jahrzehnte tagtäglich geprägt hat. Der damalige russische Präsident Jelzin sprach bei einem Festakt zum Truppenabzug vom Ende der Gewalt in der Welt und ja, sogar vom Beginn eines dauerhaften Friedens. Die Mauer und der Eisernen Vorhang waren gefallen und wir erlebten einen der glücklichsten Momente in unserer Geschichte. Demokratie hatte über Diktatur gesiegt. Der Kalte Krieg, die ständige Sorge über einen Krieg mitten in Europa, schien für immer in die Geschichtsbücher verbannt. Dieses Gefühl der Erleichterung. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern und ich denke, vielen von Ihnen geht es genauso.

Wenn wir heute in die Welt schauen, dann sehen wir ein anderes Bild. Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit – auch nicht bei uns in Europa. Was bedeutet es in einer Diktatur zu leben? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist wichtig. Mit Blick auf die Vergangenheit, um unsere Geschichte zu verstehen. Aber ebenso auch, wenn wir heute vor der Entscheidung stehen, wie wir uns gegenüber den heutigen autoritären Regimen verhalten. Und wenn wir erleben, dass mitten in unserer heutigen Gesellschaft immer wieder Menschen das Autoritäre als das vermeintlich bessere Gesellschaftsmodell propagieren.

Was bedeutet es in einer Diktatur zu leben?

Was bedeutet es, wenn der Staat nicht die Freiheit der Menschen garantiert, sondern sie einsperrt?

Die innerdeutsche Grenze, wie hier in Hötenleben. Sie war mehr als nur ein Riss durch unser Land. Sie war das zu Stein, Beton und Stacheldraht gewordene Signal eines repressiven Staates an seine Bürger: „Eure Freiheit liegt in unseren Händen!“ Diese Grenze teilte nicht nur diese über Jahrhunderte historisch gewachsene Region. Diese Grenze teilte die damalige Welt. Demokratie auf der einen Seite, Diktatur auf der anderen.

Aber diese Grenze. Sie war mehr als das. An Stacheldraht und Mauer trennten sich viele Wege. Paare, Familien, Freunde. Bleibe ich oder gehe ich? Diese Entscheidung traf niemand für sich allein. Die innerdeutsche Grenze war eben nicht nur ein Riss durch unser Land.

Mauer und Grenze waren ein Riss durch die Gesellschaft und durch viele Tausende Familien.

Häufig sehen wir in Filmen nur die Geschichten der erfolgreichen Fluchten. Menschen, die mithilfe von Tunneln oder Ballons ihren Weg in die Freiheit fanden.

Die Flucht über Mauer und Grenze führte jedoch eben nicht für jeden in die Freiheit. Viel zu häufig führte dieser Weg in die Gefängniszellen der Diktatur und ja, für manche auch in den Tod.

Die Toten an der Grenze. Sie waren in der DDR ein Staatsgeheimnis. Nicht die Erinnerung an die Opfer, sondern das Schweigen und das Vergessen war das Ziel des SED-Staates. Umso wichtiger ist es, dass wir heute die Opfer beim Namen nennen, dass wir uns an ihre Schicksale erinnern und dass wir den Angehörigen zur Seite stehen. Es ist wichtig, dass wir die Opfer beim Namen nennen. Dass wir ihre Geschichte erzählen.

Es sind Schicksale, wie das von Werner Thiemann. Er war 17, als er sich im August 1953 noch unter den Eindrücken der Niederschlagung des Volksaufstandes mit einem Freund entschloss, die Gängelung durch den SED-Staat nicht länger hinzunehmen und die DDR gegen Westen zu verlassen.

Ohne genau zu wissen, was sie im Grenzgebiet erwarten würde, machten sie sich unweit von hier in Ohrleben auf den Weg Richtung Bundesrepublik. In den frühen Morgenstunden liefen sie einen Feldweg an der ehemaligen Bahnstrecke nach Jerxheim entlang. Die Grenzpolizisten, die sie bemerkten, hielten sie zunächst nur für Arbeiter. Bis sie jedoch auf ihre schweren Taschen aufmerksam wurden. Die beiden Flüchtigen versuchten einer Kontrolle und Verhaftung zu entgehen. Sie brachen ihre Flucht gegen Westen ab und liefen in Richtung Hinterland. Nach zwei kurzen Warnschüssen trafen die Kugeln der Grenzsoldaten Werner Thiemann von hinten. Er erlitt einen Hüftdurchschuss mit Verletzungen in Darm und Leber. Er konnte vor Schmerzen nur noch wimmern.

Erst nach einer Stunde traf ein Arzt ein und eine weitere Stunde später ein Krankenwagen. Tage später erlag Werner Thiemann im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

In einer „Stellungnahme zur Schuldfrage“ schrieb die DDR-Grenzpolizeikommandantur, dass der Grenzer „rechtmäßig von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hat. Sein Verhalten war wachsam und taktisch richtig.“ Die Grenzer erhielten auf Befehl des Leiters der Hauptverwaltung der Deutschen Grenzpolizei eine Prämie von 50 Mark für „gute Wachsamkeit und taktisch einwandfreies Verhalten“.

Das Unrecht an der innerdeutschen Grenze hatte viele Formen. Es sind die Grenzto-ten, wie Werner Thiemann. Es sind Flüchtlinge, deren Weg bei der Flucht nicht in die Freiheit, sondern in die Gefängnisse führte.

Aber es sind ebenso auch die Menschen, die auf Geheiß der SED-Führung ihre Heimat verloren. Das Unrecht der Zwangsaussiedlungen ist auch heute noch vielen Menschen unbekannt. Die „Aktion Ungeziefer“, die zwangsweise Umsiedlung von rund 8.000 DDR-Bürgern aus dem innerdeutschen Grenzgebiet. Ungeziefer. Diese menschenverachtende Sprache spiegelt den menschenverachtenden Geist eines menschenverachtenden Systems.

Zehn Jahre später die Aktion „Festigung“ mit tausenden weiteren Opfern. Aber 11.000 Menschen waren in der DDR von Zwangsumsiedlung betroffen. Diese Zahl, über 11.000 Menschen, über 11.000 Männer, Frauen und Kinder, ist für mich nur schwer zu greifen.

Es sind Menschen, deren Leben durch den brutalen Eingriff der Diktatur von einem Tag auf den anderen für immer verändert wurde. Menschen wie Marie-Luise Tröbs, die in den letzten Jahren hier zu Ihnen gesprochen hat. Und die, als damals Zehnjährige, auf dem Rückweg vom Kindergottesdienst in die Arme der Volkspolizisten lief. Staats-sicherheit und Volkspolizei waren gerade dabei, die Zwangsumsiedlung ihrer Familie vorzubereiten. Marie-Luise Tröbs wurde noch nicht einmal die Möglichkeit gegeben, sich von ihren Schulkameradinnen zu verabschieden. Nur ein Puppenkleid und eine



v.l.n.r.: Wittich Schobert, Bürgermeister der Stadt Helmstedt, Hagen Friedrichs, Bürgermeister der Gemeinde Beendorf, Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Dr. Susan Frisch, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Spielzeug-Kaffeemühle konnte sie damals mitnehmen. Es ist eine Geschichte, die mich immer wieder trifft.

Ich denke bei der Zwangsaussiedlung aber auch an Menschen wie Klara Obkirchner, die sich in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni 1952 mit ihrem Mann Kaspar das Leben nahm. Die Angst vor der Zwangsaussiedlung und davor, möglicherweise in ein Lager in die Sowjetunion verschleppt zu werden, trieb das Paar in den Selbstmord.

Die Geschichte der Zwangsaussiedlung ist eine Geschichte des Leids, der Repression, des Heimatverlustes und ja, auch in vielen Fällen, eine des Todes.

Die Erinnerung an die Zwangsaussiedlung fordert uns als Gesellschaft heraus. Die Zwangsaussiedlung hat uns keine Gefängnisse, Mauerteile oder Stacheldraht, wie hier am Grenzdenkmal in Hötensleben, hinterlassen. Für die Zwangsaussiedlung fehlen die Orte, die in unserer Erinnerungskultur wie Brücken zwischen Vergangenheit und Ge-



Gedenkeichen für die Opfer der innerdeutschen Grenze und der Zwangsaussiedlungen an der westlichen Mauer des Grenzdenkmals Hötensleben.

genwart fungieren können. Die Zwangsaussiedlung hat heute meist nur stille Zeugen. Umso wichtiger ist es, dass wir, wie heute, über die Zwangsaussiedlung sprechen, dass wir uns mit den bis heute andauernden Folgen auseinandersetzen.

Ich bin Ihnen, lieber Dr. Langer für die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und dem Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V. und auch dem Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V. dankbar, dass Ihre Gedenkveranstaltung hier an der ehemaligen innerdeutschen Grenze ganz bewusst auch die Opfer der Zwangsaussiedlung einschließt.

Als Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur möchte ich sagen: Begreifen wir die Erinnerung an die Zwangsaussiedlung nicht als eine regionale Aufgabe der früheren Grenzregionen! Nein, die Erinnerung der Zwangsaussiedlung ist wie die Erinnerung an die Opfer von Mauer und Stacheldraht von nationaler Bedeutung. Es liegt an uns, dass die Erinnerung an die Opfer des Grenzregimes, an die Opfer der SED-Diktatur, nicht verblasst.

Wenn wir in diesem Jahr „35 Jahre Deutsche Einheit“ bei Gedenkstunden und Festakten feiern, denke ich an die Menschen, die für ihre und unsere Freiheit gekämpft haben und dafür ihr Leben ließen. Wir denken aber ebenso auch an all die Familien, Verwandte und Freunde, die geliebte Menschen an der Grenze verloren haben. Sie leben bis heute mit diesem schmerzlichen Verlust.

Die Opfer des Grenzregimes.

Die Opfer der politischen Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR und ihre Angehörigen.

Wir vergessen sie nicht! Ihre Schicksale sind eine Mahnung und ein Auftrag an unsere heutige demokratische Gesellschaft zugleich: „Nie wieder Diktatur“

Vielen Dank!



Elternhaus von Delphina Burtscher auf Küngswald.

Zwischen Erinnerung und Aushandlung. Delphina Burtscher, ihre Widerstandsgeschichte und das Reichskriegsgericht aus der Perspektive einer Enkelin

Lydia Maria Arantes

I. Delphinas Geschichte

Wir sind hier und heute in Berlin, einer großen Stadt auf dem flachen Land. Damit ich meine Geschichte erzählen kann und Sie sich so gut wie möglich in diese einfühlen können, zähle ich auf Ihre Vorstellungskraft.¹

Stellen Sie sich vor, wir stehen am Eingang zum „Walsertal“, einem Tal mitten im Herzen von Vorarlberg, dem westlichsten Bundesland Österreichs. Es handelt sich um ein sogenanntes V-Tal, wie wir bereits in der Volksschule lernen. In der spitz zulaufenden Talsohle ist lediglich Platz für einen kleinen Bach. Bewohnt wird es deshalb nur an den



Delphina Burtscher im Alter von 12 Jahren 1938.

steilen Hängen. Auf sechs Gemeinden verteilt leben dort im gesamten Tal heutzutage knapp 3400 Menschen.

Begeben wir uns nun in dieses Tal hinein. Auf der linken Seite, der südlich ausgerichteten Sonnenseite, ist der Wald großen Grünflächen gewichen, auf denen wir hin und wieder einen kleinen Ortskern mit Kirche sehen. Die meisten Häuser stehen weit verstreut am sonnigen Hang.

Auf der rechten Seite, der dunkleren Schattenseite, gibt es nur ein Dorf. Der Großteil dieses Hanges ist bedeckt mit einem Wald aus vorwiegend dunkelgrünen Nadelbäumen. Und dort, fast am Ende des Tals, öffnet sich auf 1100 Metern Seehöhe eine kleine Waldlichtung, auf welcher drei Häuser stehen. Diese Lichtung mit dem Namen Küngswald ist eine Stunde Fußmarsch vom Dorfkern entfernt, der sich auf der Sonnenseite des Tals befindet.

In einem der drei Häuser – einem Selbstversorgerhof mit zehn Kühen ohne Strom und fließend Wasser – lebte die Familie Burtscher mit ihren vierzehn Kindern, von denen lediglich neun das Erwachsenenalter erreichten. Im Juli 1926 kam dort ein Mädchen mit dem Namen Delphina auf die Welt, das dreizehnte Kind der Burtschers.

Delphina erzählte Folgendes über ihre Kindheit dort oben auf Küngswald: „Vater war so schlau, dass er für alle Kinder Werkzeuge machte. Seien es Rechen, Sensen oder Schaufeln, egal was. Egal wie klein wir waren, wir konnten schon ‚schaffa‘ [Anm.: arbeiten]. Als wir dann erwachsen waren, konnte niemand mehr sagen, ‚wir können das nicht‘“². Im Alter von knapp siebzehn Jahren verlor Delphina ihre Mutter an Krebs und vier ihrer Brüder waren im Kriegseinsatz. Sie war alleine für die Hausarbeit zuständig. „(...) ich musste mit in den Stall, kochen, waschen ... alles alleine“³, berichtete sie.

Diese sehr abgelegene Gegend ist auch der Schauplatz der Fahnenflucht von Delphinas Brüdern Willi und Leonhard Burtscher sowie von ihrem Verlobten Martin Lorenz. Willi und sein Bruder Leonhard kehrten nach dem Tod ihrer Mutter im Juni 1943 nicht mehr an die Front zurück und versteckten sich gemeinsam mit Martin – unterstützt von Delphina, die sie auf dem abgelegenen Hof versorgte. Sie desertierten jedoch nicht nur, sondern waren dabei, eine österreich-patriotische Widerstandsgruppe – eine

Selbstwehr für ein freies Österreich – zu bilden, mit dem Ziel, Strukturen zu etablieren, die nach dem bald erwarteten Kriegsende die Ordnung im Dorf aufrechterhalten sollten.⁴

Nach einem Jahr des Versteckens wurden sie von ihrem Nachbarn verraten: Leonhard entkam. Martin, 26 Jahre alt, und Willi, 22 Jahre alt, wurden im Oktober 1944 vom Reichskriegsgericht in Salzburg zum Tode verurteilt und am 08.12.1944 in Graz enthauptet. Die Familie kam ebenfalls in Haft. Delphina, grad erst 18-jährig, war damals von Martin schwanger. Nach der Geburt des Kindes im September 1944 durfte sie noch ein paar Monate beim Baby bleiben. Im März 1945 wurde sie in eine Jugendhaftanstalt in Rothenfeld bei München gebracht, nachdem sie zwei Mal versucht hatte, den Haftantritt hinauszuzögern. Das wenige Monate alte Baby blieb währenddessen bei der Mutter ihres hingerichteten Verlobten.⁵

Delphina ist meine Oma und das gerade erwähnte Baby mit dem Namen Maria meine bald 81-jährige Patentante. Wir haben Delphina in der Familie liebevoll „Omile“ genannt, im Vorarlbergerischen Dialekt „kleine Oma“, weil sie einfach eine sehr kleine Frau war. Eine äußerlich kleine Frau, die innerlich so groß war. Die ständig für Späße und Schalk aufgelegt war. Die mir beigebracht hatte, Riebl⁶ zu kochen. Die mich das Kurrentschreiben gelehrt hatte.

Ich bin mit dieser, ihrer Geschichte aufgewachsen. Es wurde zwar nicht ständig darüber geredet, aber es wurde auch nichts verschwiegen. Damals in den 1990er Jahren erzählte mein Onkel Xaver, ihr erstgeborener Sohn, dem Dorfarchivar und Bekannten der Familie, Thomas Gamon, während eines Spaziergangs von ihrer Geschichte. Thomas wurde sofort hellhörig. Er erkannte, dass sie besonders war und bat um Erlaubnis, mit Delphina darüber sprechen zu dürfen. Dem folgte 1996 die Ausstrahlung eines ORF-Radiointerviews, welches er mit ihr geführt hatte, und zwar im Rahmen des regional bekannten Drehorgel-Formats auf Radio Vorarlberg, in welchem Menschen aus der Region dazu eingeladen wurden, über ihr Leben zu erzählen.

Wenige Jahre später starb Delphinas Mann, mein Opa Pirmin, den sie jahrelang gepflegt hatte. Sie fühlte sich nutzlos und zu nichts mehr zu gebrauchen. Xaver regte

meine Oma deshalb dazu an, ihre Geschichte niederzuschreiben. Mit wenig Schulbildung aber sehr viel Elan schrieb sie alles von Hand nieder und fand so wieder ein wenig Sinn in ihrem Leben. Ihre Tochter, meine Mama Erika, tippte das teils kryptisch verfasste Manuskript ab und überarbeitete so manch unverständlich geschriebene Passage in enger Abstimmung mit ihr. Meine Schwester Sarah und ich lektorierten diese Fassung als junge Studentinnen und Thomas Gamon veröffentlichte die Geschichte dann 2005 zum Todestag der beiden „Buben“, wie sie bei uns heißen, als Büchlein im Rahmen der Schriftenreihe der Marktgemeinde Nenzing⁷, wo Delphina ihre zweite Lebenshälfte verbrachte.

II. Zufälle

Dass wir heutzutage bzw. heute konkret über die Geschichte meiner Oma sprechen können, hat maßgeblich damit zu tun, dass Onkel Xaver und Thomas Gamon Anfang 1990er Jahre spazieren gegangen sind und auf ein damals noch ziemlich stigmatisiertes Thema zu sprechen gekommen sind. Denn damals war nur von Fahnenflucht bzw. Desertion die Rede. Über Widerstand sprach niemand.

Dass ich hier und heute ein paar Worte zu meiner Oma an Sie richten kann, hat wiederum mit einer Reihe von anderen Zufällen zu tun. Anfang Mai 2024 erreichte mich ein Email von Lars Skowronski. Er war dabei, die Wanderausstellung fertigzustellen, die heute hier eröffnet wird und an der zum damaligen Zeitpunkt bereits jahrelang gearbeitet worden war. Er wollte jedoch unbedingt noch die Geschichte rund um die Familie Burtscher unterbringen, um den Österreichteil der Ausstellung zu stärken. Er bat mich um Erlaubnis, die Bilder in der Ausstellung zeigen zu dürfen, welche in einem wenige Monate davor erschienenen Beitrag von meiner Mutter Erika und mir in einem Sammelband zu NS-Wehrmachtsdeserteuren abgedruckt worden waren.⁸

Diese Erlaubnis erteilten wir ohne zu zögern und steuerten des Weiteren das Radiointerview samt Übersetzung ins Hochdeutsche, einen kurzen ORF-Fernsehbeitrag⁹ sowie qualitativ hochwertigere Scans der wenigen Bilder bei, die in Omiles Fotokiste zu finden waren. Mit der Unterstützung weiterer mit der Geschichte beschäftigter Historiker wie Markus Barnay oder Peter Pirker war das ganze Material für den „Burtscher-Teil“ der Ausstellung binnen weniger Wochen beieinander.



links: Martin Lorenz, 1918 – 1944 | mittig: Willi Burtcher, 1922 – 1944 | rechts: Leonhard Burtcher, 1918 – 1956.

Dazu kam, dass im Zuge der Recherchen von Peter Pirker auch der Reichskriegsgerichtsakt im Vorarlberger Landesarchiv gefunden worden war. „Ihr könnt das vielleicht nicht so verstehen, aber dass dieser Akt noch existiert, ist tatsächlich eine Sensation für Historiker“, meinte Lars Skowronski, als er ihn vor wenigen Wochen im dortigen Archiv in seinen Händen hielt. „Denn die Akten des Reichskriegsgerichts sind alle vernichtet worden.“¹⁰

Dass dieser Akt noch existiert, hängt einzig damit zusammen, dass er vom Gericht in Feldkirch wegen des Sondergerichtsverfahrens gegen die Familie Burtcher angefordert wurde. Kurze Zeit später war der Krieg vorbei. Der Akt verblieb in Vorarlberg und entging so der Vernichtung. Er wurde erst im Sommer 2023 ganz zufällig in einem Eck des Vorarlberger Landesarchivs entdeckt.

III. Samen...

Vor gut zwei Jahren habe ich den Namen meiner Oma gegoogelt und bin draufgekommen, dass ihre Geschichte in unterschiedliche historische Analysen Eingang gefunden hatte. Irgendwie war unsere Familiengeschichte zur Regional- bzw. Überregionalgeschichte mutiert.

Ich nahm ihr Büchlein in die Hand und las das erste Mal seit Jahren wieder darin. Die Passage, in der sie beschreibt, wie sie in die Jugendstrafanstalt kam und wie sich ihr Alltag dort gestaltete, ließ mich nicht mehr los. Ich dachte mir: „Eigentlich muss man das zeichnen. Eigentlich müsste man eine Graphic Novel aus dieser Geschichte machen.“

Über viele Gespräche, in denen zuerst ich und später meine Schwester Sarah und ich gemeinsam diese Idee nach außen getragen haben, sind wir nun an einem Punkt angelangt, wo wir sagen können, die Graphic Novel ist im Entstehen. Gemeinsam mit einem Team aus Künstler:innen, Historiker:innen und Nachfahr:innen arbeiten wir seit Herbst 2024 an der Graphic Novel, welche nächsten Sommer anlässlich Delphinias 100. Geburtstag beim Residenz-Verlag in Salzburg erscheinen wird.¹¹

IV. ... die langsam keimen

„Dir ist schon klar, dass du da wahrscheinlich grad ein Familientrauma aufarbeitest?“¹², konfrontierte mich Lars Skowronski heuer auf der Leipziger Buchmesse, wo ich bereits ein paar Skizzen präsentieren durfte. Das war mir schon irgendwie klar gewesen. Aber etwas mit dem Verstand zu begreifen und es in seiner emotionalen Präsenz aushalten zu müssen, sind zweierlei Paar Schuhe. Und auch wenn ich als Kulturanthropologin darin geübt bin, mein Denken, Fühlen und Handeln zu reflektieren, so macht es das Nachfahrin-Sein nicht immer einfacher.

Meine Schwester Sarah und ich merken immer mehr, dass wir dieses Buch nicht nur als Enkelinnen machen, sondern zuallererst als Vertreterinnen einer Familie, eines familiären Erbes. Die verschiedenen Perspektiven der beteiligten Historiker:innen und Künstler:innen helfen uns immer wieder, ein Verständnis dafür zu entwickeln, was es heißt, nicht nur Enkelinnen zu sein, sondern auch die Verantwortung für ein Erbe zu übernehmen und gleichzeitig die „Sehnsucht nach der guten Geschichte“¹³ zu stillen, wie Frauke Kühn, Leiterin des Literaturhauses Vorarlberg, uns bei einem Arbeitstreffen heuer im Februar mitgab.

Wie soll die von uns internalisierte Familiengeschichte in den Kopf eines Texters verfrachtet werden? Wie ihm das Wesentliche klarmachen, ohne seine künstlerische Frei-

heit einzuschränken? Wie porträtiert die Illustratorin unser Omile? Welche Farbe hat ihre Kleidung in jungen Jahren? Wie bilden wir die Buben ab, die wir gar nicht kannten? Wie steht die Verwandtschaft zu unserer Umsetzung? Unsere Mama dient uns oft als Stellvertreterin. Wir klären nicht nur aufkommende Zweifel hinsichtlich inhaltlicher Details mit ihr, sondern sie hat auch Einblick in das Manuskript und die gezeichneten Entwürfe und darf uns Feedback geben.

Um das Ganze noch ein wenig zu verkomplizieren, erzählt die Graphic Novel die vor Jahren publizierte Geschichte nicht einfach nach – lediglich aufgehübscht mit ein paar schönen Bildern. Mit den ca. 200 handgezeichneten Comic-Panels möchten wir nicht in der Vergangenheit verhaften, sondern auch eine Brücke zur Gegenwart schlagen. Während Delphina in Vollfarbe durch ihre Erinnerungen führt, begleiten Sarah und ich sie am Rand in Graustufen und kommentieren in unserem Dialog immer wieder, was es heißt, mit Kriegserzählungen aufgewachsen zu sein. Wir stellen Fragen in den Raum, die junge Menschen vielleicht beschäftigen und zum Nachdenken anregen. Wir ergänzen Details, die wir aus dem kürzlich gefundenen Reichskriegsgerichtsakt wissen, weil wir sie Delphina nicht in den Mund legen möchten.

Delphina hat beispielsweise nie von Widerstand gesprochen. Und dennoch herrscht unter den Historiker:innen, die sich mit ihr und den Buben beschäftigen, Einigkeit, dass ihr Handeln als widerständiges Handeln zu bezeichnen ist. Während die Buben vom Fluchtwiderstand zum aktiven Widerstand übergingen, indem sie eine kleine Widerstandsgruppe gründeten¹⁴, ist Delphinas unablässiges Versorgen und Verköstigen der Buben aus Peter Pirkers Perspektive als sogenannter „Rettungswiderstand“¹⁵ zu sehen. Solche Aspekte führen meine Schwester und ich durch unseren Dialog in die Geschichte ein.

V. Was bleibt?

Ich bin mittlerweile geübt darin, Delphinas Geschichte zu erzählen, und dachte schon mehrmals, nichts könne mich mehr erschüttern. Aber der Reichskriegsgerichtsakt samt handschriftlicher Gnadengesuche und minutiöser Dokumentation der Hinrichtung der Buben, den ich vor einem Jahr zum ersten Mal in meinen Händen hielt, beschäftigt mich immer noch. 1 Minute und 3 Sekunden hat es gedauert von

Willis „Vorführung bis zur Übergabe an den Scharfrichter“. Von der „Übergabe an den Scharfrichter bis zur vollendeten Vollstreckung“ dauerte es 5 Sekunden.¹⁶ Insgesamt 1 Minute und 8 Sekunden. Ganz nüchtern, objektiviert, distanziert. Das Begreifen dieses Akts – sinnlich wie emotional – macht Geschichte plötzlich schmerzhaft lebendig und sehr persönlich. In meinem Tagebuch notierte ich mir damals: „Gott sei Dank hat Omile diese Dokumente nie zu Gesicht bekommen!! Ich kannte die beiden jungen Männer ja nicht. Aber ich hab das Gefühl, ich leide durch mein Omile. Wie groß muss ihr Schmerz gewesen sein?“¹⁷

Aber wenn ich meine Wortspende so wehmütig beenden würde, würde ich meinem Omile nicht gerecht werden. Die achtfache Mutter und 18-fache Großmutter ist nicht im Leid steckengeblieben. Nicht an der Seite eines Mannes, der als junger Kriegsheimkehrer Zeit seines Lebens an seinen Kriegserfahrungen und den damit verbundenen tagtäglichen Albträumen litt. Auch nicht, als ihre noch junge Familie im Lawinenwinter 1954 alles verlor und woanders nochmals neu anfangen musste. Und auch nicht, als sie auch dieses neugewonnene Zuhause Jahrzehnte später wieder verlassen und in eine kleine Wohnung umziehen musste. Sie war eine tüchtige Frau, die nicht einmal auf dem Sofa so richtig zur Ruhe kam. Ich sehe sie jetzt noch in ihrer gemusterten Mantelschoße vor mir – mit irgendeiner Strickerei in ihren Händen und einem verschmitzten Grinsen im Gesicht.

Allen Widrigkeiten zum Trotz war meine kleine Oma, die ich als knapp Zwölfjährige bereits überragte, eine humorvolle Frau. Eine lebensfrohe Frau, die es – wie auch immer – geschafft hat, ein einfaches aber erfülltes Leben zu haben: Lebenslust und Zuversicht als eine Form alltäglich gelebter Widerständigkeit, könnte man sagen, denn sie hat stets nach vorne geschaut und war immer für Blödeleien zu haben.

Dass der Krieg in ihrem Leben nicht das letzte Wort hatte, zeigt sich auch in folgendem Zitat aus ihrem Büchlein, das ich mir selbst immer wieder vor Augen halte, wenn schwierige Zeiten zu bewältigen sind: „Das Gute haben wir genossen, das Schlechte überwunden.“¹⁸

Anmerkungen

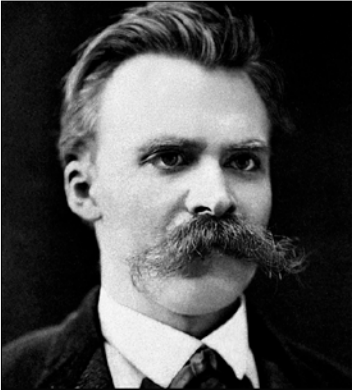
- 1 Der hier veröffentlichte Beitrag stellt eine marginal redigierte Fassung meiner Rede im Rahmen der Eröffnung der Wanderausstellung zum Reichskriegsgericht an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am 01.09.2025 dar (Ein audiovisueller Mitschnitt der Veranstaltung sowie dieser Rede ist auch auf dem YouTube-Kanal der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu finden unter: <https://www.youtube.com/watch?v=CirAuv05GI0>, zuletzt geprüft am 12.10.2025).
Ich danke der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt für die Einladung, in diesem Rahmen zu sprechen, und für die Gelegenheit, meinen Beitrag im Rundbrief der Stiftung zu veröffentlichen.
- 2 Interview mit Delphina Burtscher, ausgestrahlt vom ORF am 29.07.2006. <https://tvthek.orf.at/history/Geschichte/10963486/Delphina-Burtscher-Geschichte-voller-Tragik/11447106> (zuletzt geprüft am 12.10.2025).
- 3 Ebenda.
- 4 Vgl. Pirker, Peter: Flucht vor dem Krieg. Deserteure der Wehrmacht in der Grenzregion Vorarlberg, in: Pirker, Peter / Böhler, Ingrid (Hrsg.): Flucht vor dem Krieg. Deserteure der Wehrmacht in Vorarlberg, München 2023, S. 94–97.
- 5 Vgl. Arantes, Lydia Maria / Moser, Erika: Geschichte(n) mit sich tragen und überwinden. Ein intergenerationaler Dialog über den Umgang mit Kriegsleid, in: Pirker, Peter / Böhler, Ingrid (Hrsg.): Flucht vor dem Krieg. Deserteure der Wehrmacht in Vorarlberg, München 2023, S. 331–345, hier: S. 335.
- 6 Ein „Riebl“ ist eine einfache Mahlzeit – ein Grießschmarren bestehend aus Milch und Grieß, der in einer Eisenpfanne angebraten wird und in der Region bis vor wenigen Jahrzehnten oft zum Frühstück verzehrt wurde.
- 7 Delphina, Burtscher: Meine Lebensgeschichte (hrsg. von Thomas Gamon und Markus Barnay), 4. überarb. und erw. Aufl., Nenzing 2015 [2005].
- 8 Vgl. Arantes, Lydia Maria / Moser Erika: Geschichte(n) (wie Anm. 5).
- 9 Siehe Burtscher, Delphina: Interview (wie Anm. 2).
- 10 Forschungstagebuch Lydia Arantes vom 14.08.2025.
- 11 An dieser Stelle möchte ich der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt meinen Dank aussprechen. Sie unterstützt das Vorhaben mittlerweile finanziell sowie durch die Expertise von Lars Skowronski und Eike Klemm, über welche wir sehr froh sind.
- 12 Forschungstagebuch Lydia Arantes vom 31.03.2025.
- 13 Forschungstagebuch Lydia Arantes vom 21.02.2025.
- 14 Vgl. Pirker, Peter: Flucht (wie Anm. 4), hier: S. 99.
- 15 Pirker, Peter: Fluchtwiderstand. Deserteure der Wehrmacht in Vorarlberg, in: Kranebitter, Andreas /

Schindler, Christine (Hrsg.): Widerstände. Impulse für die Widerstandsforschung zum Nationalsozialismus (Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands), Oldenbourg 2024, S. 109 –125, hier: S. 124.

16 Niederschrift, 08.12.1944, VLA, LGF, KLS 52/44.

17 Forschungstagebuch Lydia Arantes vom 30.09.2024.

18 Burtcher, Delphina: Lebensgeschichte (wie Anm. 7), S. 44.



Ein neues
Markenzeichen für
Sachsen-Anhalt?

Friedrich Nietzsche
(1844-1900)

über den Antrag der
AfD-Fraktion

*Deutsch denken, deutsch fühlen - ich kann
Alles, aber d a s geht über meine Kräfte.*

#moderndenken

In einer Social-Media-Kampagne reagierten fünf Landeskulturstiftungen auf die AfD-Initiative das Landesmotto in #deutschdenken zu ändern.

Deutsch denken? Wie die rechtsextreme AfD den Kulturbetrieb Sachsen-Anhalts umgestalten will – ein Essay ¹

Kai Langer

Im kommenden Jahr wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Beflügelt durch den Ausgang der Bundestagswahl – 37 Prozent der Zweitstimmen plus Gewinn aller acht Direktmandate – peilt die hiesige AfD die absolute Mehrheit an. Als Spitzenkandidat des als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuften Landesverbandes geht Ulrich Siegmund ins Rennen. Als Teilnehmer jener Runde in der Villa Adlon bei Potsdam, die 2023 einen „Masterplan zur Remigration“ diskutierte, hat es der heute

35-jährige Co-Chef der Landtagsfraktion zu einer gewissen Bekanntheit gebracht. Zogen nach Bekanntwerden des Geheimtreffens noch über eine Million Menschen gegen die AfD auf die Straßen, hat sich deren Spitze die euphemistische Bezeichnung für Massendeportationen längst zu eigen gemacht.

Um die von Magdeburg aus regierende „Deutschland-Koalition“ aus CDU, SPD und FDP abzulösen, setzt auch die Landes-AfD mit gezielten Provokationen auf einen Gewöhnungseffekt. Indem sie ihre politischen Vorstöße in harmlos klingende Begründungen kleidet, sucht sie ihre wachsenden Zustimmungswerte weiter auszubauen. Mit der Forderung nach dauerhafter Beflaggung vor Schulen und Dienstgebäuden mit der Deutschlandfahne erzielte sie bereits in mehreren Landkreisen Geländegewinne. Anders als von ihr behauptet, geht es nicht darum, Gemeinsinn zu stiften, sondern Deutungshoheit über nationale Symbole zu erringen. Dass sich für derartige Manöver parteiübergreifende Mehrheiten finden, sorgt im demokratischen Lager zunehmend für Besorgnis.

Im Landtag ist die vielbeschworene „Brandmauer“ noch intakt. Als treibender Keil, sie niederzureißen, tritt hier vor allem Hans-Thomas Tillschneider, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion hervor. Zusammen mit anderen Rechtsextremen wie Björn Höcke aus Thüringen und Andreas Kalbitz aus Brandenburg prägte er über Jahre das Profil des „Flügels“. Obwohl die Plattform so nicht mehr existiert, sind deren Ideen längst in den ostdeutschen Landesverbänden verankert.

Zum Flügel-Erbe zählt auch die Propagierung eines völkisch-nationalistischen Geschichtsbildes, das die NS-Verbrechen durch Relativierung zu „historisieren“ sucht. Deshalb ist die nach der Wiedervereinigung entstandene Gedenk- und Erinnerungskultur der AfD ein Dorn im Auge. Obwohl Tillschneider die deutsche Schuld an der Shoa nicht bestreitet, soll sie nach seinem Willen kein zentraler Bezugspunkt kollektiven Erinnerns mehr sein. Unter dem Titel „Schuld anerkennen, Schuld kult beenden!“ postete er im Herbst 2023 den Text einer vor Anhängern in Schnellroda gehaltenen Rede. Darin fiel der bezeichnende Satz „[U]nsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust.“

Derart freimütig hatte sich Tillschneider nicht immer gezeigt. Als Björn Höcke das Holocaust-Mahnmal im Zentrum Berlins 2017 als „Denkmal der Schande“ bezeichnet und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ verlangt hatte, verhielt er sich still. Dass nach SPIEGEL-Recherchen ein zum damaligen Zeitpunkt ausgearbeiteter Antrag zur Auflösung der landeseigenen Gedenkstättenstiftung in der Fraktionsschub-

lade verblieb, mag der riesigen Empörungswelle geschuldet gewesen sein, die Höckes Einlassungen folgte. Stattdessen brachte die sachsen-anhaltische AfD-Fraktion nur einen Vorschlag ein, der die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer der Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg vorsah.

Danach hielt sich die regionale AfD-Führung in Sachen Erinnerungskultur zurück. Während ihre Vertreter Veranstaltungen zur Ehrung von NS-Opfern eher mieden, wurden sie bei entsprechenden Anlässen für Opfer des SED-Unrechts gleich in größerer Zahl gesichtet. Wie die Partei die DDR für sich zu instrumentalisieren sucht, zeigt ihr Umgang mit historischen Jubiläen. Anlässlich des 30. Jahrestags der Grenzöffnung 2019 verbreitete sie einen am Grenzdenkmal Hötensleben produzierten Videoclip. Mit Verweis auf das SED-Regime zog sie Parallelen zur heutigen Bundesrepublik und beklagte die angeblich fehlende Meinungsfreiheit. Im Vorfeld der 70. Wiederkehr des Volksaufstands von 1953 verlangte sie, die „einseitige Erinnerungskultur“ durch Aufnahme historischer Ereignisse wie den 17. Juni „aufzubohren“. Dass das Datum längst Bestandteil des offiziellen Gedenkkalenders ist, unterschlug sie dabei. Ihr taktischer Umgang mit der zweiten Diktatur wurde 2017 mit der Bundestagskandidatur eines ehemaligen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiters deutlich.

Trotz der kürzlich vorgenommenen Einstufung der Gesamtpartei als „gesichert rechts-extremistisch“ geht die in Bund und Land stärkste Oppositionspartei politisch in die Offensive. So fordert auch Tillschneider mit zunehmender Vehemenz eine „kulturpolitische Wende um 180 Grad“. Im Unterschied zur „180-Grad“-Äußerung seines innerparteilichen Rivalen Höcke, sagt er damit nicht nur der Erinnerungskultur den Kampf an, sondern dem gesamten Kultur- und Bildungsbereich.

Unter der Überschrift „Irrweg der Moderne“ brachte er seine Fraktion gegen das vor 100 Jahren von Weimar nach Dessau verlegte Bauhaus in Stellung: Anknüpfend an Argumentationsmuster der Nationalsozialisten, die bereits 1932 die Schließung der renommierten Architektur- und Designschule betrieben hatten, ätzte er, das Bauhaus habe „das menschliche Bedürfnis nach Behaglichkeit nach allen Regeln der Kunst vergewaltigt“.

Ende Januar, in zeitlicher Nähe zum diesjährigen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, holten Tillschneider & Co zum nächsten Schlag aus. Diesmal geriet die Landeszentrale für politische Bildung in den Fokus. Die Forderung ihres Kuratoriumsmitglieds Tillschneider, die Einrichtung „in ihrer jetzigen Form“ abzuschaffen und

durch ein „Landesinstitut für staatsbürgerliche Bildung und kulturelle Identität“ zu ersetzen, deutet bereits die politische Stoßrichtung an: Veranstaltungen, die sich mit dem Ende der NS-Zeit vor 80 Jahren befassen – auch Zeitzeugengespräche mit Holocaustüberlebenden – sollen nicht mehr stattfinden, stattdessen regionales „Brauchtum“ propagiert werden. Um die von der Landeszentrale zu 100 Prozent geförderten Gedenkstättenfahrten im Land zu diskreditieren, diffamierte der AfD-Politiker deren jugendliche Teilnehmer als „Nazi-Zombies“.

Erst jüngst unterbreitete die Fraktion dem Landtag ein ganzes Maßnahmenpaket, um die Landeskampagne „#moderndenken“ durch eine andere mit dem Slogan „#deutschdenken“ zu ersetzen. Dass es hier nicht nur um den Austausch eines Wortes geht, wird schon an der Gestaltung des Kampagnenlogos, das dem Flügel-Design nachempfunden ist, deutlich. Inhaltlich orientiert sich das Paket an Vorbildern aus vordemokratischer Zeit. Um die deutsche Geschichte als Quell eines ungebrochenen Nationalstolzes zu erschließen, werden störende Kapitel wie die NS-Zeit einfach ausgeblendet. Ginge es nach dem Willen der AfD Sachsen-Anhalt, würde es neben der „Straße der Romanik“ bald eine „Straße des deutschen Reiches“ geben, die von ihr auserkorene Geschichtsorte miteinander verbindet. Statt wie bisher „sog. [!] Gedenkstättenfahrten“ zu fördern, führte das Land einen „Stolz-Pass“ ein, der „Patrioten“ aus ganz Deutschland zu touristischen Besuchen entlang der neuen Route animiert.

In einer viel beachteten Stellungnahme haben fünf landeseigene Kulturstiftungen gemeinsam auf diese Pläne reagiert. Schon die Wahl des Kampagnenmottos #deutschdenken lasse tief blicken. In einer Rede vor begeisterten HJ-Angehörigen hatte Adolf Hitler 1938 gesagt: „Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln [...] und fühlen. [...] [D]ann nehmen wir sie [– gemeint sind die Jugendlichen –] sofort in die Partei oder in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS [...] und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben, und sie sind glücklich dabei.“

„Wenn sich 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Partei dieses Vokabular zu eigen macht“ – so das Fazit der unterzeichnenden Kulturinstitutionen – „zeigt dies, in welcher Tradition sie zu verorten ist“.

Nachtrag: Laut einer „Sonntagsumfrage“ des Meinungsforschungsinstituts INSA von Mitte Oktober 2025 wäre die AfD mit 40 Prozent erstmals die mit Abstand stärkste politische Kraft in Sachsen-Anhalt. Die CDU als bisher stärkste Partei fiel deutlich zurück auf 26 Prozent, gefolgt von der Linken mit 11 und der SPD mit sechs Prozent. Das im Vorjahr gegründete BSW zöge mit sechs Prozent erstmals in den Landtag ein, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wären hingegen nicht mehr vertreten.

Anmerkung

- 1 Dieser Text erschien erstmals am 01.06.2025 als Gastbeitrag für die Online-Ausgabe der Zeitung JÜDISCHE ALLGEMEINE und liegt hier in einer aktualisierten Form vor.

35-jähriges Bestehen des Bürgerkomitees Magdeburg e.V.

Anna Skiba

Gründung des Bürgerkomitees im Herbst 1989

35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung laden uns die aktuellen politischen Entwicklungen ein, einen Blick auf das Entstehen der gesamtdeutschen Demokratie zu werfen, deren Anfang in den Herbstereignissen von 1989 zu finden ist. Die Friedliche Revolution wird auch heute noch als bewegte und bewegende Zeit von denen empfunden, die sie getragen haben. Dabei stehen sich die Worte „friedlich“ und „Revolution“ mit dem Blick auf historische Umbruchereignisse wie der Französischen Revolution 1789 oder der bolschewistischen Revolution 1917 konträr gegenüber. Hinzu kommt, dass mit der Einsetzung sogenannter Bürgerkomitees 1989 in einem noch zentralisiert aufgebauten Verwaltungs- und Staatssystem gewisse staatsanwaltliche Rechte von Bürgern übernommen wurden – ein bemerkenswerter und einzigartiger Vorgang in der deutschen Geschichte.

In der öffentlichen Erinnerungskultur verkürzt sich zumeist das letzte Jahr der DDR auf medial vermittelte Versatzstücke: Die Bürgerrechtsbewegung führt zur Ausreisewelle und den Massendemonstrationen, dieser Druck löst schließlich den Mauerfall mit den jubelnden Menschen in Berlin aus. Die meisten Menschen „erinnern“ als nächstes Bild die langersehnte Vereinigung beider deutscher Staaten. Damit wird aber fast ein ganzes Jahr entscheidender Entwicklungen auf dem Weg zur einheitlichen Demokratie überblendet. Zu oft rücken die Voraussetzungen für die so schnell entstandene deutsche Einheit in den Hintergrund. Sie fußen auf internationaler Zustimmung, insbesondere aber auf der durch die Bürgerrechtsbewegung vorangetriebenen Demokratisierung der DDR: Wichtige Stationen waren das Zurückdrängen der Führungsrolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Beginn der Aufarbeitung (wofür die eingesetzten Bürgerkomitees landesweit eine wichtige Rolle spielten) sowie die Durchführung der ersten und letzten freien Volkskammerwahl im März 1990 und der Kommunalwahl im Mai 1990.¹ Am Nachmittag des 9. November 1989 informierte Egon Krenz das Zentralkomitee (ZK) der SED über die neuen Reisebestimmungen. Entsprechend angespannt war

die Situation am gleichen Abend, als der neue ZK-Sekretär Günter Schabowski vor die Presse trat und die unverzügliche Änderung dieser Bestimmungen verkündete. Am 17. November beschloss die Volkskammer der DDR die Umstrukturierung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). In den folgenden Tagen traten die SED-Vertreter auf Stadt- und Bezirksebene zurück, so auch in Magdeburg. Mitglieder des Neuen Forums und anderer Bürgerrechtsgruppen versammelten sich zu Gesprächen mit der Regierung und Akteuren des SED-Regimes am sogenannten Runden Tisch.

Mit der organisierten Form der Runden Tische als landesweites Instrument des Krisenmanagements erkannte die DDR die Vertreter der neuen oppositionellen Bewegung an – trotz der zeitweisen Weiterarbeit bestehender Strukturen.

Hinter diesen Vertretern stand der zunehmende Druck der anhaltenden Demonstrationen, deren Anliegen, Wünsche und Hoffnungen etwa in Magdeburg über die Montagsdemonstrationen kanalisiert und vermittelt werden konnten. Am 5. Dezember 1989 versammelte sich der Runde Tisch in Magdeburg zu seiner ersten Sitzung. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Einsetzung des Bürgerkomitees Magdeburg mit staatlicher Kontrollbefugnis durch den Rat der Stadt am 6. Dezember 1989.

Als im Sommer 1990 diese gesetzlichen Legitimationen zur Arbeit des Bürgerkomitees ausliefen und nicht verlängert wurden, beschloss das Bürgerkomitee auf einer Sitzung am 30. Juni 1990, sich als Verein neu zu gründen, um seine Arbeit fortzuführen. Am 14. August 1990 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister. Die Mitglieder des Vereins setzten sich aus Zeitzeugen zusammen, die den Herbst 1989 hautnah erlebt hatten und von denen einige selbst zu den Gründungsmitgliedern gehörten. Landesweit hatten sie Dienstseinheiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) besetzt und blockiert und schließlich den Prozess der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes begleitet. Darüber hinaus waren einige von ihnen im Arbeitsstab des Komitees zur Auflösung des MfS mit entsprechenden Arbeitsfeldern im Bundesverwaltungsamt tätig und in verschiedenen Personalkommissionen zur Überprüfung der Angestellten des Öffentlichen Dienstes hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst angestellt.

RAT DER STADT MAGDEBURG

DER OBERBÜRGERMEISTER

ALTER MARKT 15, PSF 8, MAGDEBURG, 3010, FERNSPRECHER 5680

MAGDEBURG, 6. 12. 1989

Bürgerkomitee der Stadt Magdeburg

Der Rat der Stadt autorisiert die nachstehenden Komiteemitglieder des Bürgerkomitees, im Sinne von § 56 Abs. 4 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985 (GBl. I, 18, S. 213), von der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, dem Staatlichen Notariat, den Sicherheitsorganen sowie den Organen der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle in der Stadt Magdeburg Auskünfte und Informationen zu verlangen.

Bischoff, Norbert	M.-Josef-Metzger-Str. 3	Magdeb. 3010
Dietrich, Elvira	Planckstr. 2	Magdeb. 3010
Engel, Birgit	Wallonerberg 4	Magdeb. 3040
Fuhrmann, Carsten	B.-Bierut-Platz 5	Magdeb. 3040
Gronke, Michael	Gaertnerstr. 14	Magdeb. 3011
Gurcke, Reinhard	J.-Fucik-Str. 14	Magdeb. 3035
Ninchrütz, Thomas	Telemannstr. 13 a	Magdeb. 3024
Overmann, Winfried	Asternweg 2	Magdeb. 3040
Puchta, Dr. Klaus	Hellestr. 2	Magdeb. 3014
Ruden, Gerhard	W.-Seelenbinder-Str. 21	Magdeb. 3033
Schwenke, Konrad	Klostergraben 15 a	Magdeb. 3090
Sonsalla, Heinrich	K.-Liebknecht-Platz 2	Magdeb. 3037
<u>Vogel, Jürgen</u>	Ammensleber Str. 1	Magdeb. 3031
Wernowsky, Harald	H.-Beimler-Str. 9	Magdeb. 3035
Zachhuber, Waltraud	Am Dom 1	Magdeb. 3010

Beim Vorliegen eines Verdachts strafbarer Handlungen oder der beachtlichen Vernichtung von archivwürdigen Dokumenten ist der Staatsanwalt der Stadt Magdeburg hinzuzuziehen.

Diese Legitimation ist bis zum ^{bis auf weiteres} ~~31.12.1989~~ befristet.



Ullrich
Ullrich
amt. Oberbürgermeister

Legitimation des Bürgerkomitees vom 6. Dezember 1989, ausgestellt durch den Rat der Stadt Magdeburg.

Arbeitsschwerpunkte des Bürgerkomitees

Die ersten Wochen des Bürgerkomitees waren eine bewegte und unruhige Zeit. Seine Mitglieder gingen hunderten Hinweisen aus der Bevölkerung nach, versuchten die Aktenvernichtung durch den Staatssicherheitsdienst zu verhindern und spürten zahlreiche Liegenschaften der Stasi auf, während sie gegen die bestehenden Strukturen des noch immer zentralisiert aufgebauten Systems ankämpften. Keiner von ihnen wusste vor der Arbeit im Bürgerkomitee genau über die Verflechtungen innerhalb des Staatsapparates zu den Sicherheitsbehörden Bescheid.

Dieser monatelange Prozess wurde später von Einigen als Katz-und-Maus-Spiel, von Anderen als Kampf gegen Windmühlen erinnert. Trotz häufiger Treffen des Bürgerkomitees, anfangs fast täglich, später dann zweimal wöchentlich, waren Informationsverluste nicht zu vermeiden. Neben den Objekten des AfNS, der Nationalen Volksarmee (NVA), des Fernmeldeamts und der Post verschaffte sich das Bürgerkomitee auch Zugang zu den Unterlagen der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt zu Ausreiseantragstellern. Die Mitglieder des Bürgerkomitees, die auch an den Runden Tischen der Stadt und des Bezirks mitarbeiteten, sorgten für einen wechselseitigen Informationsaustausch.² In Erinnerung sind für den Dezember 1989 geblieben: „die Rund-um-die-Uhr-Wachen, die von je einem BK-Mitglied mit einem Stasi-Offizier zusammen im Eingangsbereich des Kroatenweg-Objekts durchgeführt wurden, bevor die ‚Aktenkommission‘ ihre [...] Arbeit aufnahm“, und später „die Bunkerfahrten und die Suche nach noch unbekannten Objekten“³.

Unsicherheit und Angst waren ständige Begleiter der Bürgerrechtler. „Hoffentlich überleben wir das“,⁴ so die ehemalige Dompredigerin Waltraut Zachhuber, die 1989 als Vertreterin der Evangelischen Kirche in das Bürgerkomitee bestellt wurde. Bei der Kontrolle der Staatssicherheits-Objekte im Raum Magdeburg wurde schnell deutlich, dass man zuvor der falschen Annahme erlegen war, so viele Akten wie möglich retten zu können. In einem 2005 geführten Interview zur Arbeit des Bürgerkomitees erinnerte sich Dr. Klaus Kramer als langjähriges Mitglied: „Die hatten ihre Akten schon vernichtet.“ Im Dezember 1989 musste zunächst Schadensbegrenzung betrieben werden. An Aktenmaterial und elektronischen Datenträgern musste gerettet werden, was noch zu retten war und die gewonnenen Informationen gezielt zusammenzutragen werden, damit Rehabilitationsansprüche betroffener Bürger geltend gemacht werden konnten. Dem Bürgerkomitee wurde am 12. Dezember 1989 im Rathaus ein Büro eingerichtet,

in dem Sprechstunden, anfangs täglich von 8:00 bis 20:00 Uhr, stattfanden. Darunter: Wahlverweigerer, Oppositionelle, Wehrdienstverweigerer, Ausreiseantragsteller sowie ehemalige politische Gefangene und deren Familienangehörige, die zu Unrecht inhaftiert und oftmals von bewaffneten Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes festgehalten wurden. Das Bürgerkomitee sammelte zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung zum Thema Stasi und Machtmissbrauch durch die Staatsorgane. Die Mitteilungen wurden erfasst und zum Teil an andere Einrichtungen der Stadt weitergegeben, konnten aber aufgrund der Fülle nicht immer gleich überprüft werden. Etlichen Hinweisen wurde umgehend nachgegangen. Das betraf unter anderem die MfS-Untersuchungshaftanstalt am Moritzplatz, konspirative Objekte und vermutete Aktenvernichtungen. Gemeinsam mit der Volkspolizei und der Staatsanwaltschaft wurden die Siegel der bereits gesicherten Bestände auf Unversehrtheit überprüft.⁵

Waffeneinschmelzung in der Stahlgießerei Wilhelm Pieck

Aus dem Selbstverständnis des Bürgerkomitees lässt sich die Forderung nach Einschmelzung von Waffen ablesen: „Diese Waffen waren Terrorinstrumente gegen unser Volk!“⁶. Diese Worte beschreiben das kollektive Gedächtnis der Zivilbevölkerung der DDR hinsichtlich der Waffen und des Gebrauchs durch den Staatssicherheitsdienst sowie die Kampfgruppen im Herbst 1989. Die Vorgehensweise der Staatssicherheit im Hinblick auf die Herbstereignisse von 1989 sowie die Bewertung des Tian’anmen-Massakers durch die SED riefen bei der Bevölkerung die Angst vor dem Einsatz von Waffen hervor. Vor diesem Hintergrund forderte das Bürgerkomitee die umgehende Vernichtung folgender Waffenbestände: eingelagerte Waffen des SED-Staats, die Bewaffnung aus den Beständen der Kreis- und Bezirksdienststellen sowie die Waffen der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter.

Neben diesen Gruppen gehörten die sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse (KGA) ebenfalls zu den bewaffneten Organen in der DDR. Die KGA waren paramilitärische Verbände von Zivilisten in staatlichen Betrieben, Kombinat und Einrichtungen. Durch die KGA sollte die DDR im Kriegsfall nach innen abgesichert werden. Die Mitglieder der Kampfgruppen setzten sich personell aus den Mitarbeitern der Betriebe und Kombinate zusammen. Die Kampfgruppen waren direkt der SED-Leitung unterstellt und sollten im Kriegsfall der zivilen Verteidigung dienen.⁷ In Magdeburg gab es 155 bewaffnete Einheiten der KGA. Landesweit gehörten ca. 200.000 bis

210.000 Bürger solchen Einheiten an, die unter anderem mit Schützenwaffen, Artillerie, Flugabwehrwaffen sowie Maschinengewehren ausgestattet waren.⁸ Ursprünglich sollten die 1953 gegründeten Kampfgruppen eine Schutzfunktion in den Betrieben übernehmen. Während der Herbstereignisse 1989 wurden sie gegen Demonstranten aus der eigenen Bevölkerung eingesetzt. Die Auflösung der KGA wurde schließlich zu einer zentralen Forderung der friedlichen Opposition. Der damalige Minister für Innere Angelegenheiten, Lothar Ahrendt, ordnete am 6. Dezember 1989 die Entwaffnung der Kampfgruppen an. Deren endgültige Auflösung bis zum 30. Juni 1990 wurde am 14. Dezember 1989 durch den Ministerrat der DDR beschlossen.

In den hier vorliegenden Quellen sowie anhand der Schilderungen von Mitgliedern des Bürgerkomitees wurde deutlich, dass die Zivilbevölkerung im Unklaren über den Umfang der Bewaffnung der Staatssicherheit und der Kampfgruppen war. Alle Mitglieder des Bürgerkomitees zeigten sich angesichts der Funde schwerer Technik (Granaten, Maschinengewehre etc.) bestürzt. Diese Entdeckungen erst schufen ein Bewusstsein der Möglichkeiten von Volkspolizei, Kampfgruppen und Staatssicherheit, gegen die Herbstproteste 1989 so vorzugehen, wie man es in Peking gesehen hatte. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Bürgerkomitees landesweit alle bewaffneten Organe in der DDR abrüsten und entwaffnen wollten, damit niemals wieder Waffen gegen das Volk gerichtet werden könnten.

Aussagen von Mitgliedern des Bürgerkomitees Magdeburg beschreiben die unkontrollierte, unübersichtliche und teilweise manipulierte Vorgehensweise bei der Entwaffnung der Staatssicherheitsobjekte durch die hauptamtlichen Mitarbeiter. Auf verschiedenen Wegen versuchten die Mitglieder des Bürgerkomitees deshalb strukturierte und kontrollierte Aktionen zur Einsammlung, zum Transport und schließlich zur Vernichtung der Waffen zu organisieren. Dadurch sollte vermieden werden, dass einzelne Waffen durch Angehörige des Staatssicherheitsdienstes hätten entwendet werden können.

Die Volkspolizei wurde mit dem Abtransport der Waffen der Staatssicherheit aus den Kreis- und Bezirksdienststellen beauftragt. Zwischen dem Bürgerkomitee und der Volkspolizei entwickelte sich eine sogenannte Sicherheitspartnerschaft. Das Bürgerkomitee konnte nur als zivile Kontrollinstanz auftreten, hatte keine behördliche Entscheidungsgewalt oder Befugnisse. Deshalb blieben seine Forderungen oft folgenlos und waren Verhandlungen mit den zuständigen hauptamtlichen Mitarbeitern oft zermürend, langwierig und teilweise erfolglos. Die Sicherheitspartnerschaft mit



Anlieferung von Waffenteilen in der Stahlgießerei Wilhelm Pieck in Rothensee, Januar 1990.

der Volkspolizei verlieh dem Bürgerkomitee bei der Kontrolle von Dienstobjekten der Staatssicherheit eine amtliche Präsenz. Wie etwa am 21. Dezember 1989, als Vertreter des Bürgerkomitees einen Rundgang in der Bezirksverwaltung im Kroatenweg durchführten. Dort sollten die persönlichen Waffen aller anwesenden Mitarbeiter der Staatssicherheit über die einzelnen Diensteinheiten eingezogen werden. Der 31. Dezember 1989 wurde als Terminvorschlag für diese Aktion unterbreitet, jedoch machte man sich keine große Hoffnung auf Einhaltung dieses Termins. So notierte auch Harald Wernowsky: „Nicht klar, ob realisierbar.“⁹ Diese Vermutung sollte sich bestätigen. Auch Norbert Bischoff erinnert sich an den Kontrollgang des Bürgerkomitees im Kroatenweg: Dort habe er „diese Halle gesehen, wo ein großer Haufen war, wo die Pistolen lagen und übrigens auch Schnellfeuerwaffen. Die hatten ja auch Granaten [...]. Jedenfalls war erschreckend zu sehen, dass da völlig unkontrolliert [...] alles einfach hingeschmissen [wurde].“¹⁰ Eine Rekonstruktion der einzelnen Waffentransporte und die Nachverfolgung einzelner Waffenbestände ist heute kaum mehr möglich. Es sind



Ein Magnet hebt die Waffen von der Ladefläche des Lkw.

vereinzelte Hinweise in Aktenbeständen, Fotos, Zeitzeugenaussagen und Online-Foren zu finden. 2005 gab Bernhard Notheis vom Bürgerkomitee im Zeitzeugeninterview an: „Ich hatte einen guten Freund [...] bei der Stahlgießerei in leitender Stellung und den habe ich überzeugt, dass er da bei dieser Aktion mitmacht. Ich habe gesagt: Wir haben das und das vor. Wir wollen die Waffen einsammeln und wir wollen sie denn einschmelzen, und damit also da nicht, kein Unsinn mehr gemacht werden kann.“¹¹ Durch die Vermittlung Wilhelm Poltes entstand der Kontakt zu einem ehemaligen Mitarbeiter in leitender Position des VEB MAW Stahlgießerei „Wilhelm Pieck“. Dieser erinnerte sich, dass er im Dezember 1989 von der Volkspolizei angefragt wurde, ob die Waffen der Kampfgruppen in der Stahlgießerei eingeschmolzen werden könnten. Nach Rücksprache mit einem Metallurgen des Betriebs mussten für das Vorhaben folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Die Holzschäfte der Waffen sollten entfernt und die Gewehrläufe mussten plattgedrückt werden. Anfang 1990 wurden die Waffenteile in Güterwaggons bei der Stahlgießerei angeliefert, erinnert sich der leitende Mitarbeiter

und resümiert: „Ob die da mit 'nem Panzer drübergefahren sind, weiß ich nicht. Jedenfalls waren die Rohre platt.“¹²

Welche Waffen konkret zur Einschmelzung übergeben worden sind, ist unklar. Fotografien von Reiner Krauß, der im Auftrag der DAZ (= Die Andere Zeitung) und des Bürgerkomitees im Januar 1990 Lkw vor der Stahlgießerei in Magdeburg-Rothensee fotografierte, belegen die Waffenanlieferung. Bewacht von der Volkspolizei wurden die Waffen in kleinen Portionen als Beimengen zu anderem Schrott eingeschmolzen. Die Schmelzöfen umfassten rund sechs Tonnen Masse, beigemengt wurden circa 300 kg Waffenschrott. Aus dem Guss der Waffen wurden wahrscheinlich fünfzig Gedenktafeln mit der Aufschrift „Aus Schwertern sollen Sensen werden“ angefertigt. Ein Zertifikat vom Chef des Qualitätswesens der Stahlgießerei Rothensee „bestätigt, dass diese Reliefplatte aus eingeschmolzenen Waffen der Kampfgruppen der DDR gegossen wurde. Der Stahl wurde im Elektroofen eingeschmolzen und in Sandformen gegossen.“¹³ Die Gussplatten wurden an „verdiente Werktätige, verdiente Bürger, Großkopferte und Leute, die da bei der Bewegung aktiv waren“¹⁴ sowie an Beschäftigte des Schmelzbetriebes (vermutlich Arbeiter, welche die Einschmelzung vorgenommen haben) verteilt. Drei Exemplare gingen an die Stadt Magdeburg, eines davon wurde dem wenige Monate später gewählten Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg Wilhelm Polte im März 1990 vom Betriebsleiter und dem technischen Vorstand der Stahlgießerei übergeben; ein anderes ging an Bernhard Notheis vom Bürgerkomitee und befindet sich im Objektbestand des Dokumentationszentrums.

Arbeit des Vereins und seines Dokumentationszentrums seit den 1990er Jahren

Vor dem Hintergrund seiner Satzung betreibt der Verein seit 1992 das Dokumentationszentrum in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg am Moritzplatz, um die Ziele und Aufgaben des Vereins zu verwirklichen und wissenschaftliche Aufarbeitung zu ermöglichen bzw. der Wissenschaft Material zur Aufarbeitung zugänglich zu machen. Der Verein wird institutionell durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert und erhält einen Sachkostenzuschuss von der Landeshauptstadt Magdeburg.

Im Dokumentationszentrum unterhält der Verein gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz eine Bibliothek, die aktuell ca. 167 lfd. Meter an Publikationen zu Schwerpunkten wie der historischen, politischen und psychologischen Aufarbeitung der SED-Diktatur und des SED-Unrechts, der Geschichte, dem Aufbau, den Strukturen und der



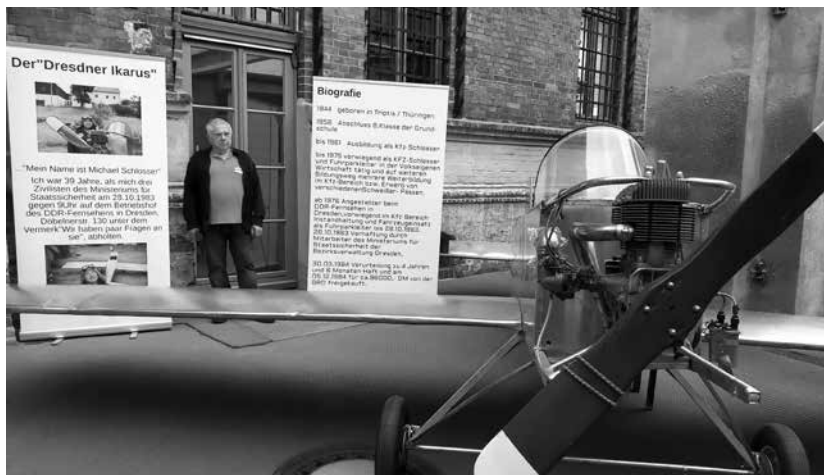
Außenansicht des Dokumentationszentrum von der Umfassungsstraße aus.

Arbeitsweise des MfS, der Partei- und Sicherheitspolitik der DDR, der DDR-Geschichte bis zur Friedlichen Revolution 1989 sowie der Entschädigung und Rehabilitierung, aber auch Belletristik, Graphic Novels und einen Bestand zum Nationalsozialismus umfasst. In der Bibliothek sind zudem alle Publikationen des Vereins zu finden. Diese umfassen mehrere Monografien und eine Forschungsreihe zu den inoffiziellen Mitarbeitern des MfS im Gesundheitswesen im ehemaligen Bezirk Magdeburg. Seit 1994 erforschte Dr. Ulrich Mielke in Zusammenarbeit mit Bürgerkomitee-Mitglied Dr. Klaus Kramer die Zusammenarbeit der Medizinischen Akademie Magdeburg mit dem MfS. 1997 erschien Band 1 mit dem Titel „Operativer Vorgang Labor“. Darin wurden Maßnahmen des MfS gegen Medizinstudenten in den Jahren 1957/58 dokumentiert. Es folgten zehn weitere Bände. Die Bände 12 und 13 widmeten sich den Bezirkskrankenhäusern Löstau und Magdeburg-Altstadt. Die nachfolgenden Bände erfassen in flächendeckender Form die inoffiziellen Mitarbeiter der ehemaligen Kreisdienststellen des Bezirkes Magdeburg des MfS (wie etwa Stendal, Salzwedel, Oschersleben usw.)

mit Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen, etwa als Krankenwagenfahrer, Ärzte oder Physiotherapeuten. Bis heute liegen insgesamt 21 Bände der Forschungsreihe beim Bürgerkomitee vor und können im Präsenzbestand der Bibliothek eingesehen werden.

Des Weiteren verfügt das Dokumentationszentrum über ein Objekte-, Foto- und Pressearchiv. Seit 1989 wurden Objekte im Zusammenhang mit der SED-Diktatur aus Liegenschaften des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR im ehemaligen Bezirk Magdeburg katalogisiert und archiviert. Darunter auch Gegenstände, Dokumente, Alltagszeugnisse und Fundstücke aus der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS am Moritzplatz (einschließlich ehemaligem Vernehmungsgebäude). Leihgaben und Schenkungen von Bürgern vervollständigen die Objekte-Sammlung. Zudem ist ein umfangreicher Bestand mit Zeugnissen der Oppositionsbewegung in der ehemaligen DDR vorhanden. Das Fotoarchiv umfasst ca. 10.600 Originale zu thematischen Schwerpunkten wie der Lebenswirklichkeit und dem DDR-Alltag, der Stadt Magdeburg, grenznahen Gebieten in der ehemaligen DDR, Objekten/Liegenschaften nach dem Abzug sowjetischer Truppen, Fotografien von der Friedlichen Revolution und dem Herbst 1989, Fotografien von Begehungen des Bürgerkomitees Magdeburg in Liegenschaften des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und Fotografien der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in den frühen 1990er Jahren.

Gemeinsam mit der Gedenkstätte Moritzplatz trägt das Dokumentationszentrum als außerschulischer Lernort zur Förderung eigenverantwortlicher und demokratischer Verhaltensweisen bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildungsarbeit des Landes Sachsen-Anhalt. Dabei verfügt das Projektteam über langjährige Erfahrung in der politischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Neben Bildungsangeboten, die hauptsächlich ab Klasse 10 aller Schulformen wahrgenommen werden, führt das Dokumentationszentrum seit mehreren Jahren unter anderem ein Projektangebot zum Thema Herbst 1989 ab Klasse 4 durch. Ein weiterer Schwerpunkt in der Bildungsarbeit ist die Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg. Seit 2014 beteiligt sich das Dokumentationszentrum im Rahmen des Studienprogrammes „Studieren ab 50“ mit jährlichen Bildungsangeboten. In diesem Zusammenhang führte das Dokumentationszentrum 2018 und 2019 einen Foto-



Michael Schlosser beantwortet an seinem selbstgebautes Flugzeug im Innenhof der Gedenkstätte Moritzplatz die Fragen der Besucher, 24.09.2022.

Workshop durch. Orte und ihre Geschichte(n) sollten von den Teilnehmenden als Geschichtsorte wahrgenommen und übersetzt werden: Distanz und die besondere Nähe zum Objekt durch den Sucher-Blick der Kamera, Zeugnisse von Repression mit dem Objektiv aufspüren und einen Perspektivwechsel zulassen. Die Ergebnisse des Workshops wurden in einer Fotoausstellung präsentiert, die von September bis Dezember 2022 als Bauzaungalerie im ehemaligen Restaurant „Stadt Prag“ von 1.500 Interessierten besucht wurde.

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt bieten zahlreiche Wanderausstellungen zu ausgewählten Themen für die Zeit von 1949 bis 1990, die gegen eine Schutzgebühr ausgeliehen werden können. Dazu zählt unter anderem die Ausstellung „Tarantel – Satire im Kalten Krieg“, die anlässlich des 50. Jahrestages des Volks- und Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in enger Zusammenarbeit mit der damaligen Landesbeauftragten und Bürgerkomitee-Mitglied Edda Ahrberg erstellt wurde. Sie informiert über die Entstehungsgeschichte und Wirkung der satirischen und antikommunistischen Zeitschrift „Tarantel“, die von 1950 bis 1962 verlegt wurde. Das Bürgerkomitee ließ 2021 mit

Finanzierung der Bundesstiftung Aufarbeitung eine Multimedia-Applikation zur „Tarantel“ erarbeiten. Die Applikation ist online unter tarantel.info einsehbar.

Jedes Jahr führt das Dokumentationszentrum Veranstaltungen durch und beteiligt sich am Museumstag, am Tag des offenen Denkmals und an der Kulturnacht. Traditionellerweise werden an diesen Tagen in Kooperation mit der Gedenkstätte Moritzplatz besondere Programmpunkte angeboten. So lud es 2022 zur Kulturnacht den Zeitzeugen Michael Schlosser ein. Michael Schlosser wollte 1983 mit einem selbstgebauten Flugzeug aus der ehemaligen DDR fliehen. Nach Verrat, Verhaftung und Inhaftierung in Bautzen, kaufte ihn schließlich die Bundesrepublik frei.

Zum Tag der deutschen Einheit 2023 berichtete der Zeitzeuge Günter Wetzel über seine Flucht aus der DDR mit einem selbstgebauten Heißluftballon 1979. Seine Geschichte erhielt durch die Verfilmung von Michael Herbig 2018 internationale Aufmerksamkeit. Bereits 2022 hatte Günter Wetzel in einem Projekttag, den das Dokumentationszentrum in Kooperation mit dem ART!ist e.V. durchführte, von seiner Fluchtgeschichte vor zwei 10. Klassen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums erzählt.

Mit dem Launch seiner neuen Internetseite www.buergerkomitee.de im Jahr 2022 kann der Verein seine medialen Inhalte neu präsentieren. Seit 2024 sind professionelle Fotografien zu den authentischen Bereichen des Dokumentationszentrum sowie den Geschäfts- und Arbeitsräumen auf der Internetseite zu sehen. Mit rund 40.200 jährlichen Nutzern kann das Dokumentationszentrum ausführlich über Bildungsangebote, aktuelle Veranstaltungen, Forschungsprojekte und seine Ausstellungen informieren.

Das Bürgerkomitee Magdeburg e.V. verfolgt bis heute das Ziel, Kenntnisse über die SED-Diktatur und den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu vermitteln sowie über Formen des politischen Widerstandes und oppositioneller Gruppierungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR zu informieren.

„Zweck und Ziel des Vereins sind es, den Missbrauch der Macht durch SED und aller sie stützenden Organisationen aufzudecken. Dazu gehören in erster Linie das MfS sowie Teile der Polizei und Justiz.

Der Zweck des Vereins wird verwirklicht durch die Aneignung und Verbreitung von Kenntnissen über die politischen, ethischen und moralischen Wirkungen von stalinistischen Verbrechen im Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt sowie

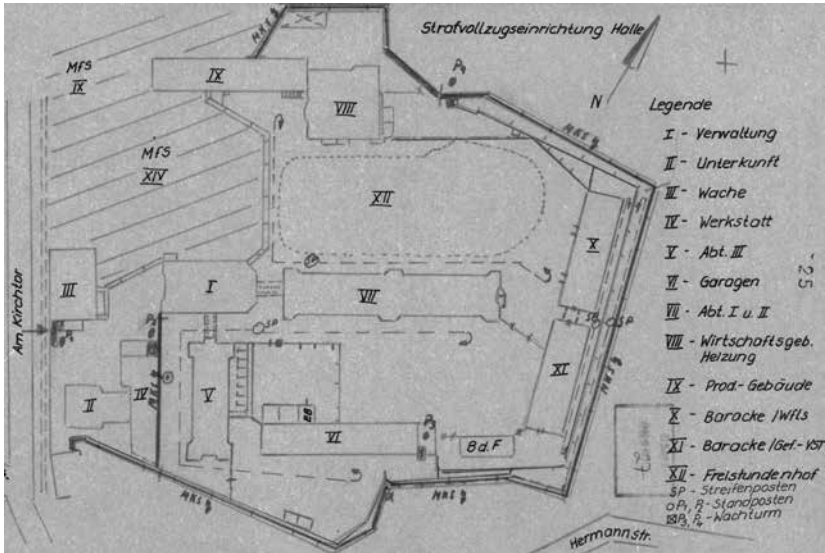
durch die Informationen und Aufklärung über den politischen Widerstand und über diktaturfördernde Verhaltensmuster zur öffentlichen und persönlichen Vergangenheitsbewältigung und Förderung eigenverantwortlicher und demokratischer Verhaltensweisen. Zu den Schwerpunkten gehören unter anderem die Arbeit mit Schülern, Jugendlichen und Heranwachsenden.“¹⁵

Das Bürgerkomitee Magdeburg wurde in einem diktatorischen System gegründet. Die Implementierung demokratischer Strukturen ist mit dem Blick auf die anstehenden Landtagswahlen heute so wichtig wie 1989. Dreißig Jahre nach den Ereignissen be- weisen auch die niedrigen Fallzahlen zur Anerkennung von Haftfolgeschäden im Land Sachsen-Anhalt, dass die Aufarbeitung des SED-Unrechts nach wie vor notwendig ist. Zu oft noch werden ehemalige Häftlinge und Betroffene nicht gehört und erhalten keine juristische Anerkennung ihrer Haftfolgeschäden. Gegen das Vergessen treten bis heute zahlreiche Aufarbeitungs- und Opferinitiativen ein, wie etwa die Vereinigung für Opfer des Stalinismus (VOS) und nicht zuletzt das Bürgerkomitee Magdeburg e.V.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hermann, Fabian: Runder Tisch Stadt Magdeburg 1989 -1990. „Die Mühlen der Ebene“, Magdeburg 2019, S. 5.
- 2 Vgl. Ahrberg, Edda: „Stasi raus!“ – Die Auflösung der Staatssicherheit, in: Bürgerkomitee Magdeburg e.V. (Hrsg.): DDR vorbei? Der Beginn der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und die Rolle des Bürgerkomitees in Magdeburg, Magdeburg 2021, S. 147.
- 3 Schwenke, Konrad: Schreiben an Edda Ahrberg vom 14.08.2005.
- 4 Transkript Interview Waltraut Zachhuber, 24.11.2005, S. 11, DokZ MD, Ordner: Zeitzeugen Interviews.
- 5 Vgl. Ahrberg: „Stasi raus!“ (wie Anm. 2), S. 147.
- 6 Offener Brief des BK Magdeburg an Rainer Eppelmann, Magdeburg 18.04.1990.
- 7 Vgl. Wagner, Armin: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse (1953–1990), in: Diedrich, Torsten / Ehler, Hans / Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft, i. A. Militärgeschichtliches Forschungsamt), Berlin 1998, S. 282 ff.

- 8 Wagner, Armin: Die Kampfgruppen (wie Anm. 7), S. 321.
- 9 Wernowsky, Harald: Tagebuch 89/90, Nr. 1, S. 52.
- 10 Transkript Interview Norbert Bischoff, 26.01.2011, S. 15, DokZ MD, Ordner: Zeitzeugen Interviews.
- 11 Transkript Interview Bernhard Notheis, 17.10.2005, S. 18, Doz MD, Ordner: Zeitzeugen Interviews.
- 12 Gedächtnisprotokoll des Telefongesprächs von Bettina Wernowsky mit dem ehemaligen Mitarbeiter am 12.06.2019.
- 13 Zertifikat der Gussplatten vom März 1990, Signatur: BKASA-O, Nr. 01183 BK 376B, in: Objektebestand des Dokumentationszentrums Magdeburg.
- 14 Gedächtnisprotokoll (wie Anm. 12), 12.06.2019.
- 15 Verein Bürgerkomitee Magdeburg e.V.: Satzung des Vereins vom 28.03.2019, S. 1, § 2 Zwecke und Ziele.



Lageplan der StVE Halle, vermutlich frühe 1970er Jahre. Das Untersuchungsgefängnis des MfS war durch eine Mauer vom Bereich der Strafvollzugseinrichtung komplett abgetrennt und ist auf diesem Lageplan unkenntlich. Damit ist sowohl das Hafthaus A als auch das jetzige Gedenkstättengebäude, welches damals als MfS-Vernehmergebäude diente, nicht auf dem Plan zu verorten.

Der Frauenhaftort „Roter Ochse“ – ein Ausstellungsprojekt von Runa Scharlau und der Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)

Niklas Poppe

„Stasi-Knast“, das ist vielen Menschen in Halle und Umgebung als Antwort präsent, wenn gefragt wird, was sich zu DDR-Zeiten auf dem Gefängnisareal am halleschen Kirchtor befunden hätte. Dagegen ist den Meisten wohl weit weniger geläufig, dass gleich in unmittelbarer Nachbarschaft die wohl zweitgrößte Frauenhaftanstalt der DDR existierte. Doch war das Frauengefängnis, sowohl was das Areal als auch die Zahl der Insassinnen anbelangt, deutlich größer als das nur durch eine Mauer getrennte Unter-

suchungsgefängnis des MfS. Auch war die Sichtbarkeit der in Arbeitskommandos für eine Vielzahl von Betrieben schuftenden weiblichen Gefangenen viel eher gegeben als die der streng abgeschirmten und isolierten Untersuchungshäftlinge der Staatssicherheit.

Dass die Geschichte des Haftortes heutzutage trotz dessen eher mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als mit dem Mdi (Ministerium des Innern) assoziiert wird, liegt wohl vor allem an der Zeit nach 1990. Wurde die „Stasi“ als prominentestes Symbol staatssozialistischer Repression wahrgenommen, blieb das System des DDR-Strafvollzuges kaum beachtet. Waren dort doch nur zu einem geringeren Teil Menschen aus politischen Gründen inhaftiert, deutlich mehr aus Gründen der allgemeinen Kriminalität. „Stasi“-Gefängnisse wurden so oft recht schnell zu Gedenkstätten, Strafvollzugsanstalten hingegen eher zu Justizvollzugsanstalten – obwohl auch sie ein elementarer Teil des repressiven SED-Systems gewesen waren. So kann die DDR mit einer teilweise drei- bis viermal so hohen Inhaftierungsquote im Vergleich zu Westdeutschland durchaus als Gefängnisstaat beschrieben werden, der seine Bevölkerung nicht nur im eigenen Land gefangen hielt, sondern auch bei geringfügigen Vergehen schnell zu Haftstrafen griff.¹ Während in der Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre keine 6 Prozent der Verurteilten eine Haftstrafe antreten mussten, betraf dies in der DDR mehr als 43 Prozent.² Demnach brauchte es viele Haftplätze- und Orte für die vielen Männer und Frauen.

An das Schicksal und den Alltag der im Frauengefängnis in Halle Inhaftierten erinnert nun zum ersten Mal eine kleine Ausstellung, die im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) von Runa Scharlau in der Gedenkstätte ROTER OCHSE entstand. Runas Wunsch für ihr FSJ-Projekt war im Groben recht früh klar: Sie wollte sich mit Geschichten von Frauen in Haft auseinandersetzen. Die bis dato weitestgehend fehlende Thematisierung des DDR-Frauenstrafvollzuges in Halle am historischen Ort erschien dabei als Einladung, sich ebendiesem Bereich zu widmen. So begannen wir im Frühjahr 2024, Material zu sichten und zusammenzutragen. Zurückgreifen konnten wir dabei auf den Bestand der Volkspolizei im Landesarchiv Merseburg, auf Unterlagen und Fotos aus dem Stasi-Unterlagenarchiv Halle sowie auf verschiedene Dokumente und Objekte, die sich in der Sammlung der Gedenkstätte befanden. Zudem konnte sich auf einige wenige Zeitzeuginnen-Interviews gestützt, beziehungsweise diese geführt werden. Bis zum Dezember 2024 war die Ausstellung in unseren Sonderausstellungs-

räumen zu sehen und danach von Februar bis März 2025 bei unseren Kolleginnen und Kollegen in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

In diesem Beitrag werden hier nun wesentliche Ergebnisse des Projektes zusammengetragen, um die Entwicklung des nach Hoheneck zweitbedeutendsten Frauengefängnis der DDR zu skizzieren.

Anfänge des DDR-Strafvollzuges in Halle

Hierfür ist zu Beginn die Feststellung wichtig: Die Geschichte des DDR-Strafvollzuges auf dem Gelände des „Roten Ochsen“ beginnt mit einem Männergefängnis. Nach dem Abzug des sowjetischen Geheimdienstes vom Haftareal im Jahr 1952 teilte sich fortan das MfS das Gelände mit dem Mdl, das dort vorerst eine Männerstrafvollzugsanstalt betreiben sollte. Im Frühjahr des Jahres 1953 galt das Gefängnis mit mindestens 800 Inhaftierten als „voll belegt“. ³ Bis zum Sommer desselben Jahres änderte sich daran kaum etwas. Von den im Juli 1953 inhaftierten Männern arbeitete die Hälfte (400) in der anstaltseigenen Schneiderei. Mehr als 200 Inhaftierte waren in der Hausschuhfabrik beschäftigt. Daneben gab es zudem einen kleinen Bereich für die Ballproduktion mit ca. 15 Arbeitsplätzen für Inhaftierte.

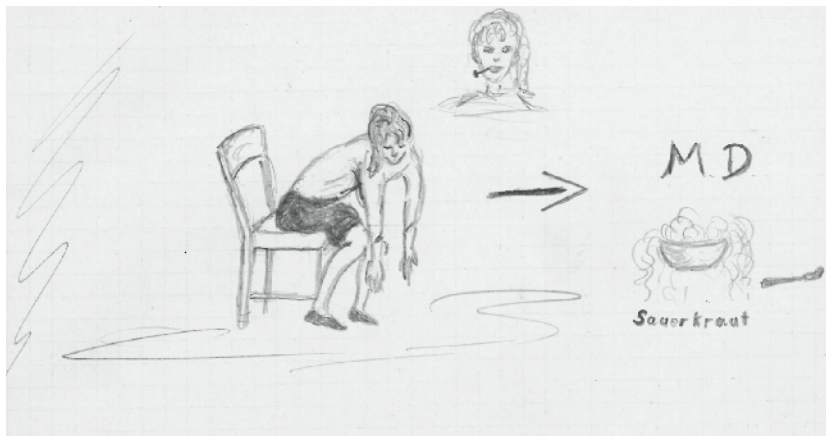
Die in den Monaten zuvor aus Waldheim und Bautzen verlegten Männer waren derweil oftmals so geschwächt oder erkrankt, dass sie laut ärztlichen Gutachten zu einem großen Teil nicht eingesetzt werden konnten. 180 Personen galten zeitgleich als nicht arbeitsfähig, beinahe ein Viertel der Gesamtbelegung.

Im Januar 1954 wurde nach dem Gnadenerweis aus Moskau der Großteil der Gefangenen, die ab 1945 in der sowjetischen Besatzungszone durch Sowjetischen Militärtribunale (SMT) verurteilt worden waren, entlassen. Weitere von SMT Verurteilte wurden durch das Mdl nach Torgau überstellt. Mitte März wurden dann die restlichen männlichen Strafgefangenen in andere Haftanstalten verlegt.

Fortan waren weibliche Inhaftierte in den drei Haftgebäuden des Mdl eingesperrt und der „Rote Ochse“ wurde zum wohl zweitgrößten Frauengefängnis der DDR. ⁴

Schwierige Versorgungslage in den 1950er Jahren

Was mit der Umstellung auf den Frauenstrafvollzug einherging, war ein massiver Mangel in der Kleider- und Medikamentenversorgung, die lange nicht an die neuen Umstände angepasst wurden. Auch an vielen anderen Ecken mangelte es: Schuhe,



Unfälle und Selbstverletzungen, Brigadetagebuch 1963. Mitunter verschluckten Strafgefangene absichtlich Nadeln oder andere scharfe oder spitze Gegenstände. Der Medizinische Dienst riet dann oftmals zu einem bewährten Mittel: Sauerkraut. Selbstverletzungen geschahen mitunter, um zumindest kurzzeitig der Situation im Strafvollzug zu entfliehen.

Waschschüsseln, Trinkbecher und Zellenkübel waren ebenso anfangs zu wenig vorhanden. Schon einige Monate nach der Erstbelegung durch inhaftierte Frauen fiel Bediensteten auf, dass diese Not erfinderisch zu machen schien: Damenbinden, die unreguliert auf Anfrage ausgegeben wurden, benutzten Gefangene als Ohrenschützer, Halswärmer und Nierenwärmer. Anstatt nach dieser Feststellung jedoch den Mangel der imitierten Güter zu beseitigen, stellte die Leitung des Frauengefängnisses die uneingeschränkte Ausgabe der Binden ein.⁵ Ungenügende Medikamentenversorgung (vor allem bei Penicillin, Vaginaltabletten und Eisenpräparaten), fehlende Bekleidung, mangelhafte Heizungsanlagen und die schlechten hygienischen Voraussetzungen der Strafvollzugsanstalt (StVA), in der es bis zum Umbau Ende der 1960er Jahre keine Toiletten in den Verwahrräumen gab, führten zu immer wiederkehrenden medizinischen Problemen, insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren. Oftmals waren Grippeepidemien für einen hohen Krankenstand verantwortlich, mitunter traten aber auch massenhaft Hauterkrankungen, verursacht durch die verwendete Seife und die zu benutzenden Scheuermittel hervor. Blasen- und Nierenerkrankungen traten sowohl

durch die schlechten hygienischen Bedingungen als auch die winterliche Kälte zu Tage. Auch einige Tuberkulosefälle waren von Jahr zu Jahr zu verzeichnen.

Selbstverletzungen geschahen oftmals in Form von Schlucken von Nadeln, spitzen Gegenständen oder Reinigungsmitteln. In solchen und anderen schwerwiegenden Fällen kam es zum Transport der Inhaftierten in das Haftkrankenhaus Klein-Meusdorf.

Die Auslastung des medizinischen Personals in der Haftanstalt war durchgehend hoch. Dies wird insbesondere sichtbar, wenn ein Mangel von „Hausarbeiterinnen“, also medizinisch geschulten Inhaftierten, als Grund dafür angegeben wurde, dass eine „ausreichende gesundheitliche Betreuung der Strafgefangenen nicht gewährleistet“ sei.⁶

Auch der Umgang mit psychisch kranken Inhaftierten wurde intern kritisiert: So mussten die Bediensteten des MdI Ende der 1950er Jahre feststellen, dass Gefangene teils mehrere Monate nach erfolgtem Antrag auf Haftunterbrechung zur Überstellung in eine Heil- und Pflegeanstalt im „Roten Ochsen“ eingesperrt blieben.⁷

Mit den Umbaumaßnahmen, die Ende der 1960er Jahre abgeschlossen waren, änderten sich auch die hygienischen Voraussetzungen. Auch der Medikamentenmangel und das fehlende medizinische Personal konnten mehr und mehr kompensiert werden. Jedoch verschärfte sich die Situation seit Beginn der 1970er Jahre erneut zusehends, diesmal aufgrund einer erheblichen und langfristigen Überbelegung des Gefängnisses.

Zwischen Unzuverlässigkeit und Linientreue – die Bediensteten des Frauenstrafvollzuges

Wie beschrieben, führte die Umstellung auf weibliche Inhaftierte eingangs zu vielen größeren und kleineren Problemen. Eine der größten Baustellen war es, zügig weibliches Personal zu finden. Die Hälfte der Strafvollzugsbediensteten, allesamt Männer, musste ausgetauscht werden. Um nicht in Nöte zu geraten und Bedienstete schnell einsetzen zu können, wurde den Neueingestellten Crashkurse von 8 bis 14 Tagen auferlegt.⁸ Einige erfahrene weibliche Mitarbeiterinnen wurden derweil aus Waldheim, Zwickau und Halle II (Kleine Steinstraße) versetzt.⁹ Für weibliches Personal sollte anschließend eine „internatsmäßige Einrichtung“ samt Kindergarten entstehen, da deren familiäre Situation in vielen Fällen andernfalls als nicht zumutbar eingeschätzt wurde.

Unter den in Halle tätigen Bediensteten kam es insbesondere in den 1950er- und 1960er-Jahren immer wieder zu Disziplinverstößen – meist von der Leitung betitelt als

„liberale Haltung gegenüber Strafgefangenen“. So hatten mehrfach (romantische oder sexuelle) Verbindungen zu Gefangenen eine Rolle gespielt. Auch das Verteilen von Süßigkeiten oder Zigaretten wurde moniert. Ebenso waren private Gespräche zwischen Bewacherinnen oder Bewachern und Gefangenen öfter Thema und wurden sanktioniert.¹⁰ Regelmäßig kamen Vergehen wie Trunkenheit im Dienst oder das Schlafen auf Wachtürmen hinzu, dies betraf vor allem das verbliebene männliche Personal. Aus genannten Gründen kam es in den ersten Jahren des Frauengefängnisses immer wieder zu Abmahnungen, Entlassungen oder aber kritischen Auswertungen vor versammeltem Kollegium. Besonders unangenehm dürfte die Aussprache so etwa für einen Wachmann gewesen sein, der im Februar 1959 während der Dienstzeit offenbar nicht mehr an sich halten konnte und seine ins *Neue Deutschland* eingewickelte Notdurft über die Mauer aufs Nachbargrundstück der Hermannstraße schmiss. Zu seinem Leidwesen traf er das Fenster des Wohnobjektes und so meldete ebenjener empörte Nachbar den Vorfall, der nun zum Thema auf der nächsten Partei- bzw. FDJ-Versammlung werden sollte.¹¹

Entlassungen kamen derweil nicht allein wegen Disziplinverstößen, sondern auch wegen politischer Auffälligkeiten vor: Ein Angehöriger der Volkspolizei (VP) stellte etwa in Schulungen oft die anscheinend falschen Fragen. Nachdem sich herausstellte, dass dessen Mutter Mitglied der Zeugen Jehovas war und auch der auffällige Bedienstete ein enges Verhältnis zu der Glaubensgemeinschaft führte, wurde dieser fristlos entlassen.¹² Bereits kurz vor der Umwandlung zum Frauengefängnis musste eine Bedienstete gehen, weil sie der jüdischen Gemeinde angehörte, in ihrer Jugend angeblich zu dem im Slansky-Prozess verurteilten Artur London Kontakt gehabt hätte und ihr Bruder zudem in Jerusalem lebte.¹³

Auch auf höheren Ebenen kam es in den Folgejahren oftmals zu schwerwiegenden Vorfällen. So sollen sich in den 1960er-Jahren die mit den Häftlingstransporten betrauten Bediensteten ständig, selbst während der Fahrtzeiten, betrunken haben. Bis das aufflog, dauerte es jedoch eine Zeit, denn „[d]er Leiter der GTL, Genosse Oberstleutnant Hennig, der bei Kontrollen selbst Bier zu sich nahm, konnte gegen derartige Missstände nicht auftreten, da sein Verhalten in Bezug [auf] Alkohol allen Genossen bekannt war“.¹⁴ Auch der Leiter der Haftanstalt wurden mehrfach harsch kritisiert. Aus nachvollziehbaren Gründen: So hatte dieser etwa aufgrund persönlicher Beziehungen zu einer Strafvollzugsbediensteten nichts über deren Liebschaft

mit einem ehemals wegen Spionage einsitzenden Ex-Gefangenen unternommen. An anderer Stelle wurden aus den Leitungsbereichen der StVA und der Untersuchungshaftanstalt (UHA) Halle private Verkäufe von in Haftzwangsarbeit hergestellten Produkten bekannt.

Aus politischen Gesichtspunkten wurden jedoch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Strafvollzuges zumindest offiziell als zuverlässig beurteilt. Im Herbst 1961 standen 97 weibliche VP-Angehörige 63 männlichen Strafvollzugsmitarbeitern gegenüber. Kurz nach der endgültigen Abriegelung der ostdeutschen Gesellschaft durch den Mauerbau wurden von diesen insgesamt 160 Personen 158 für ihre Leistungen ausgezeichnet. Zu verstehen ist das durchaus als Maßnahme des Loyalitätserhalts dem SED-System gegenüber. Dabei konnte sich im Kern auf die politische Zugewandtheit zur Staatspartei verlassen werden: 131 VP-Angehörige aus dem haleschen Frauengefängnis waren zu diesem Zeitpunkt Mitglied in der SED.¹⁵ Anfang der 1970er Jahre war – entsprechend der höheren Belegungsanzahl – auch der Personalbestand gewachsen und umfasste nun etwa 230 Bedienstete. Die SED-Mitgliederquote stieg währenddessen auf mehr als 90 Prozent an. Weniger wichtig als die Zugehörigkeit zur SED oder FDJ war zumindest in den 1950er Jahren und Anfang der 1960er Jahre der Bildungsstand der Bediensteten. Im ersten Halbjahr 1960 holten so etwa fünf VP-Angehörige ihren Grundschulabschluss nach, weitere drei im Halbjahr darauf. Mehr als 10% der Strafvollzugsangehörigen versuchten parallel dazu, den 8. Klasseabschluss an der Abendschule nachzuholen. Auch zehn Jahre später lag der Anteil der Bediensteten ohne Schulabschluss ähnlich hoch. Diese Bediensteten des Strafvollzuges waren vorwiegend im Wachdienst tätig. Etwa die Hälfte des Personals besaß einen 8. Klasse-Abschluss, die übrigen ca. 40 Prozent den der 10. Klasse.

Neben der im Einzelfall nachzuholenden Schulbildung war wesentlicher Fortbildungsfaktor für alle Bediensteten des Strafvollzuges die Politische Schulung, insbesondere im Nachgang des 13. August 1961. Spione und Diversanten würden laut Schulungsmaterialien auch in Strafvollzugseinrichtungen versuchen, gegen die Beschlüsse des Politbüros zu mobilisieren. Offiziell vertreten wurde dabei eine unerschütterliche Zustimmung der Maßnahmen unter den Bediensteten und gar unter den Gefangenen, wie es wiederum in einer Mitteilung an die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) hieß.¹⁶ Die in der Realität spürbare Ablehnung des Mauerbaus

kam dagegen vor allem in den Lageberichten vor. Hier war sowohl von negativen Wortmeldungen als auch von verschiedenen, von unterschiedlichen Inhaftierten getätigten „Schmierereien“ mit „faschistischen Inhalt“ die Rede.¹⁷

Häftlingsgesellschaften im Frauenstrafvollzug Halle

Die Mehrheit der Frauen, die zwischen 1954 und 1990 in Halle eine Strafe verbüßen mussten, taten dies wegen weitestgehend unpolitischer Vergehen. Der Anteil der Deliktgruppen änderte sich jedoch über die Jahrzehnte stark und so auch die durchschnittlich zu verbüßende Strafdauer. Ab 1955 war die StVA Halle zuständig für Strafgefangene mit einem Strafrest von über drei Jahren.¹⁸ In den späten 1950er Jahren saßen in Halle wiederum nur noch Frauen mit Haftstrafen unter 8 Jahren ein. 1958 hatte man alle, die länger inhaftiert sein sollten, nach Hoheneck verlegt.¹⁹ In der Folge galten die meisten Inhaftierten in der StVA vorerst als Kurzbestrafte.²⁰

Der Anteil politischer Gefangener war in den 1950er Jahren am höchsten, kurzzeitig war etwa ein Drittel der Inhaftierten aus politischen Gründen im halleschen Strafvollzug eingesperrt. Meist machte ihr Anteil in den späteren Jahren etwa ein Viertel oder weniger aus. In der Gefängnishierarchie waren Menschen, die als „Staatsfeinde“ galten, strukturell weit unten angesiedelt, schon allein dadurch bedingt, dass sie von den für Häftlinge gängigen Funktionsstellen ausgenommen waren. Schicht- bzw. Bandleiter oder Verwahrraumälteste und Stationsälteste sollten dezidiert nicht aus politischen Gründen Verurteilte sein.

Ab den späten 1960er Jahren änderten sich die für Strafvollzugsanstalt Halle ausschlaggebenden Haftgründe stark. Mit der Einführung des DDR-Strafgesetzbuches und der Etablierung des §249 waren sogenannte „Asoziale“ fortan die größte Gruppe von Inhaftierten. Im Zentrum des Vorwurfs sich „asozial zu verhalten“ standen Begriffe wie „Arbeitsscheu“ oder „Arbeitsbummelei“, aber auch die Bezeichnung, Prostitutions zu betreiben, selbst wenn es sich in vielen Fällen lediglich um (zugeschriebene) Promiskuität gehandelt haben mag. Auch mit „unlauteren Mitteln“ Geld zu verdienen, fiel unter diese Anschuldigung. Mitte der 1980er Jahre waren etwa 60 Prozent der Gefangenen wegen „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“ eingesperrt, wozu neben Paragrafen der politischen Justiz unter anderem auch §249 zählte. Die gesamte Ausrichtung der Haftanstalt wurde dem Aspekt der zur „Arbeitserziehung Verurteilten“ gewidmet. Der offizielle Name des Frauengefängnisses war fortan

„Arbeitserziehungskommando Halle“. Als solches sollte das Gefängnis Mitte der 1970er Jahre die höchsten Belegungszahlen aufweisen. Die Auslastung der Haftanstalt lag jedoch bereits in den Jahren zuvor oft deutlich über den Planzahlen der Maximalbelegung (1966 zu 125%, 1972 zu 147,7%). 1975 wurde vorerst der Zenit erreicht und es war mit etwa 1.500 Inhaftierten eine beinahe doppelt so hohe Belegung vorhanden wie vorgesehen: „Das Arbeitserziehungskommando Halle war von 1970 bis zum Zeitpunkt der Amnestie und ist danach seit 1972 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ständig durchschnittlich mit 300 bis 500 (gegenwärtig bis 700 Strafgefangenen) höher belegt als die der Kräfteberechnung zugrundeliegenden Kapazität von 800 Strafgefangenen. Unter Beachtung der getroffenen Festlegungen hinsichtlich der Aufnahme der strengen Vollzugsart Arbeitserziehung und des daraus resultierenden durchschnittlichen Strafmaßes von gegenwärtig 7 Jahren, ist mit einer wesentlichen Reduzierung des Gefangenenbestandes nicht zu rechnen.“²¹ Angedeutet ist hierbei auch ein stets wiederkehrendes Problem des DDR-Strafvollzuges: Trotz öfter anberaumter Massenentlassungen durch Amnestien, wie hier im Oktober 1972, waren viele Gefängnisse unmittelbar danach wieder voll ausge- oder überlastet. Für die Volkspolizei kam dies kaum überraschend, wusste sie doch, dass die Amnestien als eine Art Ventilfunktion in Anbetracht bereits völlig überfüllter Untersuchungshaftanstalten der VP nur sehr kurzzeitig für Entlastung sorgen konnten.

In den Planungen des halleschen Frauengefängnisses wurde derweil von einem weiteren Anstieg der Belegung und einem Häftlingsbestand von bis zu 2.000 Gefangenen ausgegangen, wohlwissend und kritisch anmerkend, dass eine solche Überbelegung zu eklatanten hygienischen und medizinischen Problemen führen würde. Ein derart drastischer Anstieg der Inhaftiertenzahlen lässt sich in den gesichteten Unterlagen letztlich auch nicht finden. Stattdessen sank die Zahl der Gefangenen ab Ende der 1970er Jahre deutlich. Vermutlich hängt dies mit der Einrichtung der Strafvollzugsabteilung Dessau für weibliche Inhaftierte zusammen – einem nun zweiten Frauenhaftort im Bezirk Halle, der Mitte der 1970er Jahre geschaffen worden war und mitunter die Belegung von über 900 weiblichen Strafgefangen aufwies.²² Das auf dem Gelände der Magnetbandfabrik Dessau eingerichtete Barackenlager diente ab 1974 als Arbeitskräftereservoir für das Fotochemische Kombinat Wolfen, welches auch den Ausbau des Lagers samt Sicherungstechnik finanzierte.²³



Anlernen für das Schuhkombinat, 1982. Im Jahr 1978 wurde das Lehrband zur Einarbeitung in der Schuhproduktion im „Roten Ochsen“ eingeführt. Die Gefangenen wurden zuvor nach Bewertung einer Aufnahme-kommission verschiedenen Arbeitskommandos zugeteilt.

Haftzwangsarbeit: Eine Vielzahl an örtlichen Betrieben profitierte, zwei davon besonders

Das DDR-Frauengefängnis in Halle hatte Zeit seines Bestehens eine Vielzahl von Arbeitseinsatzorten, die für die Haftzwangsarbeit genutzt worden sind. Der Großteil der Betriebe ließ hinter den Anstaltsmauern produzieren, in den Außenkommandos waren nie mehr als ein Drittel der Strafgefangenen eingesetzt, meist gar deutlich weniger. Insgesamt bildete das Frauengefängnis jenen Haftort im Bezirk Halle, der die höchste Zahl an Betrieben mit Arbeitskräften versorgte. Dabei dominierte stets ein auf dem Haftgelände gelegener Betrieb besonders: Zu Beginn des DDR-Strafvollzuges bis zum Ende der 1960er war das die Schneiderei (Hallesche Kleiderwerke), in der beinahe durchgängig die Hälfte der Inhaftierten arbeiten musste. Ab 1970 wurde sie vom Schuhkombinat „Banner des Friedens“ Weißenfels als größter Haftbetrieb abgelöst. Die Schuhfabrik ließ bis zum Ende der DDR Sportschuhe und Mokassins von bis zu 600 Inhaftierten gleichzeitig produzieren, die im 3-Schichtsystem in den Arbeitsräumen der Hafthäuser, bzw. in einer in den 1970er Jahren eigens geschaffenen Bara-

cke zu arbeiten hatten. Sowohl die Arbeit in der Schneiderei als auch später für das Schuhkombinat galten als besonders herausfordernd. Im Vorfeld des Einsatzes für die Schuhfabrik sollte daher – bei Gefangenen ohne Vorkenntnisse – eine dreimonatige Anlernphase durchgeführt werden. Ende der 1970er wurde dafür eigens ein Lehrband geschaffen.²⁴

Die Norm zu erfüllen, stellte sich dabei als sehr schwierig heraus, mitunter lag dies an zu alten und häufig kaputten Maschinen. Die Haftzwangsarbeit für die Schuhfabrik wurde daher auch von den Inhaftierten als besonders anstrengend und belastend wahrgenommen. In den Arbeitskommandos, die auf dem Anstaltsgelände Dienst leisten mussten, war der prozentuale Anteil politischer Gefangener vergleichsweise hoch. Dies lag schon allein daran, dass in den Außenarbeitskommandos möglichst kaum aus politischen Gründen Verurteilte eingesetzt werden sollten. Doch nicht nur die Mitglieder der Brigaden selbst waren verschieden, auch die Tätigkeiten unterschieden sich teils extrem in ihrem Anspruch und ihrer Intensität. Einer der wohl anspruchslosesten und zugleich sehr tristen Tätigkeiten fand in der halleschen Brauerei statt. Vorkenntnisse brauchte es zum Kontrollieren des Füllstandes der Flaschen, der Flaschenverschlüsse oder Etiketten nicht. Immer wieder kam es jedoch vor, dass sich Inhaftierte den Blicken der Bewacherinnen entzogen und sich betranken, was oftmals erst bei der intensiven Kontrolle, die die Mitglieder der Außenkommandos täglich nach der Rückführung in die Haftanstalt über sich ergehen lassen mussten, auffiel.

Das offiziell mit der Haftzwangsarbeit einhergehende Ziel, die Arbeitserziehung, konnte weder in den Brigaden des Schuhkombinats noch in der Brauereibrigade erreicht werden. Zu häufig sahen die Bediensteten des Strafvollzuges die gleichen Gesichter kurze Zeit nach der Haftentlassung wieder hinter den Anstaltsmauern. Besonders bei denen als „asozial“ Verurteilten kam es häufig zu Mehrfachinhaftierungen. Der damalige Leiter der Anstalt, Major Wittwer, schlug daher bereits Anfang der 1970er bei der BDVP eine andere Handhabe mit den laut ihm wegen „parasitenhafter Lebensweise“ Verurteilten vor, die allerdings ungehört blieb.²⁵ Der erzieherische Anspruch im DDR-Strafvollzug und so auch im Frauenstrafvollzug in Halle blieb letztlich theoriebasierte Fassade. Das, was im praktischen Sinne mit der Haftzwangsarbeit beabsichtigt wurde, war das Füllen von Leerstellen in diversen Produktionsbereichen, in denen die Zivilarbeiter fehlten. Und ein solches Ziel wiederum wurde im Regelfall erreicht, gab es doch genug Gefangene in diesem Staat.

Anmerkungen

- 1 Sachse, Cristian: Das Jugendhaus für Frauen in Hohenleuben, In: der stacheldraht 9/2021, S. 10.
- 2 Dölling, Birger: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenenschutz im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009, S. 57.
- 3 Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg (im Folgenden LASA Merseburg), M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 693, Anhang zum Quartalsbericht, 31.3.1953.
- 4 In der Gesamtzahl werden im zentralen Frauengefängnis Hoheneck (bestehend ab 1950) wohl mehr Inhaftierte eingesperrt worden sein, auch wenn exakte Zahlen fehlen. Im Jahresvergleich übertrifft die Gefangenenzahl im „Roten Ochsen“ allerdings ein ums andere Mal die Zahlen der Frauenhaftanstalt Hoheneck. Insgesamt schienen beide Anstalten eine recht ähnliche Auslastung und Größe besessen zu haben.
- 5 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 694, Bericht zum IV. Quartal 1955, Abt. Wirtschaft, 21.12.1955.
- 6 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 694, Jahresbericht 1957 für den Strafvollzug, an BDVP Abt. MD, 27.12.1957.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 693, Quartalsbericht 1954, 1. April.
- 9 Ebd., Schreiben an HVDVP, 6.4.1954.
- 10 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 694, Quartalsbericht vom III. Quartal 1955, Polit-Abteilung, 5.10.1955.
- 11 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 697, Lagerbericht Februar 1959, 28.2.1959.
- 12 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 694, Quartalsbericht über das IV. Quartal 1956, Politabteilung, 2.1.1957.
- 13 LASA Merseburg, M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 694, Jahresbericht für das Jahr 1953, Personalabteilung, 30.12.1953.
- 14 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 1271, Informationsbericht über den inneren Zustand der GTL der StVA Halle, 22.3.1968.
- 15 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 696, Auskunftsbericht des Leiters, 11.10.1961.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 697, Lagebericht September 1961, 25.9.1961.
- 18 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, M558-3, Nr. 694, Quartalsbericht, 1. Quartal 1955 (Leiter), 7. April 1955.
- 19 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 697, Lagebericht Juli 1958, 4.8.1958.
- 20 Ebd., Lagebericht November 1958, 29.11.1958, Bl. 10.

- 21 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 1268, Einschätzung des AEK Halle, 3.3.1975, Bl. 99.
- 22 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 608, Kapazitätsdokument für allgemeine Verwehrrkapazität der Strafvollzugseinrichtung Halle, 24.8.1989.
- 23 Ebd., M 555-9, Jugendhaus Dessau, Nr. 28, Überführung der Audiobandkassettenkonfektionierung nach Dessau, 22.11.1978; Ebd., M555, Nr. 591, Lageeinschätzung Abt. Strafvollzug, 15.07.1974.
- 24 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 679, Bericht über den Stand der Durchsetzung der Dienstvorschrift Nr. 45/77 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über das 2. Halbjahr 1978 laut Maßnahmeplan des Leiters der Verwaltung Strafvollzug vom 4.10.1977, Halle, 25.11.1978.
- 25 Ebd., M 558-3, BDVP Halle 19, Nr. 1269, Gestaltung der Arbeitserziehung, 18.06.1970.

Vom Hoheitszeichen zum Einheitssymbol – Die DDR-Begrüßungsstele der Grenzübergangsstelle Marienborn

Sarah Schröder

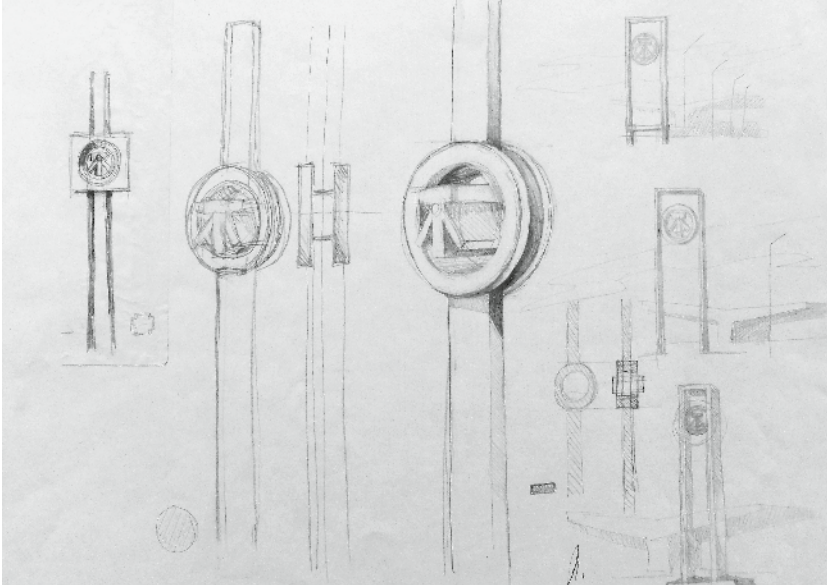
Jahrzehnte prägte sie die Autobahn A 2 nahe der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn – die sogenannte Begrüßungsstele der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Auf dem Mittelstreifen der wichtigsten Transitautobahn zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin platziert, passierten täglich tausende Reisende das großdimensionierte Emblem. Für die DDR war es Symbol ihrer völkerrechtlichen Souveränität, für andere markierte es hingegen den Eingang zur menschenrechtsfeindlichen „Ostzone“. Im Februar dieses Jahres wurde die markante Landmarke (Höhe: 8,5 m, Breite an der Basis: 2,2 m, Tiefe: 0,40 m) im Zuge der grundhaften Erneuerung der Autobahn rückgebaut¹ und soll nach ihrer denkmalgerechten Instandsetzung spätestens im Jahr 2029 wieder aufgestellt werden.² Sie ist als Einzeldenkmal und als Teil des Denkmalbereiches Grenzübergangsstelle Marienborn in das Denkmalverzeichnis des Landes Sachsen-Anhalt eingetragen.

Die Errichtung der Stele war Teil einer umfassenden Maßnahme zur sogenannten sichtagitorischen Aus- und Neugestaltung der 76 Grenzübergangsstellen der DDR, die nach dem Willen der SED-Führung würdevoll dem internationalen Ansehen des sozialistischen Staates dienen sollte. Die Zuständigkeit hierfür lag beim Ministerium für Nationale Verteidigung, insbesondere der Abteilung Militärbauwesen/Unterbringung des Kommandos der Grenztruppen der DDR. Die Stele mit Staatswappenemblem sollte als „zentraler Blickpunkt“ fungieren. In einer weiteren, reduzierten Variante sah die Planung nur die Aufstellung von sogenannten Wabenemblemen und Fahnenmasten vor.³ Von der Maßnahme, die im Zeitraum 1978-1985 durchzuführen war, versprach man sich auch eine deutliche Kostenreduzierung der bisher für die Sichtagitation an den GÜSt aufgewendeten staatlichen Mittel von circa 15 Mio. Mark auf nur noch etwa 8 Mio. Mark.⁴

Die 1972-74 neu errichtete GÜSt Marienborn war einer der ersten Standorte, an dem eine solche Stele aufgestellt wurde. Platziert wurde sie vermutlich im Jahr 1979 kurz hinter der Grenzlinie auf dem Mittelstreifen der Autobahn, etwa einen

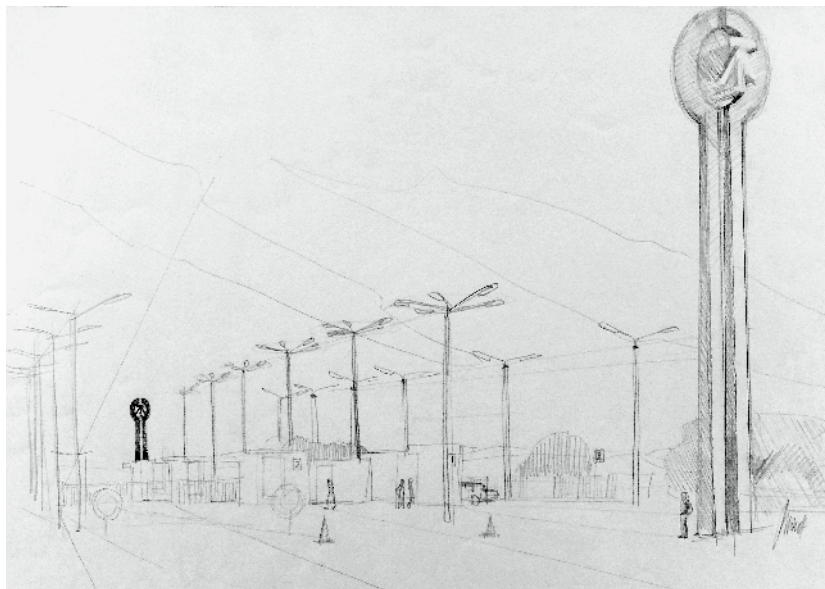


Die in ein Hubgestell eingespannte Stele wird mittels eines Krans aus dem Mittelstreifen gehoben (2025).



Entwurfszeichnungen für die Begrüßungsstele von Lutz Brandt, ca. 1976.

Kilometer westlich in Sichtweite der GÜSt. Dem gingen ein Jahr zuvor wohl Musterbauten (GÜSt Reitzenhain, GÜSt Zinnwald) und wahrscheinlich eine weitere Aufstellung an der GÜSt Seifhennersdorf voraus. Aus den Planungsunterlagen geht zudem hervor, dass die Stele damals in drei Höhenausführungen (12 m, 8 m, 5 – 7 m) angedacht war, abhängig auch von der Bedeutung der jeweiligen GÜSt. Als einer von fünf Standorten sollte die GÜSt Marienborn mit der größten Variante ausgestattet werden.⁵ Aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Berlin war die GÜSt Marienborn mit dem Kontrollpunkt Helmstedt auf bundesdeutscher Seite der größte und bedeutendste Übergang an der innerdeutschen Grenze. Hier wurde die Hauptlast des Transitverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin abgewickelt. Schließlich umgesetzt wurde hier eine 8,5 Meter hohe Stelen-Variante. Ob andernorts größere Stelen zur Ausführung kamen, ist noch zu klären. Die Verantwortung für die Realisierung der Sichttagitation an den GÜSt lag bei der SED-eigenen Werbeagentur „Deutsche Werbe- und Anzeiengesellschaft“ (DEWAG).⁶ Die Ent-



Die Stele in Fahrbahnrichtung der DDR-Ausreise (1989/90).

wicklung des Designs übernahm die DEWAG jedoch nicht selbst, sondern beauftragte hiermit das Institut für Baugebundene Kunst der Kunsthochschule Berlin. Der damalige Institutsleiter, Prof. Walter Womacka (1925 – 2010), übertrug den Auftrag vermutlich im Jahr 1976 an den Berliner Designer und Werbegrafiker Lutz Brandt (1938 – 2024). Brandt hatte Architektur, Malerei und Produktgestaltung studiert. Er ist vor allem durch seine künstlerischen Arbeiten im öffentlichen Raum bekannt, so beispielsweise für seine großformatigen Giebelwandmalereien im Großplattenbau-Stadtbezirk Berlin-Marzahn, auch für Illustrationen in namenhaften Wochenzeitschriften der DDR sowie Plakatkunst in Ost- und West-Berlin. Seine Arbeiten wurden auf den großen Kunstaussstellungen der DDR präsentiert. Trotz seines künstlerischen Erfolges verließ Brandt die DDR im Jahr 1984.⁷ Für das Projekt „künstlerische Ausstattung der Grenzübergangsstellen der DDR“ fertigte der Künstler mehrere Entwürfe auf Basis von fotografischen Bestandsaufnahmen der GÜSt Drewitz an und verwsetzte sich in die Perspektive der Westeinreisenden.⁸

Für die Stele ausgewählt wurde schließlich eine schlichte Variante aus zwei schlanken, sich nach oben leicht verjüngenden Pylonen, die im oberen Drittel durch einen Ring verbunden sind. In diesem Ring prangte zu beiden Seiten das Staatswappen der DDR mit Hammer, Ährenkranz, Zirkel und schwarz-rot-goldener Fahne.

In ihrer grazilen Monumentalität ist der Stele eine beachtliche künstlerische Qualität bei großem Symbolgehalt mit hohem Wiedererkennungswert beizumessen. Ihre Gestalt entspricht damit in gelungener Weise ihrer Funktion als repräsentative Territorialmarkierung der DDR. Unterlagen zur Herstellung der Stelen sind bisher nicht aufzufinden. In den Planungsunterlagen aus dem Jahr 1978 findet sich lediglich der Hinweis auf den VEB Bau Ost-Mahlsdorf im VEB Bau- und Montagekombinat (BMK) als Projektierungsbetrieb. Der Betrieb lieferte die Konstruktionsunterlagen und fertigte zunächst einen Musterbau. Ob an allen 57 vorgesehenen Standorten Stelen aufgestellt wurden, ist Gegenstand weiterer Forschung.⁹

Als Teil der Grenzsicherungsanlagen der DDR wurden nach dem Herbst 1989 auch die Mehrheit der Grenzübergangsstellen und mit ihnen die Begrüßungsstelen abgebrochen. Überliefert sind nur wenige Exemplare, so in situ ein weiteres Exemplar in Sachsen-Anhalt bei Salzwedel und in Brandenburg bei Drewitz. Auch das Grenzlandmuseum Teistungen im Eichsfeld (Thüringen) und das Grenzhuis Schlagsdorf (Mecklenburg-Vorpommern) verfügen über je ein Exemplar. Im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit wurden das Emblem aus der Stele der GÜSt Marienborn entfernt und ist heute in der Dauerausstellung der 1996 eröffneten Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zu sehen. In Vorbereitung der jüngst durchgeführten Rückbaumaßnahme wurde die Stele der GÜSt Marienborn durch die Leipziger Arbeitsgemeinschaft BAKU – Bauen mit Kunststoff einer ersten Untersuchung unterzogen. Da durch die serielle Herstellung von einer identischen Bauweise auszugehen ist,¹⁰ liefert sie wichtige Informationen über die Fertigungsweise, die komplexer war als zuletzt selbst von Fachleuten vermutet. Denn die Stelen wurden nicht aus Beton hergestellt, wie bislang ihrem äußeren Erscheinen nach weithin angenommen,¹¹ sondern aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK). Das Material bot aufgrund seiner vergleichsweise kostengünstigen Herstellung und Verarbeitbarkeit, guten Formbarkeit und hohen Stabilität vielgestaltige und anspruchsvolle Anwendungsmöglichkeiten in der DDR.

Die Untersuchung der Stele hat folgendes ergeben:¹² Alle GFK-Elemente haben eine beschichtete Außenseite (Gelcoat, d. h. Deckharzschicht des Herstellungsprozesses)

und eine faserrauhe Innenseite. Den Hauptkörper bilden zwei GFK-Halbschalen, die entlang einer umlaufenden außenliegenden Aufkantung dauerhaft als Klebeverbindung miteinander fixiert sind. Der Ring besteht aus zwei GFK-Einzelringen, die dauerhaft über Klebverfahren miteinander und mit dem Stelen-Hauptkörper verbunden sind. In den unteren drei Metern ist der Hauptkörper durch Überlaminierung fest mit einer tragenden Stahlunterkonstruktion (insgesamt acht Vierkantrohre – vier je Pylon) verbunden. Mittels Metallblechen an der Stahlunterkonstruktion sind die beiden Halbschalen miteinander ohne Kraftübertrag arretiert. Die Aussteifung erfolgt damit über den GFK-Hauptkörper. Die Basis der Stahlunterkonstruktion bilden acht Stahlaufleger (vier je Halbschale), die als Gelenke ausgebildet sind. Diese dienten vermutlich der Montage der beiden GFK-Halbschalen im Werk. Nach ihrer dauerhaften Verbindung waren sie nicht mehr als Gelenke wirksam. Über vier auskragende Auflagerplatten unter den Gelenken wurde die Konstruktion mittels massiver Schrauben im Untergrund fixiert. Der Basis wurde beidseitig eine Verblendung aus profilierten GFK-Schürzen vorgesetzt, die innenseitig eine Versteifung aus überlaminierten Stahlrohren erhielten.

Bereits um das Jahr 2000 wurde die Stele im Zuge von Baumaßnahmen auf der Autobahn A 2 ein erstes Mal rückgebaut, aber schon kurze Zeit später wieder auf dem Mittelstreifen aufgestellt. Um einige Meter nach Westen versetzt, wurde sie wegen der damaligen Sicherheitsanforderungen auf einen Betonsockel gehoben. Aufgrund der verringerten Breite des Mittelstreifens wurden die Enden der GFK-Schürzen leicht eingekürzt und mit Blechen verblendet. In den letzten Jahrzehnten wurden die Sicherheitsanforderungen an Objekte im Straßenraum noch weiter verschärft. Der Wiederaufstellungsort der Stele ist daher noch nicht abschließend geklärt. Aus denkmalfachlicher Sicht ist der Standort der Stele auf dem Mittelstreifen der Autobahn von großer Bedeutung, denn dieser Standort ist konstituierend für die Denkmaleigenschaft des Objektes. Etwa 200 Meter entfernt von der Grenzlinie war die Stele neben der Grenzschnaise mit Betonmauern, Metallgitterzäunen und Wachtürmen das Erste, was die westlichen Einreisenden von der DDR zu sehen bekamen. In dieser martialisch wirkenden Umgebung stellte sie einen kontrastreichen erhabenen Fixpunkt dar. Durch ihre exponierte Platzierung auf dem Mittelstreifen war sie aus allen Fahrtrichtungen gut wahrnehmbar. So konnte ihre Sichtbarkeit aus Perspektive der DDR-Ein- und Ausreise garantiert werden. Die Aufstellung der Stelen



Die Stele nach der Entnahme des Wappenemblems, im Hintergrund die ehemalige GÜSt Marienborn mit ihren hohen Lichtmasten. Der Standort auf dem Mittelstreifen garantierte die Sichtbarkeit aus beiden Fahrtrichtungen (1993).

auf dem Mittelstreifen erfolgte offenbar vor allem an bedeutenden Grenzübergängen mit großem Transitaufkommen und entsprechend benötigter doppelspuriger Fahrbahnführung (z. B. GÜSt Wartha, GÜSt Zarrentin). Stelen kleinerer Grenzübergänge wurden mehrheitlich im Seitenbereich der Fahrbahn aufgestellt, wo sie weit weniger dominant wirkten – was sich bei den in situ erhaltenen Stelen noch sehr gut nachvollziehen lässt. In der frühen Stellungnahme des damaligen Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt zum Denkmalwert der GÜSt Marienborn aus dem Jahr 1992 wird angeführt, dass die Stele „die Staatsgrenze nicht nur im funktionellen Sinne eines Grenzpfostens [kennzeichnete], sondern [...] durch ihre demonstrative Art die Situation des Grenzgangs zugleich ins Monumentale und fast ins Feierliche [hob]. Die Grenzstele war deshalb nicht nur optisches, sondern auch emotional wirksames Signal für das, was Grenzgänger hinter der Grenze erwartete.“¹³ So prominent platziert fand die Stele als Schlüsselobjekt Eingang in das kollektive Bewusstsein Millionen Reisender und der grenznahen westlichen Bevölkerung und prägte das Erscheinungsbild der DDR aus westdeutscher Perspektive wesentlich mit – allein zwischen 1985 und 1989

passierten 34,6 Mio. Reisende die Stele.¹⁴ Mit den DDR-weiten Grenzöffnungen ab dem 9. November 1989 gelangte die GÜSt Marienborn mitsamt der Stele verstärkt auch in das Bewusstsein der DDR-Bevölkerung, denen ein Grenzübertritt zuvor mehrheitlich unmöglich war und die den Grenzübergang somit selbst gar nicht kennen konnten. Mit der Stele verbinden sich daher vielschichtige Erinnerungen und zugleich hat sich ihre prägende Aussage fundamental gewandelt: Die Leerstelle des entnommenen Wapenemblems steht nun symbolisch für die Entmachtung des DDR-Unrechtsregimes und das Ende des Kalten Krieges in Europa und der Welt. Da die Grenzanlagen vor Ort beinahe vollständig rückgebaut sind, vermag es ein Verkehrsteilnehmer heute vor allem durch die Stele, den ehemaligen Grenzverlauf zwischen DDR und Bundesrepublik nachzuvollziehen, der nicht nur zwei gegensätzliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, sondern auch Menschen gewaltvoll trennte. Als landschaftsgestaltendes Element dient die Stele in der Sichtachse zur GÜSt Marienborn nicht zuletzt als wesentlicher Bezugspunkt und trägt beträchtlich zu deren Verständnis, Dimensionierung und Verortung im Raum bei. Als Fazit kann festgestellt werden, dass der Standort auf dem Mittelstreifen der Autobahn untrennbar mit dem geschichtlichen Kontext und der Wahrnehmbarkeit der Stele mit ihren Wirkungs- und Sichtbeziehungen verbunden ist – der Wiederaufstellungsort sollte daher mit Bedacht gewählt werden.

Anmerkungen

- 1 Die Konzeption der Demontage erarbeitete die Arbeitsgemeinschaft BAKU Leipzig, die Umsetzung erfolgte die Firmen Bergungsdienst Brameier und ABP – Innovative Blechbearbeitung GmbH. Siehe hierzu online unter <https://kunststobauten.de/bauen/stelema2> [Stand vom 03.03.2025].
- 2 Vgl. Denkmalrechtliche Genehmigung des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt zur Demontage der Stele vom 30.08.2024, in: Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA), Registratur Baudenkmalpflege (BKD), Akte Stele/ Hoheitszeichen der DDR.
- 3 Vgl. Direktive Nr. 05/75 des Ministers für Nationale Verteidigung über die sichtagitorische Ausgestaltung an den Grenzübergangsstellen (GÜST) der DDR vom 10.11.1975, in: Bundesarchiv (BArch), DVW 1/104213, Bl. 1–5, hier Bl. 1 f.; Konzeption zur sichtagitorischen Neugestaltung der Grenzübergangsstellen der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD und den befreundeten sozialistischen Staaten vom 06.04.1978, in: BArch, DVH 32/114200, o. Pag.

- 4 Vgl. Konzeption (wie Anm. 3), Anlage 3 – Gegenüberstellung der Gesamtausgaben für die Sichtagitation in den Grenzübergangsstellen (GÜSt) der DDR zur BRD und den befreundeten sozialistischen Staaten für den Zeitraum von 1963 bis 1973.
- 5 Vgl. Vorschlag zum Realisierungsplan für die Ausgestaltung der Grenzübergangsstellen mit Sichtelementen vom 16.03.1978, in: BArch, DVH 32/114200, o. Pag.; Konzeption (wie Anm. 3).
- 6 Vgl. Direktive (wie Anm. 3), Bl. 2.
- 7 Vgl. Im Gespräch: Lutz Brandt. Aus der Reihe getanzt. Spuren eines Wanderers zwischen den Welten, in: Höhne, Günter (Hrsg.): Die geteilte Form. Deutsche-deutsche Designaffären 1949–1989, S. 202–211; Vertrag über die Erstellung von Skizzen zur künstlerischen Ausstattung der Grenzübergangsstellen der DDR vom 07.01.1977, in: Archiv der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, SIG 2017/08/0016.
- 8 Ebd.
- 9 Vgl. Konzeption (wie Anm. 3).
- 10 Eine identische Bauweise ließ sich bisher an der Stele im Grenzlandmuseum Teistungen nachvollziehen.
- 11 Vgl. bspw. Erhard, Elke / Erhard, Andreas / Erhard, Manuel: Grenzdenkmale, Grenzlandmuseen, Erinnerungsstätten. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Dokumentation zur Denkmalpflege sowie den vielfältigen Bestrebungen der Erinnerung an der ehemaligen Grenze, Schweinfurt 2019, S. 84; Gespräch (wie Anm. 7), S. 208. Selbst in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn wird davon ausgegangen, dass die Stelen aus Beton bestehen.
- 12 Vgl. Arbeitsgemeinschaft BAKU: Zustandsbericht der Stele Marienborn vom 05.11.2024, S. 6, in: LDA, Registratur BKD, Akte Stele/Hoheitszeichen der DDR.
- 13 Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt: Stellungnahme zum Denkmalwert der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn aus bau- und kunstgeschichtlicher Sicht, Brülls 1992, in: LDA, Inventarisationsunterlagen des Kulturdenkmals ehemalige Grenzübergangsstelle Marienborn.
- 14 Vgl. Rogg, Matthias: Marienborn, Helmstedt, Hötensleben – ein Erinnerungsraum im Kontext der deutschen Teilung, in: Ohms, Matthias (Red.): „Mit den Autos kommt die Ideologie“. Der Grenzübergang Helmstedt-Marienborn im Kontext der Teilung Deutschlands und Europas, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2016, S. 7–15, hier S. 12.



Michael Teupel präsentiert den durchschossenen Sozialversicherungsausweis von Fred Witke.

Den Opfern des DDR-Grenzregimes ein Gesicht geben – Bahnhofsvorplatz in Helmstedt wurde Fred Witke gewidmet

Beate Ziehres

Die Benennung des Helmstedter Bahnhofsvorplatzes in Fred-Witke-Platz ist ein Zeichen der Erinnerung und eine eindringliche Mahnung an die Schrecken des DDR-Grenzregimes. Die Widmung holt die Opfer aus der Anonymität und verleiht ihnen ein Gesicht, um ihre individuellen Lebensgeschichten sichtbar und begreifbar zu machen. Der Name Fred Witkes soll das Interesse an der Zeit der deutschen Teilung wecken und die historischen Fakten mit lokalem Erleben verbinden. Der Bahnhof Helmstedt ist ein authentischer Ort der Grenzgeschichte, Fluchtereignisse und Freiheitsjubiläum fanden hier vor den Augen der Weltöffentlichkeit statt. Durch die Widmung des Platzes wird der Bahnhof als Ort lebendiger Erinnerung ins Bewusstsein der gegenwärtigen Generationen gerückt. Hier wird deutlich, wie eng das Schicksal der

geteilten Nation mit diesem Platz und den Menschen verknüpft war. Die Entscheidung, diesen öffentlichen Raum dem Opfer Fred Witke zu widmen, stellt einen Akt der Versöhnung durch Transparenz dar. Sie erlaubt dem städtischen Gedächtnis, das Leid der deutschen Teilung und die tragischen Schicksale der Grenzopfer dauerhaft präsent zu halten.¹

Fred Witke – Handwerker, Musiker, Familienvater

Fred Witke wurde am 16. Oktober 1949 in Schönfließ bei Eisenhüttenstadt geboren und wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Nach seiner Schulzeit erlernte er das Handwerk des Zimmermanns und arbeitete zuletzt in der Straßenmeisterei Eisenhüttenstadt. Witke war verheiratet und Vater von zwei kleinen Töchtern. In seiner Freizeit engagierte er sich nicht nur in der Freiwilligen Feuerwehr, sondern spielte auch Handball und widmete sich intensiv der Musik. Gemeinsam mit Freunden wollte er eine Band gründen und brachte sich als Musiker aktiv in das Gemeinschaftsleben ein.

Während seines Wehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee besuchte er eine Unteroffizierschule. Er war Mitglied im FDGB und der FDJ. Im Laufe des Jahres 1972 fasste der 23-Jährige aus Enttäuschung über die politischen Verhältnisse den Entschluss, mit zwei Kollegen in die Freiheit zu fliehen.²

Drei Mann, ein Fluchtplan und ein Lkw

Fred Witke weihte beide, ebenfalls Straßenbauarbeiter, vermutlich bereits Ende 1972 in seinen Fluchtplan ein. Am 19. April 1973 kamen die drei Männer überein, die Flucht mit einem Lastwagen des Typs „W 50“ ihrer Arbeitsstelle zu wagen. In ihrer Freizeit bereiteten sie den Lkw technisch und optisch vor: Ein montiertes Schneeschild, zusätzliche Scheinwerfer und gelbe Rundumleuchten sollten helfen, Grenzabsicherungen zu durchfahren und die Aufmerksamkeit der Grenzer zu irritieren. Das Führerhaus polsterten sie von innen mit Decken und Teppichen als Kugelfang aus.

In der Nacht zum 21. April 1973, etwa gegen 01:15 Uhr, fuhren die drei Männer mit etwa 80 km/h auf den Grenzübergang Helmstedt-Marienborn zu. Zwei Schlagbäume durchbrachen sie problemlos. Nach Alarmauslösung schoss die massive Straßenrollsperrung auf die Fahrbahn. Der Lkw rammte die Sperrung, überschlug sich und blieb auf

dem Dach liegen. Die Grenzsoldaten eröffneten schon vorher und währenddessen gezielt das Feuer auf das Fahrzeug.

Einer der Fahrenden wurde nach dem Aufprall durch die Frontscheibe geschleudert und lag mit Knochenbrüchen auf der Straße. Fred Voitke und sein zweiter Begleiter krochen aus dem Lkw und versuchten zu Fuß in Richtung Westen zu fliehen. Fünf Soldaten der Grenztruppen eröffneten auf beide das Feuer. Voitkes Kollege blieb verletzt liegen. Voitke brach tödlich getroffen zusammen. Laut Zählung feuerten Grenzer und Bedienstete der Grenzübergangsstelle 100 Schüsse ab.³

Nachwirkungen und juristisches Nachspiel

Voitkes Kollegen kamen verletzt ins Krankenhaus Altstadt Magdeburg und wurden dort durch Mitarbeiter der Staatssicherheit rund um die Uhr bewacht. Die beiden Überlebenden wurden umgehend verhaftet und später vor Gericht gestellt – ihre Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Sie wurden zu langen Haftstrafen verurteilt, die später durch Gnadenerlass verringert und zur Bewährung ausgesetzt wurden, worauf sie die DDR verlassen konnten.⁴

Für Fred Voitkes Familie, insbesondere seine Mutter, begann nach dessen Tod ein langer Kampf um Wahrheit und Würde. Mutter und Ehefrau wurden durch die Behörden drangsaliert; der Familie wurde zunächst mitgeteilt, dass Fred Voitke bei einem Autounfall ums Leben gekommen sei. Gegenüber Dritten durften sie keine Angaben zu den wirklichen Todesumständen machen. Die Trauerfeier fand unter strengen Auflagen und Überwachung durch die Staatssicherheit statt. Im westlichen Rundfunk und Fernsehen verbreitete sich rasch die Wahrheit über das Ereignis.

In den Stunden nach dem misslungenen Fluchtversuch begann das Ministerium für Staatssicherheit, ein dichtes Bild jener drei Männer zu zeichnen, die sie als Terroristen ansahen. Nach kurzer Zeit hatte die Staatssicherheit Hintergrundinformationen über die Beteiligten und ihre Eltern zusammengetragen, sich im Betrieb umgehört und mit Wohnungsdurchsuchungen begonnen. Doch was die Staatssicherheit in ihren Akten notierte, ist bekanntermaßen mit Vorsicht zu genießen. Schließlich betrieb sie keine neutralen Ermittlungen, sondern verfolgte von Beginn an ein klares

Ziel: Die Verurteilung der beiden Überlebenden vorzubereiten. Dafür legte sie in ihren Akten die Spur dreier Männer aus vermeintlich ungeordneten und staatsfeindlichen Verhältnissen.

Zwei der fünf Grenzsoldaten erhielten später die „Medaille für vorbildlichen Grenzdienst“, drei Geldprämien für ihr Handeln.⁵ Nach der Deutschen Einheit ermittelten die Behörden gegen die beteiligten Grenzer. Da eine individuelle Tötungsabsicht nicht nachgewiesen werden konnte, wurde das Verfahren eingestellt.

Widmung des Fred-Woitke-Platzes

Die Initiative zur Widmung und zur Benennung des Platzes nach Fred Voitke ging von Michael Teupel, einem ehrenamtlich in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. engagierten, aus. Sein Vorschlag, eine Straße oder einen Platz nach einem Opfer des Grenzregimes zu benennen, stieß auf große Zustimmung. Die Verwaltung der Stadt Helmstedt schlug dafür den Bahnhofsvorplatz vor. Aufgrund der räumlichen Nähe des Todesortes – zwischen der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn und Helmstedt liegen nur wenige Kilometer – galt Voitke als würdiger Namensgeber. Ende März 2025 fasste der Rat der Stadt Helmstedt einen einstimmigen Beschluss zur Widmung des Platzes.

Am 13. September 2025 fand die feierliche Benennung des Fred-Woitke-Platzes als Stadtereignis statt. Zu den Ehrengästen zählten unter anderem der Initiator Michael Teupel, eine Tochter Fred Voitkes und die Niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens. Das öffentliche und mediale Interesse war groß: Der feierlichen Enthüllung einer Informationstafel zur Geschichte Fred Voitkes sowie des Grenzbahnhofs Helmstedt und des neuen Straßenschildes wohnten viele interessierte Menschen bei.

In den Ansprachen wurde Fred Voitke als Sinnbild für das Leiden und die Hoffnung der DDR-Flüchtlinge gewürdigt. Wittich Schobert, Bürgermeister der Stadt Helmstedt, betonte die Notwendigkeit, Opfern wie Voitke ihre Anonymität zu nehmen und ihre Geschichten sichtbar zu machen. Daniela Behrens unterstrich das Engagement der Stadt Helmstedt für eine lebendige Erinnerungskultur. Michael Teupel sprach bewegend über den langen Weg zur Anerkennung der Grenzopfer und hob den besonderen Wert der Namenswidmung als „wachsendes Mahnmal“ hervor. Mit der Präsentation von



Gedenken an Fred Woitke an einer baugleichen Rollsperrre auf dem Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

Originaldokumenten aus dem Besitz Fred Woitkes ging Teupel den nächsten Schritt. Diese persönlichen Dokumente wurden bisher im Bundesarchiv verwahrt und einige Tage nach der Widmung des Fred-Woitke-Platzes an das Zonengrenzmuseum Helmstedt übergeben. Darunter ist auch der Sozialversicherungsausweis des Todesopfers, der ein Durchschussloch direkt im Wappen der DDR aufweist.⁶

Gedenkfeier am Todesort

Im direkten Anschluss an die feierliche Widmung des Fred-Woitke-Platzes versammelten sich die Gäste in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, dem einstigen Grenzübergang und Todesort von Fred Woitke. Im Mittelpunkt der Gedenkfeier stand das persönliche Erinnern: Nach einem Überblick über Leben und Schicksal Fred Woitkes ging Dr. Felix Ludwig, stellvertretender Leiter der Gedenkstätte, auch auf die Beweggründe der Flüchtenden für das lebensgefährliche Unterfangen ein.

Mit einem stillen Gedenken an der Straßenrollsperrung – jener Vorrichtung, die den Fluchtversuch Weitkes und seiner Kollegen abrupt beendete – fand die Feier ihren Abschluss. Eine Gedenkminute gab der Trauer um die Opfer und dem Respekt vor ihrem Schicksal Raum.⁷

Was bleibt von Fred Weitke jenseits der weitgehend ergebnislosen juristischen Aufarbeitung? Die Erinnerung an einen jungen Familienvater, der mehr wollte als ein Leben in einer engen, sozialistischen Diktatur, einen harmlosen Mann, aus dem die Verantwortlichen eine Bedrohung für den Staat imaginierten und die ihm mit gnadenloser Gewalt begegneten. Fred Weitke ist ein Beispiel für zu viele Schicksale, die an der innerdeutschen Grenze zerbrachen – und derer die Menschen in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und nun auch am Bahnhof in Helmstedt gedenken.

Mahnmal und Aufforderung zur Wachsamkeit gegenüber staatlicher Willkür

Die Benennung des Fred-Weitke-Platzes in Helmstedt steht für die bewusste Auseinandersetzung mit dem Unrecht der SED-Diktatur und der Teilung Deutschlands. Der Ort ist Mahnmal, Denkmal und Lernort gleichermaßen. Mit der Widmung wird erreicht, dass die Opfer des DDR-Grenzregimes nicht vergessen, sondern als individuelle Menschen mit Geschichte und Würde in Erinnerung bleiben. Die Benennung nach Fred Weitke gibt dem Platz eine ethisch-moralische Dimension und fordert zur Wachsamkeit gegenüber staatlicher Willkür auf.

Die Kombination aus öffentlicher Ehrung, lebendigen Berichten aus dem Leben von Fred Weitke, Einbindung der Nachkommen, politischer Repräsentanten und den ortsspezifischen Bezügen – Bahnhof Helmstedt sowie die historische Grenzübergangsstelle Marienborn – ermöglicht ein umfassendes Erinnern. Ziel der Widmung ist es, lokale und überregionale Identität zu verbinden, die Opfer zu ehren, dahinter stehende Schicksale aus der Anonymität zu holen, die Bedeutung des Bahnhofs Helmstedt als historischen Ort für Flucht und Freiheit zu betonen und die Verantwortung für den Schutz demokratischer Werte nachhaltig im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern.

Mit der Widmung des Fred-Weitke-Platzes leistet Helmstedt einen wichtigen Beitrag zur deutschen Erinnerungskultur und schafft einen Raum, der persönliche Empathie, politische Wachsamkeit und historische Bildung vereint.⁸

Anmerkungen

- 1 Stadt Helmstedt: „Würdigung für erschossenen DDR-Flüchtling“, 12.09.2025, online unter: <https://www.stadt-helmstedt.de/rathaus/presse/aktuelles/artikel/feierliche-einweihung-des-fred-woitke-platzes-am-bahnhof-in-helmstedt.html> [Stand vom 14.10.2025].
- 2 Joachim Staat: Fred Witke, online unter: <https://todesopfer.eiserner-vorhang.de/article/195-fred-woitke/> [Stand vom 14.10.2025].
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Stadt Helmstedt: „Würdigung für erschossenen DDR-Flüchtling“, 12.09.2025, online unter: <https://www.stadt-helmstedt.de/rathaus/presse/aktuelles/artikel/feierliche-einweihung-des-fred-woitke-platzes-am-bahnhof-in-helmstedt.html> [Stand vom 14.10.2025].



Familie Manegold belädt unter Bewachung ihren Hausrat in der Lerchenfeldsiedlung, 1952.

Das geteilte Dorf – Grenzgesellschaft im Harzort Stapelburg

Justus Vesting

Einführung

Der Zweite Weltkrieg endete in Stapelburg mit einem großen Knall. Am 10. April 1945 wurde die nahegelegene Luftmunitions-Anstalt (Muna) gesprengt, deren Detonation die gesamte Gegend erschütterte. Der Stapelburger Pfarrer Franz Grosse (1889–1976) beschrieb die Auswirkungen der Sprengung in der Kirchenchronik in der ihm eigenen Dramatik: „Die Erde dröhnte und bebte. Ich lief noch in die Kirche, um die Türen zu öffnen. [...] Das schauerliche Echo rollte über das Gebirge. Der rote Flammenschein über der Muna wurde immer gewaltiger. Nach zwei Stunden kroch ich mehr als ich laufen konnte, immer wieder vom Luftdruck niedergerissen, ins Pfarrhaus zurück.“¹ Die

bereits in Bad Harzburg angerückten amerikanischen Truppen überquerten erst am nächsten Tag die Brücke über den Fluss Ecker und besetzten Stapelburg. Das Dorf gehört heute zur Gemeinde Nordharz (Sachsen-Anhalt) und liegt nördlich des Brockens. Früher bildete die Ecker die Grenze zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Königreich Preußen. Ab Juli 1945 trennte sie als Demarkationslinie die Britische Zone von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), sodass Stapelburg am 3. Juli der sowjetischen Kommandantur unterstellt wurde. Das Überschreiten der Demarkationslinie war ab September 1945 nur noch an dafür festgelegten Übergangsstellen und mit entsprechender Genehmigung erlaubt. Sowjetische Posten und Streifen griffen illegale Grenzgänger auf und verhafteten sie.² Damit wurde Stapelburg als innerdeutscher Grenzort markiert. Wie kaum ein anderes Dorf an der späteren Staatsgrenze lag Stapelburg mit seinen drei westlichen Ortsteilen extrem nah an der Ecker und damit an der Nahtstelle des Kalten Krieges. Aus der geografischen Lage erwuchs eine politisch-militärische Sonderstellung des Ortes, die sich in vielfältiger Weise auf den Ort und seine Bewohner auswirkte.

Seit einigen Jahren steht Stapelburg daher im Fokus der historischen Forschungen zur Grenzgesellschaft durch das Institut für Landesgeschichte beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA). Untersuchungsfeld ist der Alltag und das Leben der Menschen in den ehemaligen Grenzorten. Wie gestaltete sich das gesellschaftliche Zusammenleben und welche Gestaltungsspielräume gab es? Welchen Einfluss hatten das Grenzregime und der Ausbau der Grenzanlagen auf das Bewusstsein und das Selbstverständnis der Menschen vor Ort? Wie unterschieden sich Alltagspraxis und Eigensinn in den Grenzorten von anderen Regionen der DDR? Welche Erinnerungskultur hat sich in Bezug auf die einstige Grenze und die Wahrnehmung des „Grünen Bandes“ etabliert? Um diese und andere Fragen für die ehemaligen Grenzorte im heutigen Sachsen-Anhalt zu beantworten, sollen verschiedene Mikrostudien an exemplarisch ausgesuchten Orten durchgeführt werden. Stapelburg wurde als erste Mikrostudie ausgewählt. Erste Ergebnisse dieser interdisziplinären Forschungen zu dem Harzort wurden in diesem Jahr in der Reihe „Kleine Hefte zur Landesgeschichte“ veröffentlicht.³ An dieser Stelle sollen Aspekte der Stapelburger Grenzgesellschaft vorgestellt und einige der Geschichten von den Menschen erzählt werden, die dort an der Grenze gelebt haben oder getötet worden sind.⁴

Grenzaufbau und Zwangsaussiedlungen

Stapelburg war im Sommer 1945 ein Migrationsnadelöhr. Die Menschen aus Ost und West überquerten aus verschiedenen Gründen die Grenze in beiden Richtungen. Die einheimische Bevölkerung half fremden Grenzgängern auf der Suche nach unbeobachteten Schleichwegen und kurzzeitigen Verstecken.⁵ Auch der Bahnhof in Stapelburg wurde zu dieser Zeit noch angefahren und direkt auf der Westseite der Ecker befand sich der Bahnhof von Eckertal, einem Vorort von Bad Harzburg in Niedersachsen. Dieser Umstand verstärkte Stapelburgs überregionalen Ruf als einen attraktiven Ort für Grenzüberschreitungen. Die Besatzungsmächte versuchten die Ströme über die Demarkationslinie zu begrenzen und zu kontrollieren. Die sowjetischen Grenzposten wurden ab November 1946 durch deutsche Grenzpolizeieinheiten verstärkt. Laut den sowjetischen Richtlinien durfte die Grenzpolizei von der Waffe Gebrauch machen, wenn alle anderen Festnahmemöglichkeiten erschöpft waren.⁶ Auch wenn der Waffengebrauch zu dieser Zeit sehr selten war, so starb doch im Oktober 1947 der Bielefelder Max Walter Reinhold bei Stapelburg, der in einer Gruppe von Grenzgängern von einem Polizeianwärter erschossen wurde.⁷

Der kontinuierliche Ausbau der Grenzpolizei verhinderte dennoch nicht die illegalen Überquerungen der Demarkationslinie – zu eng waren die familiären oder ökonomischen Verbindungen zwischen den Besatzungszonen. Nach ihrer Gründung 1949 versuchte die DDR die Grenzüberschreitungen noch restriktiver einzugrenzen, um den Kontakt der eigenen Grenzbevölkerung mit den Westdeutschen zu unterbinden, indem sie kaum noch Passierscheine für den kleinen Grenzverkehr ausgab.⁸ Doch weiterhin überquerten viele Stapelburger illegal auf Schleichwegen die Grenze, um zu ihren Arbeitsplätzen im Westen zu gelangen.⁹ Bei dem Versuch, einer Bernburgerin den Weg über die Grenze zu zeigen, starb im Juni 1951 der Stapelburger Schmied Karl August Kratzin (1897–1951). Er wohnte nur einige Hundert Meter von der Grenze entfernt und wurde deshalb häufig von Ortsfremden um Hilfe bei der Überquerung der Grenze gebeten. Im Schutze der Dunkelheit führte er die Frau durch ein grenznahes Waldstück, wo sie von einem Grenzpolizisten aufgehalten wurden. Als Kratzin versuchte, ins Dorf zurück zu fliehen, wurde er erschossen.¹⁰ Einige Einwohner Stapelburgs bewaffneten sich daraufhin mit Knüppeln, um den Todesschützen zu erschlagen, wurden aber von einem Einsatzkommando aufgehalten und verhaftet.¹¹ In Stapelburg selbst gibt es heute keine öffentliche Gedenktafel, die an Karl Au-

gust Kratzin erinnert, dafür ist ihm seit 2021 eine eigene Tafel in der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung (GDT) Marienborn gewidmet. Für den 1959 irrtümlich von eigenen Kameraden erschossenen Grenzpolizisten Otto Scholz (1937–1959) wurde südlich von Stapelburg eine Gedenkstele errichtet. 1973 starb ganz in der Nähe der 20-jährige Grenzsoldat Hans-Harald Frieze (1953–1973) ebenfalls durch die Hand eines Kameraden, weil er die Parole nicht kannte.¹² Dies waren aber nicht die einzigen mit dem Grenzregime im Zusammenhang stehende Todesfälle im Raum Stapelburg.

Mit der Begründung, „Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler [als] feindliche Agenten [...] der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte und der Bonner Regierung“¹³ am Eindringen in die DDR hindern zu wollen, trat am 27. Mai 1952 eine Polizeiverordnung in Kraft, die die Demarkationslinie mittels einer Sperrzone abriegeln sollte. Entlang der gesamten Grenze wurde ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen festgelegt, dessen Überschreiten unter Androhung von Waffengewalt verboten war. Daran schlossen sich landeinwärts ein 500 Meter breiter sogenannter Schutzstreifen an sowie eine fünf Kilometer breite Sperrzone. Damit befand sich Stapelburg sowohl in der Sperrzone als auch – mit den drei Ortsteilen Muna-Siedlung, Lerchenfeld und das Jungbornareal – innerhalb des 500-Meter-„Schutzstreifens“. Bereits am 28. Mai wurde in Stapelburg „mit der völligen Verwüstung des 10 [Meter] breiten Gürtels unmittelbar an der Zonengrenze begonnen. Der Wald abgeholzt, Äcker und Wiesen umgepflügt.“¹⁴ In Stapelburg verkündete der Bürgermeister, dass „alle Einwohner, die nicht ausserhalb in Beschäftigung stehen, [für diese Arbeiten] heranzuziehen [sind].“¹⁵ An den Stellen, wo das Anlegen eines Kontrollstreifens nicht möglich war, wie im gebirgigen Oberharzgebiet, sollte die Grenze mithilfe von Stacheldraht gesichert werden, der an Pfählen befestigt war.¹⁶ Außerdem wurden alle Straßen im Kreis, die mit Niedersachsen verbunden waren, unpassierbar gemacht.¹⁷ Mitte Juli 1952 waren die Arbeiten am Kontrollstreifen abgeschlossen.¹⁸

Die Bewohner der Sperrzone mussten sich umgehend einen speziellen Wohnberechtigungsstempel in die Personalausweise eintragen lassen. Wer die Sperrzone besuchen wollte, benötigte einen Passierschein. Öffentliche Versammlungen und Veranstaltungen waren genehmigungspflichtig und mussten bis 22:00 Uhr beendet sein. Im sogenannten Schutzstreifen waren die neuen Bestimmungen noch restriktiver:

Versammlungen und Veranstaltungen waren gänzlich verboten. Gaststätten, Kinos, Pensionen und andere öffentliche Lokale sollten geschlossen werden. Der Aufenthalt auf Straßen und Feldern außerhalb der Wohnungen war den Bewohnern des „Schutzstreifens“ zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang nicht gestattet. Auch hier benötigte man von auswärts kommend einen speziellen Passierschein – selbst Bewohner der Sperrzone.

Neben der Strukturierung des neuen Sperrgebietes hatte die Sowjetische Kontrollkommission auch die „Säuberung der Grenzkreise [...] von feindlichen, verdächtigen und kriminellen Elementen“¹⁹ und deren Umsiedlung ins Landesinnere angewiesen. Ausländer, Staatenlose, nicht-polizeilich Gemeldete, Kriminelle und „Personen, die wegen ihrer Stellung in und zur Gesellschaft eine Bedrohung für die antifaschistisch-demokratische Ordnung darstellen“²⁰, waren aus der Sperrzone auszuweisen. In Sachsen-Anhalt lief die „Aktion Grenze“²¹ eine Woche früher ab als in den anderen Ländern der DDR. Auch Stapelburg war von den Zwangsaussiedlungen betroffen, wie Pfarrer Grosse berichtete:

„Am Vormittag des 29. Mai fuhren eine Menge Lastkraftwagen mit Polizei und Parteimitgliedern besetzt, in das Dorf. [...] Es wurde wie durch ein Lauffeuer bekannt, daß eine Reihe von Familien abtransportiert wurden.“²²

Die Polizisten forderten vier Familien auf, ihre Sachen zu packen – begleitet von Agitatoren, die diese Maßnahme gegenüber den Betroffenen und den Nachbarn erklärten und verteidigten. Hinweise auf die Gründe, warum diese Familien auf die Listen von Volkspolizei und MfS kamen, gibt es bislang nur wenige, und diese erlauben eher Rückschlüsse auf die Haltung der>Listenersteller als auf die Betroffenen selbst. Bei einem Landwirt stehen „Wirtschaftsverbrechen, Nichterfüllung der Ablieferungspflicht, Verkommenlassen von 2 Morgen Ölsaaten“²³ als Begründung auf der Namensliste. Die in der grenznahen Lerchenfeldsiedlung wohnende Witwe Emma Manegold wurde auf der Liste als „Grenzführerin“ betitelt und ihr angelastet, sie „organisierte Transporte für den illegalen Übertritt der D[emarkations]-Linie.“²⁴ Sie berichtete zwei Jahre später dem Rat der Gemeinde Stapelburg: „Ich wurde am 29.5.52 auf einige Wochen ausgesiedelt. Es hieß zur eigenen Sicherheit. Aus diesen Wochen sind nun 19 Monate geworden.“²⁵ Sie nahm ihre zwei Kinder und ihren alten Vater mit. Das Aufladen der Sachen von Frau Manegold auf einen Lastwagen wurde von westdeutscher Seite aus beobachtet, da das Haus nur wenige Meter entfernt von der Grenze lag. Die dabei auf



Westdeutsche beobachten am anderen Ufer der Ecker die Zwangsaussiedlung in der Lerchenfeldsiedlung, 1952.

der anderen Eckerseite entstandenen Fotos des Bad Harzburger Fotografen Herbert Ahrens gehören zu den wenigen fotografischen Zeugnissen der Zwangsaussiedlungen 1952 überhaupt. Die betroffenen Familien wurden zum Bahnhof nach Wernigerode gefahren und dann in einen Zug verladen. Dieser brachte sie in den Kreis Torgau, der damals noch zu Sachsen-Anhalt gehörte.²⁶

An der eigentlichen am 7. Juni 1952 DDR-weit geplanten Aussiedlungsaktion beteiligte sich Sachsen-Anhalt erneut. In Stapelburg betraf es diesmal vier Familien, darunter die letzten verbliebenen Gaststättenbetreiber, in deren Gaststätte sich „laufend Grenzgänger, Grenzfürher un[d] Schieber auff[halten und von dort] der illegale Grenzverkehr geleitet“²⁷ wurde. Die Gaststätte in Grenznähe war tatsächlich ein beliebter Stützpunkt für Flüchtlinge gewesen.²⁸ Auch diese Familien berichteten Jahre später, dass man ihnen erklärt hätte, dass die Umsiedlungen zu ihrem eigenen Schutz geschehen würden und nur vorläufig und von kurzer Dauer seien.²⁹ Sie wurden in den Kreis Jessen transportiert.

Die Reaktionen der zurückgebliebenen Bevölkerung Stapelburgs wurden von den Beteiligten unterschiedlich wiedergegeben. Der für die Organisation der Aussiedlungen Verantwortliche berichtete, dass die Nachbarn vermutet hätten, Familie Manegold müsse nur aus dem Haus, damit ein Kommunist hineinziehen könne. Andererseits sollen Jugendliche die Aktion positiv gewertet haben.³⁰ Der Pfarrer wiederum schrieb in seiner Kirchenchronik: „Erschütternde Szenen spielten sich ab. Die Erregung ist unbeschreiblich. Erst ganz allmählich tritt eine gewisse Beruhigung ein.“³¹ Viele Menschen in Stapelburg gingen offenbar davon aus, dass nun nach und nach alle abgeholt würden. Die SED-Kreisleitung reagierte darauf mit ihren Mitteln: „Ein Propagandalautsprecher verkündete gestern, daß niemand, der ein reines Gewissen habe, sich zu beunruhigen brauche. Nur solche Leute, die sich schuldig gemacht hätten gegen die Verordnungen und Reaktionäre seien, würden entfernt.“³² Die Gerüchte über weitere Aussiedlungsaktionen waren aber keinesfalls abgeebbt. Die Angst, bei Fehlverhalten ebenfalls aus der Heimat ausgewiesen zu werden, hielt sich bei vielen aus Stapelburg bis zum Ende der DDR.

Aus Forschungssicht überraschend ist der hohe Anteil an Ausgesiedelten, die Jahre später wieder zurückziehen durften. Von den mehr als 8.300 Personen in der gesamten DDR, die im Frühjahr 1952 aus dem Grenzgebiet zwangsmigriert wurden, waren bis Mai 1956 nur schätzungsweise 490 (also etwa 5,9 Prozent) die Rückkehr gestattet worden.³³ In Stapelburg war der Anteil bedeutend höher. Viele der Betroffenen hatten sich an höhere staatliche Stellen gewandt und erhielten außerdem Unterstützung durch ihren Bürgermeister. Die Gründe für deren Rückkehr sind aber höchst unterschiedlich: Beim Vater von Frau Manegold bestand die Hoffnung, dass seine „unbürokratische Rückführung [...] geeignet sei[,] das Vertrauen zwischen Regierung und Bevölkerung zu festigen.“³⁴ Seine Tochter durfte aber erst einige Jahre später, als sie selbst lebensbedrohlich erkrankt war, ins Sperrgebiet zurückkehren.³⁵ Der Gaststättenbetreiber verpflichtete sich als Geheimer Informant für die Staatssicherheit zu arbeiten und in Zukunft seine Gäste zu bespitzeln.³⁶ Ein weiterer Stapelburger, dem vor allem sein guter politischer Leumund zur Rückkehr verhalf, verpflichtete sich, *nach* seiner Rückkehr für die Staatssicherheit zu arbeiten. Das MfS wollte ausgerechnet seine ihm Jahre zuvor zum Verhängnis gewordenen Grenzaktivitäten und seine verwandtschaftlichen Beziehungen ins benachbarte Eckertal ausnutzen, damit durch ihn „direkt an der Staatsgrenze [...] eine Schleuserstelle geschaffen“³⁷ werden könne. Somit waren mindestens 16 der wahrscheinlich 24 ausgesiedelten Bewohnerinnen und Bewohner bis 1956 wieder ins Sperrgebiet zurück-



Holzwachturm neben der Ruine der Stapelburg, 1956.

gekehrt, womit Stapelburg eine Rückkehrquote von wenigstens 66,7 Prozent hatte und damit deutlich vom DDR-Durchschnitt (etwa 5,9 Prozent) abwich.

Ausbau des Grenzregimes

Ende 1954 wurde in Stapelburg eine Kaserne für die Grenzpolizei mit einer Kapazität von 80 Mann gebaut, die im Kellergeschoß auch zwei Zellen vorhielt.³⁸ Vor allem nach der Niederschlagung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 flüchteten

immer mehr Menschen aus der DDR und deshalb erfolgte ein weiterer Ausbau der Grenze, z. B. mit Stacheldrahtzäunen auch im Raum Stapelburg. Außerdem wurden verschiedene hölzerne Beobachtungstürme entlang der Grenze errichtet. Bei der Errichtung eines Holzturmes in den mittelalterlichen Ruinen der Stapelburg 1956 kam es zu einer direkten Konfrontation zwischen der Kirchgemeinde und der Grenzpolizei in Stapelburg.³⁹ Mit dem Mauerbau in Berlin wurde auch die innerdeutsche Grenze weiter ausgebaut. Im Nachbarort Abbenrode wurden zwei Dutzend Minenfelder mit sowjetischen Antipersonenminen aus Holz (PMD-6) angelegt.⁴⁰ Ein Monat nach dem Mauerbau wurde die Grenzpolizei der Nationalen Volksarmee (NVA) unterstellt. Die 10. Grenzkompagnie in Stapelburg gehörte zum Grenzregiment 20 Blankenburg (ab 1975 Halberstadt) im späteren Bereich des Grenzkommandos NORD.⁴¹ Im Oktober 1961 wurden erneut etwa 3.000 „unzuverlässige Elemente“⁴² in der Aktion „Festigung“ aus den Grenzgebieten ausgesiedelt. In Stapelburg fuhren die Einsatzgruppen zu drei Familien, verluden ihre Wohnungseinrichtungen und brachten sie in den Raum Magdeburg. Deren Familienvätern wurde vorgeworfen, sie hätten „Umgang mit feindlichen Elementen [und verherrlichen die] faschistische Zeit“⁴³, „starke Westverbindungen“⁴⁴ oder würden „aufgrund des zweimaligen Überschreitens der Staatsgrenze West [...] für das Grenzgebiet einen Unsicherheitsfaktor“⁴⁵ darstellen. Die Aussiedlungswelle ging einher mit einer Säuberung innerhalb des Verwaltungsapparates der Grenzzorte. In Stapelburg wurde der SED-Bürgermeister entlassen, da „seine Entscheidungen nicht immer im Einklang mit der Politik von Partei und Regierung standen. [Zudem hätte er kein] klares Verhältnis zur Kirche geschaffen.“⁴⁶ Wie schon nach der ersten Umsiedlungsaktion 1952 machte sich auch diesmal Unsicherheit in Stapelburg breit: „Über der Gemeinde lag es wie eine Lähmung“⁴⁷, notierte der Pfarrer in der Chronik. Südlich von Stapelburg, direkt an der Grenze gelegen, befand sich bis zum Zweiten Weltkrieg die berühmte Kuranstalt Jungborn, in der auch Franz Kafka und andere Persönlichkeiten ihr Heil in Licht, Luft und Erde gesucht hatten, und die später als Tuberkulose-Krankenhaus diente.⁴⁸ Das Hospital war bereits 1952 geräumt und später in ein Altenheim umgewandelt worden, doch auch dieses wurde 1962 geschlossen. Da die leeren Gebäude im „Blickfeld der gegnerischen Propaganda“ lagen, „keine gute Visitenkarte unserer Ordnung im Sperrgebiet“⁴⁹ abgaben und zudem ein Sicherheitsrisiko darstellten, wurde 1964 das historische Jungborn-Gelände komplett geschleift.

Die Grenzanlagen wurden in den darauffolgenden Jahrzehnten immer weiter ausgebaut und verändert. Türme aus Betonfertigteilen ersetzen Ende der 1960er Jahre die Holztürme. Der 1969 am westlichen Ortsende direkt neben einem Wohnhaus errichtete Rundturm (BT-11) stand nur wenige Meter von der Grenze entfernt und war ein populäres Fotomotiv für Grenztouristen auf der Westseite. Er wurde später um einen Fertigteilbunker (FB3) ergänzt und zur Führungsstelle ausgebaut.⁵⁰ Außerdem bestand die Grenzanlage zu der Zeit aus dem Grenzzaun I aus Streckmetall, dahinter befanden sich ein Kfz-Sperrgraben oder vereinzelt Höckersperrn (die Autos aus Richtung Osten aufhalten sollten). Daran schlossen sich an: ein sechs Meter breiter geharkter Spurensicherungstreifen, der Kolonnenweg parallel zum Grenzverlauf und auf Höhe der Ortschaften Lichttrassen aus Peitschenmasten. Außerdem wurde am Rande der 500-Meter-„Schutzzone“ ein Grenzsinalzaun (GSZ) installiert, der bei Berührung Alarm auslösen konnte.⁵¹

Der dicht bewaldete Harz und auch die Gegend um Stapelburg gehörten zu den Hauptbewegungsrichtungen der so bezeichneten „Grenzverletzer“⁵² und daher zum „Raum der Hauptanstrengung“, wie die Schwerpunktbereiche im Militärjargon genannt wurden, sodass hier immer wieder erfolgreiche Fluchten oder Fluchtversuche registriert wurden. Sowohl Bewohner Stapelburgs und des Sperrgebiets als auch Personen von außerhalb versuchten hier zu fliehen. Unter ihnen befanden sich neben Zivilisten auch desertierte Angehörige des Stapelburger Kommandos. Zu allen Zeiten versuchten zudem zahlreiche Menschen unkontrolliert vom Westen in die DDR zu gelangen. Darunter waren nicht selten Geflüchtete, die aus unterschiedlichen Gründen zurück in ihre alte Heimat wollten. Auch wenn der umfangreiche Grenzausbau nach 1961 einen rapiden Rückgang bewirkte, so sind bis in die 1970er Jahre hinein fast jährlich Grenzdurchbrüche und Festnahmen im Raum Stapelburg zu verzeichnen – in manchen Jahren sogar Dutzende. In den 1980er Jahren nahm die Zahl der Fluchtversuche ab.⁵³

Anfang 1974 befahl der Kommandeur des Grenzregiments 20 den Aufbau der sogenannten 501-Anlage. Damit war die Montage der Splittermine SM-70 auf der nach Osten gewandten Seite (oder „freundwärts“, wie es in der Militärsprache hieß) am ersten Grenzzaun gemeint, die im Volksmund „Selbstschussanlage“ genannt wurde. Aus einem Schusstrichter wurden bei Berührung der Auslösedrähte der Anlage entlang des Grenzzaunes Stahlsplitter verschossen, die die auslösende Person schwer verlet-

zen oder töten konnten. Im Bereich Stapelburg erstreckten sie sich auf einer Länge von fünf Kilometern entlang des gesamten Grenzabschnittes.⁵⁴ Sie waren sogar in unmittelbarer Nähe der zivilen Häuser an der Lerchenfeldsiedlung installiert. Laut Aussage eines Zeitzeugen, der für die Wartung der Anlagen zuständig war, sollen aber an einer Stelle in der Nähe eines Wohnhauses nur Attrappen aus Gips montiert gewesen sein.⁵⁵ Immer wieder kam es zu Auslösungen dieser SM-70 vor allem durch Wildtiere oder Gewitter, was bis in den Ort hinein zu hören gewesen sein soll. In der Dauerausstellung der GDT Marienborn befindet sich heute ein Exemplar dieser Splitterminen, welches Michael Gartenschläger (1944–1976)⁵⁶ heimlich von der Westseite her abgebaut hatte. Nach dessen Tötung durch die Staatssicherheit im Frühjahr 1976 war die Situation an der Grenze angespannt und die DDR-Sicherheitsorgane befürchteten auch in Stapelburg Anschläge auf die Splitterminen. In dieser Situation versuchte der Bad Harzburger Walter Otte (1936–1976) zum zehnten Mal von der Westseite her in die DDR zu gelangen. Er war bei den Grenztruppen im Stapelburger Abschnitt bereits bekannt, galt aber als ungefährlich und harmlos. Als er in einer Juninacht 1976 erneut am Grenzzaun rüttelte und darum bat, ihm hinüberzuhelfen, überraschte ihn ein Grenzaufklärer und erschoss ihn. Um eine negative Westpresse und zwischenstaatliche Spannungen aufgrund des Todes eines weiteren Bundesbürgers zu verhindern, legte das MfS Ottos Leichnam in einem Magdeburger Park ab. Er wurde als unbekannter Selbstmörder deklariert und anonym beigesetzt. Da er in der Bundesrepublik weder vermisst noch gesucht wurde, blieb sein Tod bis 1991 unbemerkt. Heute steht an der Stelle seiner Tötung eine Erinnerungstafel, deren Aufstellung der Grenzerkreis Abbenrode, ein Zusammenschluss von ehemaligen Bundesgrenzschützern, Bundeszollbeamten und DDR-Grenztruppenangehörigen, initiiert hat.⁵⁷

Die Grenzanlagen wurden auch weiterhin stetig erneuert und verbessert, um sie im Sinne der hermetischen Grenzabriegelung zu „perfektionieren“. In solche Baumaßnahmen waren neben der zuständigen Pionierkompanie (Ilseburg) auch lokale und regionale Firmen und Betriebe involviert.⁵⁸ Da Stapelburg direkt an der Grenze lag, begannen die Grenzpioniere ab 1977 mit einer weiteren Ausbaustufe und errichteten eine Betonmauer.⁵⁹ Sie sollte nicht nur Fluchtversuche wirksam verhindern, sondern zugleich auch die Sicht auf die jeweils andere Seite versperren. Zusammen mit Orten wie Hötensleben, Böckwitz oder Waddekath gehörte Stapelburg damit zu den ersten Grenzorten im Bereich des Grenzkommandos Nord, an denen eine solche Mauer erbaut wurde.⁶⁰



Haus der Lerchenfeldsiedlung mit Grenzmauer, Anfang der 1980er Jahre.

Die Mauer stand aber nur wenige Jahre, denn die Stapelburger Grenzsicherungsanlagen entsprachen 1986 in den Augen des Chefs der Grenztruppen der DDR „nicht mehr den Forderungen und sind optisch unansehnlich. Da die Ortslage Stapelburg vom gegenüberliegenden BRD-Territorium aus einsehbar und starkem Publikumsverkehr ausgesetzt ist sowie als Einweisungspunkt zur unmittelbaren Hetze gegen die DDR ausgenutzt wird.“⁶¹ Diese Beobachtung verschaffte Stapelburg eine neue Grenzanlage, die vermutlich in dieser Form einzigartig an der innerdeutschen Grenze war: Die Mauer wurde wieder abgerissen und durch eine Blendmauer aus plastbeschichteten Metalltafeln (d. h. aus Ekotal-Trapezprofilen) ersetzt. Die Höckersperren, die eine recht martialische Optik hatten, wurden durch eine hundert Meter lange Schmucksteinmauer aus Betonformsteinen ersetzt. Zur Gestaltung von Mauern oder Fassaden



Ekotalwand, Schmucksteinmauer und Grenzturm (BT-11), 1980er Jahre.

waren Betonformsteine als eine spezielle Art der architekturbezogenen Kunst typisch für Wohnungsbauprojekte im Städtebau der DDR, aber keineswegs für den Grenzausbau. Die Schmucksteinmauer war auch in der Lage Fahrzeuge aufzuhalten und sollte zugleich den Grenzbereich verschönern.⁶²

Alltag diesseits und jenseits der Grenze

Die unmittelbare Nähe der westlichen Ortsteile Stapelburgs zur Bundesrepublik weckten ein großes Interesse bei Bundesbürgern, die einen Einblick in die DDR gewinnen wollten. Sie kamen als Individualreisende oder in organisierten Gruppen ins niedersächsische Eckertal und wurden von Beamten des Bundeszolls oder Bundesgrenzschutzes (BGS) in Vorträgen und Führungen informiert. Eckertal wurde eine der „grenzlandtouristische[n]



Touristengruppe auf der Aussichtsplattform in Eckertal, 1975.

Hochburgen, an denen die deutsch-deutsche Teilung besonders eindrücklich zu fassen war, [und gehörte zu den] Besuchermagneten.⁶³ 1966 wurde direkt an der Eckerbrücke ein Pavillon mit Informationen und Bildberichten über die Grenzanlagen eröffnet.⁶⁴ Fünf Jahre später baute der BGS eine hölzerne Aussichtsplattform am Ende der ehemaligen Straße auf, die einen guten Einblick in die DDR über alle Zäune und Mauern hinweg zuließ. Die Grenztouristen konnten nun den Grenzern quasi direkt in die Augen und den Stapelburgern in die Fenster sehen. Im April 1984 wurde zusätzlich das Deutschlandhaus Eckertal mit einer Ausstellung zur Grenze eröffnet. Auf der DDR-Seite wurden die Bewegungen in Eckertal genau registriert und generell als Provokationen gewertet. In der Regel informierten sich die Bundesdeutschen nur über die Grenzsituation, es wurden aber auch Fälle von verbalen Attacken, Diebstahl von Grenzanlagen, Flugblattaktionen,

Pistolenschüsse, Steinwürfe, Brandstiftungen oder Angriffe auf die Selbstschussanlagen im Stapelburger Abschnitt dokumentiert.⁶⁵

Das Leben und der Alltag der DDR-Bevölkerung an der Grenze war geprägt von Reglementierungen, Restriktionen, Überwachung und gewissen Vergünstigungen. Neben den Zugangs-, Aufenthalts-, Veranstaltungs- und Zuzugsbeschränkungen zum bzw. im Sperrgebiet waren auch private Fotoaufnahmen bis 1972 genehmigungspflichtig, Leitern waren unter Verschluss zu halten, alle potentiellen Versteckmöglichkeiten für „Grenzverletzer“ waren zu verschließen. Es durften nur Niedrigkulturen angebaut und das Federvieh sollte am Freierumlaufen gehindert werden, damit es keine Alarmer oder Minen auslöste. Vor allem im „Schutzstreifen“ fanden jährliche Einwohnerversammlungen statt, die das Ziel hatten, „eine besonders hohe Ordnung und Sicherheit im Schutzstreifen und eine ständige Verschönerung des Einsichtsbereiches [von der Westseite] zu gewährleisten.“⁶⁶ Im Februar 1984 lösten zwei Holzkisten in Stapelburg geheimdienstliche Aktivitäten aus, denn zwei flüchtenden Berlinern gelang es, mit Hilfe der Kisten, die sie im Garten eines Hauses der Lerchenfeldsiedlung gefunden hatten, die Grenzmauer zu überwinden. Anschließend krochen sie unter dem verrosteten Streckmetallzaun hindurch, der zu dieser Zeit noch mit einsatzbereiten SM-70⁶⁷ bestückt war, und flohen erfolgreich in den Westen. Die Ermittlungen der Staatssicherheit ergaben, dass die Stapelburger Bevölkerung die entsprechenden Auflagen des Grenzgesetzes missachtet hätte. Im Wiederholungsfall drohten Strafmaßnahmen.⁶⁸

Die Vorschriften und Restriktionen im Grenzgebiet waren begleitet von einer finanziellen Privilegierung und einer besseren Versorgungslage. Die angestellten Grenzbewohner erhielten eine Gehaltszulage von 15 Prozent, freiberufliche Handwerker bekamen Steuervergünstigungen und auch im Sperrgebiet lebende Rentner profitierten von der „Grenzzulage“. Zudem sollten die Grenzgebiete sowohl mit Grundnahrungsmitteln und Südfrüchten als auch mit Industriewaren bevorzugt beliefert werden. Darüber hinaus Außerdem erhielten sie im kulturellen Bereich besondere Förderung und es konnten auch prominente Künstler in die Kulturhäuser der Grenzdörfer eingeladen oder mehrtägige Filmabende organisiert werden.⁶⁹

Diese Privilegien sollten die Grenzbevölkerung nicht nur besänftigen, sondern sie bewusst zur aktiven Mitarbeit motivieren. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren verpflichtet, „wenn Grenzprovokationen, fremde Personen, Mängel, die die Unantastbarkeit der Staatsgrenze gefährden, oder verdächtige Maßnahmen und Handlungen

erkannt werden“⁷⁰, die Grenztruppen, andere Sicherheitsorgane oder die Gemeindevertretung sofort zu informieren. Dazu zählte auch, dass zivile Teile der Dorfbevölkerung direkt in das Grenzregime integriert wurden, in dem sie sich als Freiwillige Helfer der Grenztruppen (FHG) oder der Deutschen Volkspolizei ehrenamtlich engagierten. Die FHG durften bei Verdacht die Personalien von Personen überprüfen und diese sogar der Volkspolizei oder den Grenztruppen übergeben.⁷¹ Sie verrichteten Streifendienste im Grenzgebiet und trugen dafür auch Felddienstuniformen. Von der zuständigen Grenzkompanie wurden sie in Gesetzes- und Waffenkunde, Umgang mit Funktechnik und Erster Hilfe geschult.⁷² Auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung konnten die FHG auch bewaffnet werden.⁷³ Mitte der 1970er Jahre erklärte der Stapelburger Bürgermeister, „daß von der Bevölkerung in der Gemeinde in den verschiedensten Bereichen der Rechtssicherheit, der Sicherheit und Ordnung etwa 49 % mitarbeiten.“⁷⁴ In den 1980er Jahren waren durchschnittlich 17 bis 21 FHG in Stapelburg tätig und somit war deren angestrebte Soll-Stärke erreicht.⁷⁵ Auch die Staatssicherheit konnte viele Inoffizielle Mitarbeiter (IM) gewinnen: Mit 23 IM hatte das 1.300-Seelen-Dorf 1984 den größten Anteil in den Grenzorten im Kreis Wernigerode.⁷⁶ Die Bewohner des Grenzortes waren somit Opfer und Teil des Grenzregimes zugleich.

Auch Kinder und Jugendliche wurden schon früh für die Grenzsicherung interessiert und instrumentalisiert. Dies geschah einerseits durch regelmäßige Kontakte zur Grenzkompanie, die die vormilitärische Ausbildung übernahm, mehrere Patenklassen in der Stapelburger Schule hatte, Waffen vorführte und Präsenz im Dorfkлуб zeigte. Damit wurden Berührungsängste abgebaut und die Grenzsoldaten im Ort integriert. Darüber hinaus wurden zwei Beauftragte der Grenztruppen bestimmt, die für die Nachwuchsgewinnung in der Schule verantwortlich zeichneten.⁷⁷ Auch durch den Schulleiter wurden die Schülerinnen und Schüler für die Grenzsituation sensibilisiert und während der Schulapelle verdeutlicht, „besonderes Augenmerk [...] auf ortsfremde Personen zu richten und bei Antreffen solcher Personen den örtlichen Organen davon Mitteilung zu machen.“⁷⁸ Die Einbeziehung der Kinder in das Überwachungs- und Spitzelsystem des Grenzortes wurde auch in der Freizeit praktiziert. So waren 1969 Jugendliche als VP-Helfer tätig und in den 1980er Jahren existierte eine Arbeitsgemeinschaft „Junge Freunde der Grenzsoldaten“, die unter der Anleitung der Grenztruppen Übungen, wie die „Festnahme eines Scheintäters“ durchführten.⁷⁹



Menschen strömen durch die geöffnete Ekotalwand, 1989.

Am Beispiel Stapelburgs werden Spannungen und Ambivalenzen eines DDR-Grenzortes deutlich: Als Grenzort unterlag es einer besonderen Form von Überwachung und Abschirmung. Von der Bevölkerung wurde ein höheres Maß an Loyalität und Unterstützung des Reglementierungs-, Überwachungs- und Spitzelsystems erwartet und dies zugleich mit gewissen Privilegierungen prämiert oder notfalls abschreckend sanktioniert. Als jahrhundertealtes Dorf, in dem sich geliebte Traditionen und Gepflogenheiten entwickelt hatten, die sich aber teilweise im Widerspruch zur anvisierten sozialistischen Gesellschaft und Lebensweise befanden, fügte es sich nicht in das Idealbild eines DDR-Grenzortes ein. Vielmehr ergaben sich eigene Felder der diskursiven Auseinandersetzung um bestimmte Bereiche des Stapelburger Dorflebens. Zu diesen Aushandlungsfeldern gehörte auch das Schützenfest, das seit 1722 einen hohen Stellenwert im Dorfleben besaß. Bereits 1957 wurde das Schützenfest nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den Widerstand der SED-Kreisleitung wiederbelebt.⁸⁰ Ein anderes Aushandlungsfeld waren die Einschränkungen im Alltag. Als die Betonmauer gebaut wurde, stellten die Muna-Siedlungs-Bewohner 1981 auf einer Einwohnerversammlung selbstbewusst die Frage, „ob man nicht im Zusammenhang mit



Vorbereitung des Grenzübergangs Stapelburg für den Autoverkehr, 1989.

dem Bestehen der großen Mauer Erleichterungen für die Bürger schaffen kann, mit anderen Worten, Abstriche an der Grenzordnung zuzulassen.“⁸¹ Die Ambivalenz des Durchsetzens von staatlichen Ansprüchen an einem DDR-Grenzort unter gleichzeitiger Duldung von dörflich gewachsenen Traditionen, die aber eigentlich als rückständig und nicht sozialistisch gewertet wurden, zeigte sich auch in der lokalen Kirchen- und Religionspolitik, die in Stapelburg weniger restriktiv war.⁸²

Grenzöffnung und Erinnerungskultur

Im Herbst 1989 blieb es in Stapelburg zunächst eher ruhig. Erst am 11. November 1989 überrollten die Geschehnisse das sonst so abgeschiedene Dorf nachhaltig. Dass Stapelburg dann der erste Ort an der innerdeutschen Grenze war, in dem ein neuer Grenzübergang eingerichtet wurde, verdankt es vor allem einem Gerücht. Der niedersächsische Radiosender FFN verbreitete die Meldung, dass am 11. November die Grenze in Stapelburg aufgemacht werden würde. Daraufhin fuhren Hunderte aus der Region in den Harzort und forderten am letzten Schlagbaum vor dem 500-Meter-Streifen die Öffnung der Grenze. Die Verantwortlichen vor Ort wussten nichts von einer

geplanten Grenzöffnung und waren von der Situation völlig überfordert. Schließlich erlaubten sie einem Anwohner, die Platten der Ekotalwand abzuschrauben und ab 16:00 Uhr strömten Tausende Menschen Richtung Westen. Die spontane Grenzöffnung in Stapelburg setzte eine Welle in Gang: Noch in der Nacht zum 12. November errichteten BGS, Technisches Hilfswerk und der Bauhof Bad Harzburg zusammen mit der Ilsenburger Pionierkompanie eine Straße durch den einstigen Todesstreifen und stabilisierten die alte Eckerbrücke so, dass bereits am Mittag des nächsten Tages der erste Wartburg von Stapelburg nach Eckertal rollte. Auf der niedersächsischen Seite wurden am Abend des 11. Novembers Linienbusse organisiert, die DDR-Bürger nach Bad Harzburg transportierten, wo sie das sogenannte Begrüßungsgeld abholen und heiß begehrte Westprodukte kaufen konnten. Auch wenn die von der Grenzübergangsstelle Marienborn abgeordneten Passkontrolleinheiten schnell ihre Tätigkeit in Stapelburg aufnahmen, riss der Strom der Fahrzeuge und Menschen, die hier in den Westen wollten, nicht ab und führte zu einem Verkehrschaos. Trotz Öffnung der Grenze in vielen anderen Harzorten war kein Grenzübergang in der Region auch nur annähernd so stark frequentiert wie dieser. Im Februar 1990 war Stapelburg nach Selmsdorf (an der Ostsee), Marienborn, Hirschberg und Wartha der am häufigsten passierte Grenzübergang an der innerdeutschen Grenze.⁸³ Mit der Grenzöffnung und dem Massenansturm änderte sich das vormals als beschaulich empfundene Dasein grundlegend. Für nicht wenige Menschen in Stapelburg ist der 11. November 1989 vielleicht das Schlüsselereignis ihres Lebens.⁸⁴

Dementsprechend etablierte sich die Erinnerungskultur zunächst vor allem um diesen Tag herum und jährlich finden Gedenkveranstaltungen am Grenzdenkmal statt. Dieses Denkmal umfasst heute nur noch wenige Reste der alten Grenzanlagen, wie den FB-3-Bunker des Grenzturmes oder die Schmucksteinmauer, um die sich der örtliche Heimatverein kümmert. Daneben befindet sich das 1999 eingeweihte Bronze-Denkmal „Tag der Maueröffnung“, welches zwei Menschen zeigt, die sich zwischen Mauern und Stacheldraht die Hände reichen. Seit 2019 liegt Stapelburg im Nationalen Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt, einem von Naturschutz und Erinnerungskultur gleichrangig belebten durchgehenden Streifen zwischen der Landesgrenze zu Niedersachsen und dem grenznächsten Kolonnenweg. Im Zuge dessen soll ein Besucherzentrum Grünes Band entstehen, wofür sich auch Stapelburg bewor-

ben hat. In einer Machbarkeitsstudie von 2023, die die Stiftung Umwelt Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt zusammen mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in Auftrag gegeben hatte, wurde Stapelburg mit Hötensleben und Böckwitz als gut geeignete Standorte ermittelt. Ob der Harzort letztendlich den Zuschlag für das Besucherzentrum erhält, ist gegenwärtig noch unklar.⁸⁵ In Stapelburg würde es jedenfalls in einem recht typischen DDR-Grenzort stehen, der zugleich viele Besonderheiten aufwies.

Anmerkungen

- 1 Archiv der Kirchgemeinde Stapelburg (künftig: AKGSta), Chronik von Stapelburg, o. Sign., o. Pag.
- 2 Vgl. Mahrholz, Ernst / Grosse, Gotthard / Lüttge, Ernst: 425 Jahre Stapelburg 1567 – 1992. Eine Chronik von Stapelburg, hrsg. vom Rat der Gemeinde Stapelburg, Stapelburg 1992, S. 34 und 40.
- 3 Vgl. Vesting, Justus / Schröder, Sarah (Hrsg.): Vom Grenzraum zum Grünen Band. Interdisziplinäre Entdeckungen im Harzort Stapelburg, Halle (Saale) 2025.
- 4 Ausführlicher siehe Vesting, Justus: Leben im Todesstreifen. Stapelburg als innerdeutscher Grenzort, in: Ebenda, S. 194–390.
- 5 Vgl. Bundesarchiv (zukünftig: BArch), DVH 27/128941, Bl. 222–224; Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965, Berlin 2009, S. 15 ff.
- 6 Vgl. Lapp, Peter Joachim: Gefechtsdienst im Frieden. Das Grenzregime der DDR 1945–1990, Bonn 1999, S. 12–17.
- 7 Vgl. Kostka, Jan: Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes auf dem Gebiet der heutigen Ländergrenze Sachsen-Anhalt/Niedersachsen, hrsg. von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Magdeburg 2019, S. 13.
- 8 Vgl. Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten (wie Anm. 5), S. 17.
- 9 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt (zukünftig: LASA), P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/194, Bl. 257–259; LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/198, Bl. 111–114.
- 10 Vgl. Schroeder, Klaus / Staadt, Jochen (Hrsg.): Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989. Ein biografisches Handbuch, Bonn 2017, S. 71 f.
- 11 Schwarz, Rosi: Der ungeklärte Tod des August Kratzin. Vor 40 Jahren: Aufruhr in Stapelburg nach erstem Todesschuß, in: Goslarsche Zeitung vom 06.06.1991.

- 12 Vgl. Schroeder / Staadt (Hrsg.): Todesopfer (wie Anm. 10), S. 468 f. und 485 f.
- 13 Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie vom 27.05.1952, abgedruckt in: Die Sperrmassnahmen der Sowjetzonenregierung an der Zonengrenze und um Westberlin, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S. 88 f., hier S. 88.
- 14 AKPS, Rep. A, Generalia, Nr. 3635, o. Pag.
- 15 Ortsarchiv Gemeinde Stapelburg (künftig: OAGSta), Akte 21, o. Pag.
- 16 Vgl. LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 61, Bl. 2 f.
- 17 Vgl. Die Innerdeutsche Grenze im Landkreis Wernigerode, hrsg. vom Landkreis Wernigerode, Wernigerode 1998, S. 10.
- 18 LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 61, Bl. 3.
- 19 Bennewitz, Inge / Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, 4., Auflage, Berlin 2012, Dokument 3, S. 256.
- 20 BArch, MfS, BdL-Dok., Nr. 050651, Bl. 1 ff., hier Bl. 1.
- 21 Entgegen der weitverbreiteten Annahme, der DDR-weite Deckname für die Zwangsaussiedlungen sei „Aktion Ungeziefer“ gewesen, traf dies tatsächlich nur für den Raum Thüringen zu, wo das MfS diese Bezeichnung verwendete. Bei der deutschen Volkspolizei im Ministerium des Innern fand eher das Kennwort „Grenze“ oder schlicht „G“ Verwendung. Vgl. Bennewitz, Inge / Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen (wie Anm. 19), S. 37 und S. 109; Potratz, Rainer: Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR an der innerdeutschen Grenze 1952 bis 1989, in: Bausch, Volker / Friedel, Mathias / Jehn, Alexander (Hrsg.): Die vergessene Vertreibung. Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Berlin u.a. 2020, S. 45 – 64, hier S. 55.
- 22 Landeskirchenarchiv Magdeburg (künftig: AKPS), Rep. A, Generalia, Nr. 3635, o. Pag.
- 23 LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/194, Bl. 231.
- 24 Ebd., P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/194, Bl. 231.
- 25 Vgl. OAGSta, Akte 2, o. Pag.
- 26 Vgl. Breitenborn, Konrad: Die Aktion „Ungeziefer“. Zwangsaussiedlungen aus dem Kreis Wernigerode im Frühjahr 1952, in: Harz-Zeitschrift 56/2004, S. 83 – 105.
- 27 LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/194, Bl. 231.
- 28 Vgl. Brinkmann, Jochen: „Können Sie mir sagen, wie man Heimweh ausmerzt?“ Lebenswege an der Grenze im Gebiet Wernigerode, Magdeburg 2002, S. 3 ff.
- 29 Vgl. OAGSta, Akte 2, o. Pag.; BArch, MfS, BV Magdeburg, AOP 396/68, Bd. 1, Bl. 15 f.
- 30 Vgl. LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/194, Bl. 311.

- 31 AKGSta, Chronik von Stapelburg, o. Sign., o. Pag.
- 32 Ebenda.
- 33 Vgl. BArch, DVH 27/130231, Bl. 88–91. Nachweislich durften 176 Personen wahrscheinlich mit ihren im Haushalt lebenden Familien ins Sperrgebiet zurückkehren. Da 1955 in der DDR in 6.199.263 Haushalten 17.199.089 Personen lebten, kann man also von 2,8 Personen pro Haushalt ausgehen. (Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1956, S. 24.) Daher wird geschätzt, dass mit den 176 Personen je 2,8 Gesamthaushaltsangehörige in Sperrgebiet zurückkehren durften, also insgesamt vielleicht 488 Personen DDR-weit.
- 34 OAGSta, Akte 9, o. Pag.
- 35 Vgl. OAGSta, Akte 2, o. Pag.; Vgl. Breitenborn, Konrad: Tage zwischen Hoffnung und Angst. Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode, Wettin-Löbejün 2013, S. 47.
- 36 Vgl. BArch, MfS, BV Magdeburg, AOP 396/68, Bd. 1, Bl. 36, 46 – 48; BArch, MfS, AIM, Nr. 21071/80, Band 1, Bl. 14 f.
- 37 BArch, MfS, BV Magdeburg, AIM 756/61, Bl. 31 f., hier Bl. 31.
- 38 Vgl. BArch, DVH 48/138571, Bl. 16 ff.
- 39 Ausführlich siehe dazu Vesting, Justus: Leben (wie Anm. 4), S. 220 – 224.
- 40 Vgl. BArch, DVH 48/139345, Bl. 1 – 31; BArch, DVH 48/139364, Bl. 1 – 16; BArch, DVH 49-3/143330, Bl. 21 – 25.
- 41 Vgl. Schröder, Sarah / Vesting, Justus: Im Zentrum der Grenze. Das Grenzkommando Nord in Stendal, in: Hecht, Michel / Kellershohn, Jan (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Stadt Stendal, Halle (Saale) 2024, S. 215 – 234.
- 42 Bennewitz, Inge / Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen (wie Anm. 19), S. 112.
- 43 BArch, MfS, BV Magdeburg, AS 2/68, Band 7, Bl. 162.
- 44 BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Wernigerode, Nr. 6879, Bl. 1 f.; BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Wernigerode, Nr. 6879, Bl. 11.
- 45 BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin, Nr. 3197, Bl. 86.
- 46 LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/198, Bl. 59 ff., hier Bl. 61.
- 47 AKGSta, Chronik von Stapelburg, o. Sign., o. Pag.
- 48 Zur Kuranstalt Jungborn siehe Stahl, Andreas: Die Kuranstalt Jungborn bei Stapelburg. Notizen zur Bau und Nutzungsgeschichte, in: Vesting / Schröder (Hrsg.): Grenzraum (wie Anm. 3), S. 137 – 160.
- 49 LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/A-4/18/98, Bl. 74 – 77, hier Bl. 76.
- 50 Vgl. Ahrens, Herbert: Bad Harzburger Grenz-Report. Zeitgeschichtliche Dokumente, Bad Harzburg

- 1994, S. 42; BArch, DVH 49-3/143330, Bl. 26 – 34.
- 51 Vgl. BArch, DVH 48/138745, Bl. 21.
- 52 Die Bezeichnung „Grenzverletzer“ findet sich für Fluchtwillige in den Akten der Grenzpolizei und der Grenztruppen bis ins Jahr 1989. Vom Stapelburger Bürgermeister ist für das Jahr 1985 sogar die Bezeichnung „Grenzverbrecher“ überliefert. Vgl. Kreisarchiv Landkreis Harz (zukünftig: KALKH), Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 119, Nr. 1167, o. Pag.
- 53 Vgl. ausführlich Vesting, Justus: Leben (wie Anm.4).
- 54 Vgl. BArch, DVH 49-3/143336, Bl. 27 f.; BArch, DVH 48/138992, Bl. 1 f.; BArch, DVH 49-3/143341, Bl. 66 f.; BArch, DVH 49-3/143342, Bl. 9 ff.
- 55 Vgl. Zeitzeugeninterview Nr. 014 vom 09.11.2023, in: LDA, Archiv Landesgeschichte, Bestand Grünes Band, Zeitzeugeninterviews.
- 56 Gartenschläger wurde beim dritten Demontageversuch von Einheiten des MfS erwartet und erschossen. Vgl. Lienicke, Lothar / Bludau, Franz: Todesautomatik. Die Staatssicherheit und der Tod des Michael Gartenschlägers, Frankfurt am Main, 2., Auflage, 2008; Schroeder / Staadt (Hrsg.): Todesopfer (wie Anm. 10), S. 368 – 374.
- 57 Siehe dazu Vesting, Justus: Leben (wie Anm. 4), S. 247 – 251.
- 58 Vgl. BArch, DVH 48/139344, Bl. 29 – 44.
- 59 Vgl. BArch, DVH 49-3/143334, Bl. 6 – 10.
- 60 Vgl. BArch, DVH 49-8/145234, Bl. 107 – 116.
- 61 BArch, DVH 32/130867, Bl. 32 – 36, hier Bl. 32.
- 62 Vgl. Schröder, Sarah: Sachzeugnisse des DDRGrenzregimes im Raum Stapelburg. Eine denkmalpflegerische Spurensuche, in: Vesting / Schröder (Hrsg.): Grenzraum (wie Anm. 3), S. 391– 449.
- 63 König, Christine / Meyerhoff, Ines: Eckertal. „Anschauungsunterricht an der Zonengrenze“, in: Schwark, Thomas / Schmiechen-Ackermann, Detlef / Hauptmeyer, Carl-Hans (Hrsg.): Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945 – 1990, Darmstadt 2011, S. 127 – 130, hier S. 128.
- 64 Vgl. Ahrens, Grenz-Report (wie Anm. 57), S. 36; Vgl. Hoffroge, Jan Matthias: Von der Grenzinformationsstelle zur Grenzgedenkstätte? Ausstellungen der innerdeutschen Grenze von 1963 bis 2018, Münster 2022, S. 64 f.
- 65 Ausführlich dazu Vesting, Justus: Leben (wie Anm.4), S. 276–294.
- 66 KALKH, Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 119, Nr. 1176, o. Pag.
- 67 Im Zuge des Milliardenkredites durch die Bundesrepublik 1983 sollten die Boden- und Splitterminen an der innerdeutschen Grenze entfernt werden; dies geschah in Stapelburg aber erst im

Mai/Juni 1984.

- 68 Vgl. BArch, DVH 49-3/143443, Bl. 2 – 34; BArch, MfS, HA I, Nr. 5982, Bl. 107; BArch, DVH 49-3/143341, Bl. 47 ff.; BArch, MfS, ZKG, Nr. 4605, Bl. 12 – 15.
- 69 Vgl. Zeitzeugeninterview Nr. 002 vom 08.03.2022, in: LDA, Archiv Landesgeschichte, Bestand Grünes Band, Zeitzeugeninterviews; KALKH, Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 141, Nr. 1215, o. Pag.
- 70 OAGSta, Akte 88, o. Pag.
- 71 Vgl. Verordnung über die Zulassung und die Tätigkeit freiwilliger Helfer zur Unterstützung der Deutschen Volkspolizei und der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee vom 16.03.1964, in: Gesetzblatt der DDR, Teil 2, 1964, S. 241 f.
- 72 Vgl. Art. Freiwillige Helfer der Grenztruppen der DDR (FHG), in: Hermann, Ingolf / Rosinger, Hartmut / Sroka, Karsten: Lexikon der innerdeutschen Grenze. Das Grenzsicherungssystem, die Folgen und der zeitgeschichtliche Rahmen der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer in Stichworten, Zella-Mehlis, 3., Auflage, 2020, S. 79 f.
- 73 Vgl. BArch, MfS, BV Magdeburg, Leiter der BV, Nr. 54, Bl. 265 – 271.
- 74 KALKH, Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 141, Nr. 1214, o. Pag.
- 75 Vgl. BArch, DVH 49-3/143388, Bl. 64 – 86, 157 – 177; BArch, DVH 49-3/143432, Bl. 18 – 29; KALKH, Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 119, Nr. 1167, o. Pag.
- 76 1984 wohnten 23 IM (IME, IMS und GMS) in Stapelburg (Bevölkerung ca. 1300), während zur gleichen Zeit in Elend 8 IM (Bevölkerung ca. 510), in Sorge 3 IM (Bevölkerung ca. 220), in Ilsenburg 84 IM (Bevölkerung ca. 7200), in Tanne 9 IM (Bevölkerung ca. 845) und in Abbenrode 9 IM (Bevölkerung ca. 920) lebten. Vgl. BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Wernigerode, Nr. 16381, Bl. 3 – 29.
- 77 Vgl. u.a. BArch, DVH 49-3/143464, Bl. 52 f.; BArch, DVH 49-3/143471, Bl. 35 – 38; BArch, DVH 49-3/143472, Bl. 23 f.
- 78 KALKH, Rep. RdK Wernigerode, K-Nr. 141, Nr. 1214, o. Pag.
- 79 Vgl. LASA, P 15 SED-Kreisleitung Wernigerode, IV/B-4/18/138, Bl. 51 – 55; OAGSta, Akte 88, o. Pag.
- 80 LASA, P 15 Wernigerode, Nr. IV/4/18/197, Bl. 109 – 115, hier Bl. 113 f.
- 81 Ebd., P 15 Wernigerode, Nr. IV/D-4/18/171, Bl. 10 – 15, hier Bl. 11.
- 82 Vgl. dazu Vesting, Justus: Leben (wie Anm.4), S. 312 – 315.
- 83 An den Grenzübergangsstellen an der innerdeutschen Grenze wurden am 19.02.1990 für Aus- und Einreise folgende Personenzahlen gezählt: Selmsdorf 40.898, Marienborn (Autobahn) 39.041, Hirschberg 32.769, Herleshausen 30606, Stapelburg 27.960. Andere Grenzübergangsstellen nördlich und südlich von Stapelburg übermittelten für diesen Tag folgende

Zahlen: Salzwedel 6.094, Hötensleben 7.437, Hessen 11.329, Lüttgenrode 9.043, Abbenrode 397, Elend 1.727, Ellrich 15.986, Worbis 19.969. Vgl. BArch, DVH 32/113299, Bl. 11 – 15.

84 Vgl. Vesting, Justus: Leben (wie Anm.4), S. 315 – 340.

85 Vgl. Ebd., S. 340 – 356.



Fachgespräch der SED-Opfer-Beauftragten beim Deutschen Bundestag zum Thema „Kulturgutentzug in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der SED-Diktatur“ mit Evelin Zupke und den beteiligten Diskutanten am 15.05.2025 im Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal, Berlin. Auf den Impulsvortrag bei diesem Fachgespräch geht der folgende Text zurück.

Verstärkte Aufarbeitung: Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR

Mathias Deinert

Als Provenienzforscher arbeitete ich in einem Museum mittlerer Größe und prüfte das historische Inventarbuch, worin Zugänge aus der Zeit der „Bodenreform“ von 1945 bis 1948 sowie bis weit in die 1950er Jahre verzeichnet waren, seitenlang. Auf zwei Doppelseiten waren „Sicherstellungen“ aus dem nahe gelegenen Schloss T. verzeichnet – Gemälde, Vasen und andere Porzellane, Münzen, Bücher, Archivalien. Nur bei vier Einträgen war jeweils ein langer Strich durchgezogen, um zu markieren, dass diese Objekte nach der Wiedervereinigung an die Alteigentümer des Schlosses T. in den 1990er Jahren zurückgegeben worden waren. Auf meine Frage, warum nur diese vier

Stücke zurückgegeben wurden und nicht auch alle anderen „Sicherstellungen“, antwortete der Museumsleiter: „Weil nur diese vier Objekte zurückgefordert worden sind. Mehr wollte man wohl nicht wiederhaben.“

Ich fragte weiter, ob die Besitzer von Schloss T. vielleicht gar nicht gewusst haben, dass sich im Museum noch mehr aus deren Familienbesitz befindet. Der Museumsleiter entgegnete: „Mit der Familie selbst hatten wir gar keinen Kontakt. Wir hatten nur Kontakt zum Vermögensamt, denn an die Ämter mussten sich die Familien wenden, wenn sie etwas zurückhaben wollten.“ Ich fragte, was passiere, wenn Familienangehörige heute nun zufällig eines ihrer Gemälde im Museum hängen sehen und es dann auch zurückhaben wollen. Er antwortete: „Dann ist da leider nichts mehr zu machen. Alle Anspruchsfristen sind abgelaufen.“ Auch mit einem seiner Vorgänger aus DDR-Zeiten hatte ich danach Kontakt aufgenommen. Dieser war sogar der Ansicht: „Es ist nicht wichtig WIE ein Objekt ans Museum kommt, sondern nur DASS es ans Museum kommt. Außerdem ist ein Sammlungsleiter nicht zum Verteilen, sondern zum Bewahren einer öffentlichen Sammlung da.“

Schon diese beiden Gesprächsausschnitte lassen deutlich werden, dass solche passiven Haltungen heute nicht mehr ohne weiteres geteilt würden. Zumindest nach den gesellschaftlichen wie politischen Debatten zu nationalsozialistischem und kolonialen Raubgut möchten Sammlungsleiter und Öffentlichkeit heute doch wissen, woher jedes einzelne Objekt stammt, welche Geschichte ihm anhaftet und ob es überhaupt einvernehmlich erworben wurde. Während wir heute mit moralisch-ethischen Fragen an die öffentlichen Sammlungen herantreten, argumentierten die beiden zitierten Museumsleiter eher eigentumsrechtlich – frei nach dem Motto: „Inzwischen ist das weggenommene Inventar des Schlosses T. vom Museum ersessen. Alle Rückforderungsfristen sind verstrichen. Alle Anspruchsberechtigungen sind verjährt. Alles soll bleiben, wie es ist.“ – Aber steht es einer öffentlichen Sammlung gut zu Gesicht, sich nur auf formale Rechtskategorien zu berufen?

Die Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung waren von Bewältigungsversuchen offener Vermögensfragen mit entsprechenden Gesetzen markiert – insbesondere 1990 dem „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ (Vermögensgesetz / VermG) für die Zeit des Bestehens der DDR, verschiedenen nachfolgenden Rehabilitations-Gesetzen und schließlich 1994 mit dem „Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz“



Ein Museumsmitarbeiter 1957 beim Abtransport von Kulturgütern aus Schloss Quetz bei Zörbig im damaligen Bezirk Halle. Während der entschädigungslosen Bodenreform-Enteignung 1945 in Vergessenheit geraten, erfolgte die Bergung der Stücke (oder was davon übrig geblieben war) erst Jahre später.

(EALG) auch für die Zeit der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zwischen 1945 und 1949.

Die gesamte Rückgabep Praxis nach 1990 (um die sozialistischen Eigentumsverschiebungen und Vergesellschaftungswellen rückgängig zu machen) war vor allem darauf zugeschnitten, entzogenen Grund und Boden, verstaatlichtes Firmeneigentum und sonstige Immobilien zurückzugeben, um zügig wieder Eigentumssicherheit und Investitionssicherheit herzustellen. Für bewegliche Kulturgüter vom Bild bis zum Buch erwies sie sich jedoch als unpassend. Schon die kurze Frist von sechs Monaten für die Geltendmachung eines Anspruchs war für kleinteilige Sammlungen völlig ungeeignet.

Die Geschädigten sahen sich mit Anforderungen konfrontiert, jedes einzelne Objekt einer verlorenen Sammlung so zu beschreiben, dass es durch die Vermögensämter zweifelsfrei zu identifizieren war. Bei einer Büchersammlung hätte es der Angabe sämtlicher einzelner Titel bedurft. Die Beweislast lag vollumfänglich bei den Antrag-

stellern. Nur die Opfer staatlicher Willkür und deren Erben hatten demnach überzeugend zu dokumentieren, was ihnen weggenommen worden war. Hingegen mussten die Begünstigten – d. h. zumeist öffentliche Museen, Bibliotheken, Archive und Hochschulsammlungen – für die Zeit zwischen 1945 und 1990 nicht darlegen, auf welche Weise sie in den Besitz ihrer Bestände gekommen waren.

Wenn in derartigen Fällen noch Äußerungen der Vermögensämter hinzukamen, die rein verwaltungsjuristisch argumentierten, war die Verbitterung auf Seiten der Betroffenen groß:

„[...] Der vermögensrechtliche Antrag von Frau E. aus dem Jahr 1990 enthielt auch die Position: Hausrat von Frau E., dieser sei in der DDR beschlagnahmt worden. Mit Schreiben vom 29. Mai 1996 wurde der Antrag erstmals präzisiert und umfasste nunmehr eine Aufstellung von 100 Bildern.

[...] Mit Schreiben vom 06.09.2006 an die bevollmächtigten Anwälte von Frau E. äußerte das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV) Zweifel, ob die genannten Bilder Hausrat darstellen. Nur wenn die Bilder Hausrat darstellen würden, läge ein fristgerechter Antrag von 1990 vor, der im Jahre 1996 präzisiert hätte werden können.

Die Anmeldefrist für bewegliches Vermögen endete am 30.06.1993. Würden die Bilder dagegen nicht zum Hausrat gehören, würde es bereits an einer fristgemäßen Anmeldung fehlen, weil dann das Schreiben vom 29.05.1996 als neuer Antrag zu werten sei.

Mit Schreiben vom 12.09.2006 teilten die beauftragten Rechtsanwälte von Frau E. mit, dass sie den Anspruch hinsichtlich der Bilder nicht weiterverfolgen. Das LARoV sah daher keinen Anlass mehr eine Entscheidung zu den 100 Bildern/Gemälden zu treffen und teilte die Einstellung des Verfahrens mit.

Mit freundlichen Grüßen,
gez. im Auftrag“¹

Was die Rückgabep Praxis entzogener Kulturgüter anbelangt, hat diese anstelle von Rechtsfrieden zu neuerlichen Verhärtungen, Unsicherheiten und manchmal auch Ängsten geführt. Mit den Folgen dieses fehlenden Rechtsfriedens sind die Museen und Sammlungen bis heute konfrontiert. Im Auftrag des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg ist deshalb ein Rechtsgutachten veröffentlicht worden,

um bestehende Handlungsoptionen – noch nach 35 Jahren – für die betroffenen Einrichtungen zu erläutern.²

Die Kapitelüberschriften geben dabei einen guten Überblick, von welchem Unrecht, von welchen Fallgruppen der Kulturgutentziehungen in der SBZ und DDR wir eigentlich sprechen:

- I. Bodenreform, sog. „Schlossbergungen“ [...]
- V. sog. Republikflucht
- VII. Inanspruchnahme verlassener Wohnungen/Grundstücke
- IX. Zollvergehen
- X. Aktion „Licht“
- XI. Umsiedlungsaktionen
- XII. Aktion „Rose“
- XIII. Nachlässe (Kunstsammlungen, Künstlernachlässe)

Zusätzlich sind aus all diesen Kontexten während der gesamten Zeit der DDR dann noch einmal etliche Objekte über die westlichen Kunstmärkte für Devisen verkauft worden. Dies geschah bereits seit 1949, also von Beginn an, nicht erst seit Mitte der 1970er Jahre durch den berüchtigten DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski und seinen „Bereich Kommerzielle Koordinierung“, der das bestehende System und die Entzugsmethoden beispielsweise in Zusammenarbeit des Staatssicherheitsdienstes mit der Steuerfahndung noch perfektionierte. Vor diesem Hintergrund sind nicht allein ostdeutsche öffentliche Sammlungen mit Objekten aus diesen Fallgruppen belastet, sondern auch westdeutsche, europäische, sogar transatlantische.

Sofern zu diesen Unrechtskontexten an das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste oder an die einzelnen Kultureinrichtungen Fragen gerichtet werden, können wir derzeit nur ganz eingeschränkt antworten, weil zu diesen Fallgruppen – anders als zu NS- und kolonialem Raubgut – aktuell keine Provenienzforschung stattfindet, jedenfalls derzeit keine, die durch das DZK gefördert werden kann. Warum ist das so, obwohl der Bedarf immens wäre?

Als die Stiftung DZK 2015 gegründet wurde, galt noch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD als Kurs des politischen Handelns für die Jahre 2013 bis 2017. Darin vereinbart war: „Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR den rechtmä-



Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste ist zentraler Ansprechpartner bei Fragen zu unrechtmäßig entzogenen Kulturgütern – insbesondere zu NS-Raubgut, aber auch zu Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern und zu zwischen 1945 und 1989 in der SBZ und DDR entzogenem Kulturgut. Es fördert Projekte der Provenienzforschung, berät Institutionen ebenso wie Privatpersonen und unterhält die Datenbanken Proveana (www.proveana.de) und Lost Art (www.lostart.de).

ßigen Eigentümern entzogen wurde, ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Zur Klärung der Ansprüche früherer Eigentümer muss auch in diesen Fällen die Provenienzforschung verstärkt werden“.³ Hierauf wurde das Thema SBZ und DDR auch zu einem Aufgabenfeld des DZK. Allerdings entschied der Stiftungsrat, zusammengesetzt aus Vertretern von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, es sei noch „zu früh“ für eine entsprechende Provenienzforschung.

Zum einen war die Frage noch ungeklärt, was nach erfolgter Forschung und Herkunftsklärung eines Objekts als Konsequenz eigentlich passieren soll – immerhin waren hierfür von Anbeginn an die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen zuständig. Diese hatten teils abschließende Bescheide erstellt. Zum anderen war die Unkenntnis über die historischen Abläufe noch zu groß. Denn von welchen Akteuren, von welchen Motiven, von welchen Verhältnismäßigkeiten war auszugehen? Folgte die Enteignungspolitik einer strengen Systematik oder spielte eher Zufälligkeit eine Rolle?

Wo waren überhaupt wichtige Akten- und Recherchegrundlagen zu finden? Wie hätte das DZK bei einer Projektförderung die Antragsteller verlässlich beraten können?

Um Klarheit zu gewinnen, sollte zunächst Grundlagenforschung Abhilfe schaffen. Somit wurde die Förderung der Provenienzforschung für den Zeitraum 1945 bis 1990 bis zur Schaffung tragfähiger Grundlagen verschoben. Aktuell – d. h. über sieben Jahre und 27 Grundlagenforschungsprojekte später – gibt es immer noch keine Fördermöglichkeit für eine Provenienzforschung für die Zeit der SBZ und DDR. Wann es dazu kommt, bleibt offen. Denn es bestehen nach wie vor Hürden:

(a) Die Bescheide der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen sind abschließend, und auch die ergangenen Urteile dazu sind abschließend. Sie können auch dann nicht nachgebessert werden, wenn eine Provenienzforschung neue Erkenntnisse liefert. Wie lange danach sollte das auch möglich sein? Noch nach 20, 40 oder 100 Jahren? Das Ziel bei der Regelung offener Vermögensfragen war immer die schnellstmögliche Herstellung von Rechtsfrieden und Eigentumssicherheit gewesen.

(b) Provenienzforschung könnte in Einzelfällen heute zwar die Grundlage für Rückübertragungen bilden – jedoch nur, wenn jeweiliges Landesrecht berücksichtigt wird, wie etwa Landeshaushaltsordnungen, das Stiftungsgesetz oder eine für das jeweilige Museum geltende Satzung.

(c) Entgegen den bindenden Entscheidungen der Vermögensämter oder der Gerichte kann heute keine Rückgabe auf freiwilliger Grundlage erfolgen. Wird dies angestrebt, so braucht es eine juristische und politische Diskussion zuvor. Wenigstens aber bräuchte es als ebenfalls bindende Selbstverpflichtung eine Art „Gemeinsamer Erklärung“ von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zum heutigen Umgang mit SBZ und DDR-Beständen. Andernfalls ist bei öffentlichen Einrichtungen ein Verstoß gegen Haushaltsrecht nicht auszuschließen.

Zusammengefasst hieße dies: Provenienzforschung ja, aber bitte ohne weitreichende Konsequenzen, weil sie die Rückgabepaxis seit dem Jahr 1990 relativieren würden. Alle Rückgabebegehren wären (dieser Einschätzung nach) abgeschlossen: Jeder, der etwas zurückverlangt hat, hat auch bekommen, wofür er berechtigt war. So immerhin sehen es Länder und Kommunen. Und so sahen es schon die eingangs zitierten beiden Museumsleiter vor zehn Jahren. Und in diesem Dilemma befinden wir uns noch heute.

Der Handlungsdruck auf die Museen, Bibliotheken und anderen Sammlungen – und damit verbunden der Forschungsbedarf – sind heute noch genauso akut wie vor gut

30 Jahren; aber durch die Politik wurde bisher keine andere Orientierung als 1990 und 1994 mehr gegeben.

Als Gesellschaft sollten wir uns daher fragen: Was können wir tun, um im Bereich SBZ und DDR den notwendigen Rechtsfrieden herzustellen? Was muss getan werden, damit wir ruhigen Gewissens z.B. verstaatlichtes Bodenreformgut, die Rücklässe von „Republikflüchtigen“ oder die Einkäufe aus dem liquidierten Lager Mühlenbeck der DDR-staatlichen Kunst und Antiquitäten GmbH besitzen und ausstellen können? Und wie wird größere Transparenz in öffentlichen Sammlungen hergestellt, die doch von uns allen finanziert und getragen werden?

Solange es keinen konkreten Auftrag der Politik zur Untersuchung der Folgen der zweiten deutschen Diktatur in öffentlichen Sammlungen gibt, wird sich die Provenienzforschung als Museumsaufgabe immer nur nach den vorhandenen Kapazitäten innerhalb der Häuser richten müssen. Neben den Forschungen zu NS-Raubgut und kolonialem Sammlungsgut wären Erkenntnisse zu SBZ und DDR-Provenienzen weiterhin nur Zufallsfunde oder „Beifänge“, während man die weitere Aufarbeitung (wie in der unmittelbaren Nachwendezeit) den Journalisten, den Betroffenen selbst sowie ihren Anwälten überließe.⁴

Ähnlich wie der Koalitionsvertrag von 2013, formuliert nun auch der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD seit 2025 den festen Willen zur Provenienzforschung im Bereich SBZ und DDR: „Zudem stärken wir die Aufarbeitung der SED-Diktatur, einschließlich des Kulturgutentzugs in Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR. Die entsprechenden Bundestagsbeschlüsse erfordern von uns eine konkrete Umsetzung“.⁵

Es ist höchste Zeit dafür, denn bei der Sensibilisierung für das Thema der Kulturgutverluste zwischen 1945 und 1990 wie auch in der Forschung dazu sind wir inzwischen mit gewaltigen Schritten vorangekommen. Einerseits gelang dies durch die Grundlagenforschung, die das DZK momentan fördert; andererseits durch die Eigeninitiative der Landesmuseumsverbände, die nicht müde werden, den bestehenden Handlungsbedarf immer wieder deutlich zu machen, beispielsweise durch Tagungen, Publikationen, die Beratung ihrer Museen oder durch Gespräche – wie mit der SED-Opferbeauftragten, den Aufarbeitungsbeauftragten der Länder, oder mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur.

Deshalb lässt sich für die weitere Aufarbeitung der Kulturgutverluste in SBZ und DDR trotz aller Erschwernisse ein zuversichtlicher Ausblick wagen. Evelyn Zupke, als erste Beauftragte der Bundesregierung für die Opfer der SED-Diktatur, widmet den Betroffenen der Kulturgutentziehungen in ihren Jahresberichten jeweils ein festes Kapitel und bezieht darin jährlich neu Stellung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich. Das Kapitel im Jahr 2025 ging u. a. auf ein Expertengespräch zurück, zu dem Frau Zupke am 15. Mai in den Bundestag geladen hatte, und resümierte den augenblicklichen Sachstand mit folgenden Worten:

„Deutlich wurde, dass es mittlerweile eine aufgeschlossene Haltung auf Seiten der Museen gibt, mit Betroffenen in Austausch zu treten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass eine weitergehende Forschung zu den einzelnen Museumsbeständen erfolgt, durch die der Erwerbungs-kontext des jeweiligen Kulturguts nachvollziehbar wird. Denn nur auf der Grundlage einer fundierten Provenienzforschung ist es möglich, den Museumsbesucherinnen und -besuchern die Herkunftsgeschichte der jeweiligen Exponate näherzubringen und eine Stigmatisierung der Betroffenen zu vermeiden. Gleichzeitig sieht die Bundes-

beauftragte die Notwendigkeit, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen wird, die es Museen rechtssicher ermöglicht, Kulturgut an die ursprünglichen Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. ihre Familien zurückzuführen oder sich über den Verbleib des Kulturguts in den Museen als Dauerleihgabe zu einigen. [...]

Auch in der neuen Legislaturperiode wird sich die SED-Opferbeauftragte dafür einsetzen, dass die Wahrnehmung für dieses Thema im politischen Raum und innerhalb der Gesellschaft gestärkt wird. Die Aufnahme der Zielsetzung im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, die Aufarbeitung des Kulturgutentzugs in SBZ und DDR zu stärken, sieht die SED-Opferbeauftragte als wichtiges Signal dafür, dass auch komplexe Fragestellungen, die mit dem Verlust von Eigentum in Verbindung stehen, einer erneuten Betrachtung im politischen Raum unterzogen werden können.“⁶

Nachtrag: Während der Drucklegung dieses Textes hat am 22. September 2025 der Stiftungsrat des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste die antragsbasierte Förderung der SBZ und DDR-Provenienzforschung (Bestandsforschung) beschlossen. Damit können bereits zum 1. April 2026 erstmalig Anträge für dieses neue Förderangebot eingereicht werden.

Anmerkungen

- 1 Anonymisierte Rechercheauskunft 2019 des Mitarbeiters eines Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV) an einen Provenienzforscher, Schriftwechsel liegt dem Autor vor.
- 2 Finkenauer, Thomas / Thiessen, Jan: Kunstraub für den Sozialismus. Zur rechtlichen Beurteilung von Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR, (Provenire. Sonderband des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste), Berlin/Boston 2023.
- 3 Gedenken und Erinnern, kulturelles Erbe, Baukultur, in: Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag der 18. Wahlperiode des Bundestages zwischen CDU, CSU und SPD. Dezember 2013, 18. Legislaturperiode, Rheinbach 2013, S. 91, online unter <https://archiv.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> [Stand vom 09.09.2025].
- 4 Als prägnante Beispiele vgl. Blutke, Günter: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten. Ein Kriminalreport, 2., veränderte Aufl. Berlin 1994. – Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Berlin 2003 (zugleich Diss. Berlin 2002). – Meier zu Eissen, Hans: Der

Bücherraub in der DDR. Die ostdeutschen Adels- und Gymnasial-Bibliotheken 1945–1989. Der Postraub des Stasi-Generals „M“, Münster 2007. – Hatt, Henry: Die STASI und die Aktion „Licht“. Raubzüge im Bezirk Gera. Norderstedt 2013. – Förster, Andreas: Diebe in Ost und West, in: Berliner Zeitung vom 26.07.2019, S. 3. – Miosga, Margit: Ach, die Spielzeugsammler auch? Von Eisenbahnen, Puppen und Enteignung in der DDR. Berlin 2022.

- 5 Erinnerungskultur und Gedenken, in: Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, o.O., o.J., S. 121, online unter https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf [Abruf vom 09.09.2025].
- 6 Unterrichtung durch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag. Jahresbericht 2025: 35 Jahre Deutsche Einheit – Die Opfer der SED-Diktatur würdigen. Den Wert der Freiheit in die Gesellschaft vermitteln, Typoskript, Berlin 2025, S. 45 f. (Bundestags-Drucksache 21/520, online unter <https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100520.pdf>).

DDR-Nostalgie und Ostalgie auf Twitter

Sarah Tober

1. Einleitung

Auch 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist die Kategorie ‚Ostdeutschland‘ weiterhin eine gesellschaftsprägende Einheit, die sich sowohl in Supermarkt-Prospekten, auf DDR-Geschenke-Sets und in Reel- und Meme-Formaten des Radio-Senders MDR Sputnik auf dem sozialen Netzwerk Instagram widerspiegelt. Der Lebensmittel-Discounter Penny bewarb in der zweiten Januarwoche 2024 unter der Überschrift ‚REGIONAL aus unserem schönen Osten‘ nicht nur die regionale Vielfalt und Spezialität der angebotenen Produkte, sondern erzeugt eine emotionale Verbundenheit zu diesen Produkten über die Zugehörigkeit zu Ostdeutschland. Dabei liegt die Betonung auf den Produkten, „die direkt aus unserem schönen Osten kommen“¹ und der Charakterisierung des besonderen ostdeutschen Geschmacks durch den Teilsatz: „wir aus dem Osten wissen am besten, was uns hier richtig gut schmeckt“². Durch die Pronomen ‚uns‘ und ‚wir‘ wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl erschaffen. Diese erzeugte Gemeinschaft wird durch die zweifache Abbildung einer Deutschlandkarte, auf der das Gebiet der ehemaligen DDR einmal blau und einmal grün eingefärbt ist, nach außen abgegrenzt. Bei den beworbenen Produkten handelt es sich unter anderem um Rotkäppchen-Sekt, Bautz’ner Senf, Knusperflocken, Radeberger Pilsner und die Schokolade Bambina. Im Gegensatz dazu lenkt der Social-Media-Account des MDR Sputnik die Aufmerksamkeit regelmäßig auf typisch ostdeutsche Verhaltensweisen.³ Ostdeutschland dient vielen Ostdeutschen nach 1990 als Orientierungspunkt, wodurch die lebensweltlichen Erinnerungen aus der DDR-Zeit weiterhin fortbestehen.⁴ Wenn die DDR positiv erinnert wird, wird diese Anschauung in journalistischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorwiegend als Nostalgie, DDR-Nostalgie, Ostalgie oder auch (N)Ostalgie bezeichnet. Durch die bisherige Unschärfe dieser Begriffe werden diese Orientierungen auch unter den Termini Ost-Identität, ostdeutsches Wir-Bewusstsein, Wir-Gefühl, Trotzidentität, Ost-Trotz, neues ostdeutsches Selbstbewusstsein, ostdeutsches Sonderbewusstsein, ostdeutsche Mentalität oder Ostigkeit ausgedrückt.⁵ Obwohl die DDR seit über drei Jahrzehnten nicht mehr besteht, bleibt sie

öffentlich vor allem durch die Debatte um die innere Einheit in Deutschland präsent.⁶ Die Bewältigung der inneren Einheit ist ein andauernder Prozess, der insbesondere zu Beginn für die ehemalige DDR-Bevölkerung mit tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen einherging.⁷ Die Vertiefung dieser Transformationserfahrungen war Teil des Jubiläumskonzepts der Bundesregierung für den 30. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2020.⁸ Um die Inhalte des Jubiläumsjahres möglichst vielen und unterschiedlichen Zielgruppen zu vermitteln, wurden die Inhalte auch auf den vier Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram, Twitter⁹ und Youtube vermittelt.¹⁰ Im Rekurs auf das anfänglich beschriebene Phänomen der positiven Orientierungen hinsichtlich der DDR beschäftigt sich der vorliegende Aufsatz mit der Frage: Wie haben sich DDR-Nostalgie und Ostalgie anlässlich des 30. Jubiläums der Wiedervereinigung auf Twitter niedergeschlagen?

2. Vorstellung des Forschungsfeldes und methodischer Zugang

Diese Frage adressiert mehrere Forschungsbereiche und schöpft daraus ihre Relevanz. Zum einen findet Geschichte in den digitalen Medien neue Ausdrucksweisen und wird so Teil der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern. Indem untersucht wird, wie Geschichte exemplarisch in Social-Media erzählt wird, kann Twitter für den mediengestützten Geschichtsunterricht nutzbar gemacht und für die Fragen des Geschichtsbewusstseins anschlussfähig werden.¹¹ Zum anderen ist das Forschungsfeld über die deutsche Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg im Social Web, insbesondere auf Twitter und hinsichtlich der Erforschung von DDR-Nostalgie- und Ostalgie-Phänomenen, bisher noch recht klein, wächst aber beständig an.¹² Die unter den verschiedenen Begriffen gefassten Erscheinungen lassen sich in die Debatte um die gefühlsmäßige Bindung an das jeweilige kommunistische Regime in vielen postkommunistischen Ländern einordnen, wobei diese in Deutschland deutlicher ausgeprägt ist.¹³ Die Problematik einer mangelnden einheitlichen Definition entsteht unter anderem dadurch, dass die verwendeten Ausdrücke nachlässig genutzt und inhaltlich nicht diskutiert und theoretisiert werden. Des Weiteren sind die wenigen empirischen Untersuchungen zu diesem Themenkomplex meistens nur im Sinne von Determinanten und Begleiterscheinungen angelegt.¹⁴ Das diesem Beitrag zugrunde liegende Forschungsvorhaben leistet einen Beitrag über die Debatte um die positiven Orientierungen der Ostdeutschen in Bezug auf die ehemalige DDR und bietet zugleich eine

Schärfung und Differenzierung der Begriffe Ostalgie und DDR-Nostalgie an. Gleichzeitig wird eine bestimmte Richtung der DDR-Erinnerung beleuchtet, die vor allem das private Erinnern an die DDR adressiert.¹⁵ Des Weiteren leistet der Aufsatz einen Beitrag zur Erforschung der Art und Weise, wie die DDR-Vergangenheit insbesondere auf der Social-Media-Plattform Twitter erinnert wird. Insgesamt handelt es sich bei dem vorliegenden Aufsatz um eine gekürzte und verdichtete Variante der erbrachten Untersuchung.¹⁶

Für dieses Vorhaben wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring angewendet und auf das vorliegende Forschungsfeld übertragen. Es handelt sich um eine kategoriengeleitete Textanalyse, die sich durch Theoriegeleitetheit und Regelgeleitetheit und dadurch wiederum durch intersubjektive Nachprüfbarkeit auszeichnet.¹⁷ Für die hier gestellte Forschungsfrage wird das Material auf die Social-Media-Beiträge des Microblogging-Dienstes Twitter, sogenannte Tweets, festgelegt. Der Tweet-Korpus entsteht durch die manuelle twitter-interne Suchfunktion und bezieht sich auf die tagesaktuell veröffentlichten Tweets am 3. Oktober 2020. Das Ziel der Analysetechnik der Strukturierung ist die Einschätzung des Materials anhand eines deduktiv theoriegeleiteten Kategoriensystems, das aus der entsprechenden Forschungsliteratur gebildet und durch die Erkenntnisse aus der Pilotstudie ergänzt wird.¹⁸

3. Entwicklung eines einheitlichen Arbeitsbegriffes

Nostalgische und ostalgische Phänomene sind Teil der Entwicklung und Wandlung der Sichtweise auf die DDR. In der Umbruchszeit nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung 1989/90 wurde wenig an tatsächlich oder vermeintlich Bewahrenswertes der DDR erinnert. Seit 1992/93 wandelte sich diese größtmögliche Distanz in eine positivere Sicht auf die DDR, die ihren Höhepunkt 2003 erreichte und sich zum Teil bis in die Gegenwart erstreckt.¹⁹ Für diese positivere Anschauung werden überwiegend die Begriffe Nostalgie und Ostalgie verwendet. Sie kommen sowohl in journalistischen als auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Tragen. Diese beiden Termini werden je nach Interpretation heterogen verwendet. Es zeigt sich, dass die Nutzung sowohl synonym, hierarchisch abgestuft oder unabhängig voneinander vorgenommen wird. Hinzukommend handelt es sich nicht nur um variierende Verhältnisse der Begrifflichkeiten zueinander, sondern auch um verschiedene Bedeutungsnuancen, die den Wörtern je nach Auslegung zugeordnet werden.

Im Hinblick auf eine trennschärfere Unterscheidung der Termini Nostalgie, DDR-Nostalgie und Ostalgie und deren Bedeutungsnuancen ergaben sich nach der ausführlichen Untersuchung der Begriffsverwendungen seitens der Forschung ²⁰ zusammengefasst die folgende Einteilung und die hier verwendeten Arbeitsbegriffe: Unter der Nostalgie wird das sehnsüchtige Erinnern an die früheren Lebens- und Erfahrungsräume verstanden. Dieses Erinnern rekurriert ausschließlich auf die eigene Lebenskurve im Sinne der Erfahrungen von Liebe, Freundschaft, Hochzeit oder Reisen, die auch in anderen Zeiträumen der Vergangenheit verortet werden können und keinen expliziten DDR-Bezug besitzen. Mit Bezug auf die Phänomene Ostalgie und DDR-Nostalgie konnte das Unterscheidungsmerkmal einer DDR-Spezifik erarbeitet werden, die sich wiederum materiell beziehungsweise gegenständlich und immateriell ausdrückt. Unter der DDR-Nostalgie wird gemäß dieser Ergebnisse fortan die immaterielle DDR-spezifische positive Erinnerung an die Wertperspektiven der DDR verstanden. Darunter sind die Phänomene der Diskurslücke und die positiven Orientierungen gegenüber der DDR bis hin zu Idealisierungen und Verharmlosungen zu verstehen. Der Begriff Ostalgie bezeichnet den Konsum von Ostprodukten und Ostalgie-Fernsehsows, die Verwendung von DDR-Symbolen und das Praktizieren von Ostalgie-Partys. Trotz dieser theoretischen Trennung ist es erwartbar, dass aus empirischer Perspektive Überschneidungen und Verflechtungen auftreten können.

4. Empirische Nachweisbarkeit und Ausgestaltung von DDR-Nostalgie und Ostalgie

Zusätzlich zu der begrifflichen Heterogenität zeigt sich, dass unterschiedliche Bewertungen über die Existenz und Präsenz von DDR-nostalgischen und ostalgischen Phänomenen vorliegen. Darüber hinaus wird infrage gestellt, ob die ostdeutschen Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt unter diesen Bezeichnungen gefasst und erklärt werden können.²¹ Durch verschiedene empirische Nachweise der positiven DDR-Erinnerung und die gleichzeitige Verschlechterung der Einschätzung der situativen Faktoren ist es wahrscheinlich, dass DDR-Nostalgie ein weiterhin präsenten Phänomen darstellt.²² Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung kann sich die Identifikation mit den sogenannten Ostprodukten halten, wobei der Rotkäppchen-Sekt eines der berühmtesten Beispiele darstellt. Allerdings konstatieren Heike Baldauf-Quilliatre und Claire Aslangul, dass es nur noch für einige Produkte eine scharfe Trennung zwischen ost- und westdeutschen Konsumenten gibt.²³ Auch wenn

das Spektrum von Ostalgie schmäler erscheint, zeigt es sich dennoch als anhaltend relevant.

Aus der Betrachtung verschiedener Erhebungen und wissenschaftlicher Aufsätze ergaben sich die folgenden positiven Bewertungen seitens Ostdeutscher über die DDR: Am deutlichsten werden die Bereiche der sozialen Sicherheit, einschließlich der Sicherung des Arbeitsplatzes, der Wohnung und der Kinderbetreuung, die Werte der Gemeinschaft und der Zwischenmenschlichkeit, als auch der Qualifikationserwerb sowohl in beruflicher, schulischer und persönlicher Sicht hervorgehoben. Ebenso häufig finden sich positive Ausführungen hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frau und der geringen Kriminalitätsrate.²⁴ Für den ostalgischen Konsum in der Lebensmittelindustrie können Rotkäppchen-Sekt, Club Cola, Vita-Cola, Radeberger Pilsner, Bambina, Knusperflocken, Halloren Pralinen, Kathi Backwaren, Nudossi, Bautz'ner Senf, Rondo Kaffee und Spreewaldgurken als Ostprodukte eingeordnet werden. Darüber hinaus zählen Florena Creme, Spee Waschmittel, Fit Haushaltsreiniger, die nun vermehrt wiederentdeckten Automarken Wartburg und Trabant, aber auch das Plüschtier Pittiplatsch zu den typischen Ostprodukten.²⁵ Eingeschlossen werden zudem neue oder neu aufgelegte Buchtitel, Tonträger, Videos, DVDs und Gesellschaftsspiele, die aus der DDR stammen oder die DDR-Zeit aufgreifen²⁶. Durch den Verkauf der genannten Güter entstanden verschiedene Ostalgie-Shops und Websites wie ‚OssiVersandt.de‘ oder ‚Kaufhalle des Ostens‘. Selbst Gaststätten griffen das ostalgische Thema auf und warben mit der Ostalgie-Woche zu günstigen Preisen wie zu DDR-Zeiten.²⁷ Die Ostalgie-Welle verbreitete sich auch in der Filmindustrie und im Fernseh-Programm. Filme wie ‚Good Bye Lenin‘ und ‚Sonnenallee‘ rekurren ebenso auf die DDR-Zeit wie die ‚Ostalgie-Show‘ im ZDF. Die stärksten Ausdrucksformen des Ostalgie-Kults waren hingegen die sogenannten Ostalgie-Partys, die durch den Gebrauch von typischen Kleidungsstücken, Uniformen, Accessoires, einstigen DDR-Propaganda-Requisiten und DDR-Symbolen geprägt und mit passender Musik und ostdeutschen Speisen untermalt wurden.²⁸

5. Analyse der Datenerhebungen: DDR-Nostalgie und Ostalgie auf Twitter

Mit diesen erarbeiteten Kriterien wurde die Pilotstudie auf der Plattform Twitter mittels der manuellen Suchfunktion durchgeführt. Somit ergab sich sowohl die Bestätigung von bestimmten Ankerbeispielen wie Trabi bzw. Trabant, Vita-Cola, Knusperflocken,

Spreewaldgurken, Bautz'ner Senf, Rotkäppchen-Sekt, Halloren und Nudossi, als auch die Erweiterung um die Debatte des ‚richtigen‘ Jägerschnitzels. Insgesamt zeigte sich, dass DDR-Nostalgie und Ostalgie im Vergleich einen eher geringen Anteil an den Auseinandersetzungen auf Twitter zum Tag der deutschen Einheit hatten. Dabei ist die DDR-Nostalgie noch weniger vertreten als die Ostalgie, welche durch den Trend des Jägerschnitzels begünstigt wurde.²⁹ Die Pilotstudie verdeutlichte zudem die Schwierigkeiten des twitter-internen Suchmechanismus.³⁰

Die Hauptanalyse vollzieht sich an zwei reichweitenstarken Tweets zur Ostalgie und den drei einzigen DDR-nostalgischen Tweets, die gefunden werden konnten. Der originäre Tweet zum Thema Vita-Cola lautet wie folgt: „Ihr alten Wessis...jetzt seid doch mal ehrlich! Ohne uns Ossis hättet ihr nie erfahren wie man ordentliches Jägerschnitzel macht und wie geil Cola eigentlich schmecken kann oder? *öffnet Dose Vita Cola“³¹. Durch die Zuschreibungen ‚Wessi‘ und ‚Ossi‘ wird eine Selbst- und Fremdzuschreibung erzeugt, die beide Gruppierungen eindeutig voneinander separiert, wobei der Autor sich durch das Personalpronomen ‚uns‘ selbst als ‚Ossi‘ verortet. Die ‚Wessis‘ werden außerdem indirekt als nicht ehrlich und rückständig charakterisiert. Letzteres wird durch die ‚alten Wessis‘ zum Ausdruck gebracht. Dabei könnte auf die Lokalisierung in den alten Bundesländern rekurriert werden. Dadurch werden die Ostdeutschen zum fortschrittlichen Gegenpol konstruiert. Der Fokus des Tweets liegt darauf, was die Ostdeutschen den Westdeutschen durch die Wiedervereinigung gebracht und gezeigt hätten. Diese Bezugnahme ist besonders interessant, da sich vor allem in Ostdeutschland umfassende Neuerungen in vielen Bereichen durch die Wiedervereinigung vollzogen haben, während sich in Westdeutschland kaum etwas veränderte.³² Durch das Wort ‚nie‘ wird betont, wie absolut ausgeschlossen die alleinige Aneignung ohne Hilfe ‚der Ostdeutschen‘ ist. Dadurch wird die Abhängigkeit des Westens vom Osten angedeutet, die medial meistens gegenteilig dargestellt wird. Bei der Bereicherung für den Westen handelt es sich um die Zubereitung eines ‚ordentlichen‘ Jägerschnitzels. Das Adjektiv suggeriert, dass es auch ein ‚unordentliches‘ Jägerschnitzel gibt, welches dadurch abgewertet wird. Damit ist sehr wahrscheinlich die in Westdeutschland übliche Zubereitungsart als Schnitzel mit Pilzen gemeint. Ein ähnliches Muster liegt auch bei dem Beispiel der Cola vor. Es wird ausgedrückt, dass es auch hier eine bessere und schlechtere Variante gebe, wobei die ostdeutsche Vita Cola die bessere sei. Damit wird suggeriert, dass Cola sehr gut schmecke, wenn es sich um die richtige Ausführung

handle. Insgesamt wird den Ostdeutschen in diesem Tweet ein besserer Geschmack zugeschrieben. Durch das *-Symbol drückt der Autor eine Handlung in Textform aus, die den Worten gewissermaßen Nachdruck verleiht.³³ Insgesamt betont dieser Tweet die Überlegenheit der Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen.³⁴

Das Thema Jägerschnitzel schaffte es außerdem in die Twitter-Trends, wodurch die häufige Erwähnung bzw. Diskussion und deren Relevanz ausgedrückt wurde. Den Auslöser bildeten wahrscheinlich zwei Tweets der SPD-Bundestagsfraktion, die jeweils das typisch ost- bzw. westdeutsche Jägerschnitzel zum einzig richtigen Jägerschnitzel kürten. Der Textteil der Tweets lautete wie folgt: „#30JahreEinheit – das ist nach wie vor ein großes Glück! Aber: Es gibt natürlich nur dieses eine richtige Jägerschnitzel. Retweet, wenn du auch #TeamJägerschnitzel bist!“³⁵ Darunter befanden sich entweder das Bild einer panierten Jagdwurstscheibe auf Nudeln mit Tomatensoße oder das eines Schnitzels mit Pilzen und Pommes. Ersteres verkörpert das ostdeutsche Jägerschnitzel, während das zweite für das westdeutsche steht. Auf den Bildern stand derselbe Ausspruch: „30 Jahre Deutsche Einheit! (Gute Sache. Aber, Freunde, das ist ein Jägerschnitzel!)“.³⁶ Trotz des eigentlich positiven und vereinenden Anlasses der Wiedervereinigung waren die Tweets bereits auf eine Konkurrenz ausgerichtet, da der Streit um das ‚richtige‘ Jägerschnitzel automatisch zu der Zuschreibung des ‚falschen‘ Jägerschnitzels führte. So unverfänglich diese Diskussion ursprünglich schien, so groß war ihre Resonanz, da die Twitter-Nutzer offenbar bereit waren, diesen Streit auszutragen und der Aufforderung zum Retweeten nachzukommen. Unter dem DDR-Jägerschnitzel wurden 127 Antworten und 159 Retweets gesammelt. Besonders hervorzuheben sind die deutlichen Abwertungen des DDR-Jägerschnitzels, die zum Teil in einen beleidigenden Charakter übergingen. Daneben gab es nur wenige Verteidiger dieser Schnitzelausführung. Es ist demnach festzuhalten, dass dieser Tweet nicht der Absicht gerecht wurde, Befürworter dieser Jägerschnitzel-Variante zu versammeln.³⁷ In den Zurückweisungen des DDR-Jägerschnitzels werden den Ostdeutschen und der DDR die Kompetenz abgesprochen, das Schnitzel, das Westdeutsche unter diesem Terminus fassen, richtig zuzubereiten. Auch in der seltenen Bestätigung dieser Schnitzel-Variante steht wiederum die Kompetenzabsprache der Westdeutschen im Fokus. Diese Metaebene könnte erklären, wieso die Ausführung einer Speise eine so große Relevanz zum Nationalfeiertag der Wiedervereinigung besaß, als dass sie sogar in den Twitter-Trends landete.

Bei den Tweets, die der DDR-Nostalgie zuzuordnen sind, fällt auf, dass in der Regel etwas mehr Text ausformuliert wurde als bei der Ostalgie. Dennoch ist festzustellen, dass Begründungen oder Erklärungen fehlten. Ein Beispiel ist ein Tweet über die Gleichberechtigung der Frau in der DDR: „In kaum einem Land der Welt haben Frauen so viel Gleichberechtigung genossen wie in der #DDR. Die ‚Wiedervereinigung‘ hat sie um Jahrzehnte zurück geworfen. Ein Interview der @Pautonomie1 mit Frauen aus der DDR zur ihrer Lebenssituation damals und heute.“³⁸ Dieser Tweet betont, wie herausragend die Gleichberechtigung der Frauen in der DDR gegenüber anderen Ländern gewesen sei. Dieser Vergleich bezieht sich außerdem auf das vereinigte Deutschland, da die Wiedervereinigung als Grund der Verschlechterung genannt wird. Dieser Rückschritt wird im Rückgriff auf die Zeitdimension ‚um Jahrzehnte‘ als äußerst verheerend und beinahe irreversibel charakterisiert. Ähnlich flüchtig fundiert bleibt der Tweet „in der DDR war man freier. #TagderDeutschenEinheit“³⁹, da nicht deutlich wird, was die Person unter Freiheit versteht. Weniger vergleichend bzw. indirekt kritisierend ist der folgende Tweet: „Vor 30 Jahren siegte die Konterrevolution. Sozialer Fortschritt, wie ein gutes Gesundheits- und Bildungssystem, Mitbestimmung in den Betrieben, all das ging verloren. Der erste Arbeiter und Bauern Staat auf deutschen Boden unterlag der äußeren und inneren Reaktion. #DDR“⁴⁰. Der Nutzer lobt zwar die Ausgestaltung des Gesundheits- und Bildungssystems und das Arbeitsklima in den Betrieben, recurriert aber eher auf ein Bedauern über diesen Verlust, als auf eine Kritik an der heutigen Form dieser Bereiche.

6. Fazit

Im Hinblick auf die Forschungsfrage ist festzustellen, dass die Aushandlung von DDR-Nostalgie und Ostalgie auf Twitter im Vergleich zu anderen Themen, die im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung stehen, eher gering ausfällt. Von den beiden Kategorien DDR-Nostalgie und Ostalgie kann sich eindeutig die Ostalgie als relevanter auszeichnen, insbesondere durch den Twitter-Trend des Jägerschnitzels. Innerhalb des Tweet-Korpus ist zudem auffällig, dass der verkürzte Ausdrucksraum durch die Zeichenbegrenzung noch kürzere rhetorische Ausführungen zur Folge hat. Bei den ostalgischen Tweets wurde ermittelt, dass die Kommunikation vorrangig über Bilder von Ostprodukten oder deren Auflistung erfolgte. Die Materialität von Twitter entbindet die Nutzer durch die Zeichenbegrenzung gewissermaßen von der Begründungs- oder

Ausführungspflicht und schürt eine Zuspitzung der Positionen. Die meisten Tweets zeichnen sich demnach durch eine einfache und schnelle Erfassbarkeit aus. Gleichzeitig wirken Bilder und Produktaufzählungen unverfänglicher als die DDR-nostalgischen Tweets, die vermehrt auf eine Kritik an aktuellen Umständen zielen. Bei den ostalgotischen Tweets standen das Jägerschnitzel als ein Twitter-Trend des Tages und die Vita-Cola im Mittelpunkt. Diese Produkte dienten der Bewertung bzw. Abwertung der Kompetenzen der jeweiligen Fremdgruppe des Autors, also den Ost- oder Westdeutschen. Dabei rekurrierten die Ostdeutschen wie im eingangs erwähnten Penny-Prospekt auf ihre geschmackliche Qualifikation. Rückwirkend sind die dort aufgelisteten Produkte den sogenannten Ostprodukten zuzuordnen. Bei den DDR-nostalgischen Tweets konnte ebenso festgestellt werden, dass sich die genutzten Leitbilder der Gleichberechtigung der Frau, der sozialen Sicherheit und der besonderen Qualifikationen im Bildungs- und Gesundheitssystem in den Werten widerspiegeln, die bereits empirisch nachgewiesen wurden. Darüber hinaus ist auch hier zu verzeichnen, dass es sich schlussendlich um Aufzählungen handelt, in denen die DDR stellvertretend für ihre Bevölkerung als qualifizierter bzw. kompetenter eingeschätzt wird.

Damit wird deutlich, dass die untersuchten Auseinandersetzungen noch immer von einem ostdeutschen Wertschätzungsbedürfnis geprägt werden, welches seit der Wiedervereinigung und den einhergehenden Umformungs-, aber auch Abwertungsprozessen besteht. Dass die Ostalgie dennoch häufiger auftritt als die DDR-Nostalgie, kann wie folgt erklärt werden: Thematisch handeln die Ostalgie-Tweets von der Wertschätzung der Kompetenzen der Ostdeutschen und davon ‚richtig‘ zu sein. Mit der Wiedervereinigung ging eine völlige Umwälzung der Rahmenbedingungen einher, die die Entwertung von Überzeugungen, Bildungsabschlüssen, Qualifikationen und bestehenden Erfahrungen einschloss.⁴¹ Die jeweiligen Orientierungsrahmen der Ostdeutschen waren kaum noch anwendbar, sodass auch die Bereiche, in denen sie sich kompetent fühlen konnten, verloren gingen.⁴² Diesen Umstand kompensierte die ostdeutsche Bevölkerung zum Teil über den Konsum; sie entschieden, was sie kaufen und verbrauchen wollten.⁴³ Deshalb verwundert es nicht, dass die Autoren der Ostalgie-Tweets zumindest beim Geschmack darauf beharren, dass sie dort qualifiziert sind und gleichzeitig eine Herabsetzung der Fremdgruppe der Westdeutschen vornehmen. Die äußerst reduzierte Kommunikation begünstigt zudem die verkürzenden Stereotypisierungen, die mit der Unterscheidung in Eigen- und Fremdgruppe einher-

gehen. Innerhalb der Eigengruppe bestehen in der Regel besonders positive Urteile. Es ist zu vermuten, dass die Idealisierung von bestimmten Bereichen der DDR, wie der vermeintlichen Gleichberechtigung der Frau, und die Vermeidung von negativen Aspekten, wie den Repressionen oder der Staatsform der Diktatur, Ausdruck der Überhöhung innerhalb der Eigengruppe ‚Ostdeutsche‘ sind.⁴⁴

Dieser Hypothese ist in weiteren Untersuchungen in Anbindung an die Erforschung von Eigen- und Fremdgruppendynamiken nachzugehen, wobei auch die Nutzung eines emotionsgeschichtlichen Ansatzes angemessen erscheint. Darüber hinaus empfiehlt sich der künftige Rekurs auf die Gedächtnisforschung, wobei die Genese der Regeln des Sagbaren einbezogen werden sollte. Diesbezüglich handelt es sich bei Twitter sehr wahrscheinlich um einen Ort, an dem das gewählte Thema nur sehr gering ‚sagbar‘ ist, weil es sich bei den sozialen Medien um öffentliche bis halböffentliche Räume handelt, wohingegen Gegengedächtnisse vornehmlich in privaten Lokalitäten ausgetauscht werden.⁴⁵ Da die ostdeutsche Schülerschaft in eben diesen privaten Räumen sozialisiert wird, bietet sich eine Verdichtung der positiven DDR-Werte und Produkte als klarer Ausgangspunkt für ausführliche inhaltliche Recherchen innerhalb der didaktischen Anwendung an.

Anmerkungen

- 1 Hervorhebung im Original. PENNY Markt GmbH: Für alles in günstig: Erstmal zu Penny. Gültig von Mo, 8.1. bis Sa, 13.1., Köln 2024, S. 20. Der Prospekt ist auch online einzusehen unter PENNY Markt GmbH: Für alles in günstig: Erstmal zu Penny. Gültig von Mo, 8.1. bis Sa, 13.1., online unter <https://www.prospektmaschine.de/penny/sachsen-anhalt-von-montag-08-01-2024-86784/?page=20> [Stand vom 02.03.2024].
- 2 PENNY Markt GmbH: Für alles in günstig (wie Anm. 1), S. 18. Diese Aussage wiederholt sich inhaltlich ähnlich auf S. 21.
- 3 Dabei ergibt sich die Struktur, dass ein alltäglicher Aspekt mit dem Zusatz ‚im Osten be like‘ versehen wird. Als Beispiele: Vgl. MDR Sputnik: Erkältungszeit im Osten be like, online unter <https://www.instagram.com/p/CyyoufiL-uD/?igsh=eGVkZHV2NTVwZTc2> [Stand vom 25.01.2024]. Vgl. MDR Sputnik: Aushalten ostdeutsche Schimpfwörter, online unter <https://www.instagram.com/reel/CxYK5nKqKZ8/?igsh=dDMzMTZidmo0d2Nv> [Stand vom: 25.01.2024].

- 4 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Reiser, Marion: Auswertung der Ergebnisse der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“. „Politisches und gesellschaftliches Bewusstsein in Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung“, in: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Berlin Ostbevern 2020, S. 204.
- 5 Vgl. Neller, Katja: DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006, S. 48.
- 6 Vgl. Wolf, Jürgen: Biografische Erinnerung und kollektives Gedächtnis. Die DDR in den Erinnerungen von Angehörigen der Geburtsjahrgänge um 1980, in: Stephan, Annegret / Möbius, Sascha (Hrsg.): Erinnern. Forschung, Bildung und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Verfolgung in der SBZ/DDR, Berlin 2009, S. 111; Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 21.
- 7 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht (wie Anm. 4), S. 14; Vgl. Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 22.
- 8 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht (wie Anm. 4), S. 26.
- 9 Obwohl der Microblogging-Dienst Twitter im April 2022 von Elon Musk aufgekauft und in „X“ umbenannt wurde, wird in diesem Aufsatz weiterhin der Name „Twitter“ genutzt, da sich der Untersuchungszeitraum des 3. Oktobers 2020 vor dieser Übernahme befindet.
- 10 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht (wie Anm. 4), S. 39, 63.
- 11 Vgl. Pallaske, Christoph: Medien machen Geschichte. Überlegungen zu Medienbegriffen des Geschichtslernens. Einführung in den Tagungsband, in: Pallaske, Christoph (Hrsg.): Medien machen Geschichte. Neue Anforderungen an den geschichtsdidaktischen Medienbegriff im digitalen Wandel, Berlin 2015, S. 11. Vgl. Aßmann, Sandra / Herzig, Bardo: Integrative Medienbildung in der Geschichtsdidaktik am Beispiel von TwHistory-Projekten, in: Pallaske (Hrsg.): Medien machen Geschichte, S. 68; Burkhardt, Hannes: Geschichte im Social Web. Geschichtsnarrative und Erinnerungsdiskurse auf Facebook und Twitter mit dem kulturwissenschaftlichen Medienbegriff „Medium des kollektiven Gedächtnisses“ analysieren, in: Pallaske (Hrsg.): Medien machen Geschichte, S. 100; Sabrow, Martin: Sozialismus, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR. München 2009, S. 200f.; Mühlberg, Dietrich: Vom langsamen Wandel der Erinnerung an die DDR, in: Jarausch, Konrad H. / Sabrow, Martin (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/Main 2002, S. 250; Pfüller, Matthias: Die Täter haben Glück, ihre Untaten verblassen und die Opfer bleiben missachtet: Vom Verschwinden ganzer Teile der DDR-Vergangenheit, in: Stephan / Möbius (Hrsg.): Erinnern (wie Anm. 6), S. 139; Drüding, Markus: Historische Jubiläen und historisches Lernen, Frankfurt am Main 2020. S. 6.

- 12 Vgl. Burkhardt, Hannes: Erinnerungskulturen im Social Web. Auschwitz und der Europäische Holocaustgedenkttag auf Twitter, in: Geschichtsunterricht – Geschichtsschulbücher – Geschichtskultur. Aktuelle geschichtsdidaktische Forschungen des wissenschaftlichen Nachwuchses 15 / 2017; Burkhardt: Geschichte in Social Media (wie Anm. 11); Paulsen, Martin: # Holodomor. Twitter and public discourse in Ukraine, in: Memory, conflict and new media / 2013; König, Mareike / Ramisch, Paul: Die twitternde Zunft. Historikertage auf Twitter (2012–2018), in: Digital History. Konzepte, Methoden und Kritiken Digitaler Geschichtswissenschaft 6 / 2022.; Strohschneider, Peter: POTUS als Twitterer, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 12 / 2018, Heft 3.
- 13 Vgl. Novosadová, Alena: DDR-Nostalgie in den neuen Bundesländern und die Geschichtspolitik der PDS, Prag 2012, S. 3, 34; Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 24f., 52, 75.
- 14 Dazu auch Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 16, 25, 48, 80.
- 15 Daraus können zum Teil auch Rückschlüsse darauf gezogen werden, was nicht erinnert wird und ob demzufolge weitere Aufarbeitungen stattfinden müssen.
- 16 Aus diesem Grund können die Darlegung und Diskussion zur Begriffsdifferenzierung, der empirische Nachweis der anhaltenden Relevanz von Ostalgie und DDR-Nostalgie als auch die Zusammenstellung der empirischen Ausgestaltungen derer, die zudem als Ankerbeispiele der Studie dienten, kaum oder nicht veranschaulicht werden. Dafür sei hiermit auf die gänzliche Veröffentlichung der zugrunde liegenden Hausarbeit aus dem Jahr 2024 verwiesen: Tober, Sarah: Die DDR erinnern: DDR-Nostalgie und Ostalgie auf Twitter, (in Druck) Halle (Saale) 2025. Der thematische Umfang der Untersuchung wird außerdem insofern eingegrenzt, als dass die Erinnerung an die DDR als SED-Diktatur, die mit Verfolgung und Repressionen einherging, in diesem Zusammenhang keine direkte Beachtung finden kann.
- 17 Vgl. Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 13., überarbeitete Auflage, Weinheim, Basel 2022., S. 12 f., 50.
- 18 Vgl. ebenda, S. 67, 84, 96ff.
- 19 Vgl. Möbius, Sascha: Einleitung, in: Stephan / Möbius (Hrsg.), Erinnern (wie Anm. 6), S. 13; Mühlberg: Vom langsamen Wandel (wie Anm. 11), S. 231, 234; Sabrow: Die DDR erinnern, in: Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte (wie Anm. 11), S. 17; Novosadová: DDR-Nostalgie (wie Anm. 13), S. 13; Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 22, 24.
- 20 Vgl. Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5); Leistner, Alexander / Böcker, Julia: „Im Osten geht die Sonne auf“. Nostalgie als soziologische Erklärung der Gegenwart von Vergangenheit in Ostdeutschland?, in: Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History 18/2021; Scherke, Katharina: Nostalgie und Politik. Eine emotionssoziologische Perspektive, in: Zeitschrift für Politik 65 / 2018, Heft 1; Vgl. Ahbe, Thomas: Ostalgie als eine Laien-Praxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische

Dimensionen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001; Ahbe, Thomas: Ostalgie. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, o. O. 2005; Ahbe, Thomas: Die ostdeutsche Erinnerung als Eisberg. Soziologische und diskursanalytische Befunde nach 20 Jahren staatlicher Einheit, in: Narrative kultureller Identität – Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989 1/2013; Lindner, Bernd: „So war es nicht!“ – „Genau so war es!“: Deutsch-deutsche Dialoge in Ausstellungen mit Kunst aus der DDR, in: Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland (wie Anm. 20); Novosadová: DDR-Nostalgie (wie Anm. 13); Allan, Seán: Good Bye, Lenin!. Ostalgie und Identität im wieder vereinigten Deutschland, in: GFL: German as a Foreign Language 1/2006; Rausch, Thomas: Zwischen Selbstverwirklichungsstreben und Rassismus. Soziale Deutungsmuster ostdeutscher Jugendlicher, Wiesbaden 1999; Frevert, Ute: Das Narrativ der Demütigung und die Gefühle der Ostdeutschen, in: Alexander Leistner / Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs, Wien, Köln 2022; Baldauf-Quilliatre, Heike / Aslangul, Claire: Ostprodukte. Ostprodukte? Konsumverhalten und Markenstrategien als Spiegel der deutschen Befindlichkeiten 20 Jahre nach der Wende, in: Cahiers d'études germaniques 58 / 2010, Heft 1; Möbius: Einleitung (wie Anm. 19); Sabrow: Die DDR (wie Anm. 19); Mühlberg: Vom langsamen Wandel (wie Anm. 11); Gries, Rainer: Der Tag der Republik, in: Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte (wie Anm. 11); Leonhard, Nina / Haag, Hanna / Heß, Pamela: Volkseigenes Erinnern. Die DDR als Gegenstand sozialer Erinnerungs- und Vergessensprozesse, in: Haag, Hanna / Heß, Pamela / Leonhard, Nina (Hrsg.): Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017 ; Heß, Pamela: Zur gesellschaftlichen Organisation von Erinnerungen Eine Annäherung am Beispiel der kontroversen Debatten um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in: Leonhard, Nina / Dimbath, Oliver / Haag, Hanna / Sebald, Gerd (Hrsg.): Organisation und Gedächtnis. Über die Vergangenheit der Organisation und die Organisation der Vergangenheit, Wiesbaden 2016.

- 21 Vgl. Leistner / Böcker: Nostalgie: S. 133 f., S. 138 f.; Gaumann, Cortina: Ost-Identität. Mehr als Trotz-nostalgie?, in: Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland (wie Anm. 20), S. 776; Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin (Hrsg.): Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt, 30 Jahre Deutsche Einheit, o. O. 2020, S. 62.
- 22 Vgl. Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 23 ff., 126, 132, 138, 188, 194, Vgl. Holtmann / Jaeck / Völkl (Hrsg.): Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 (wie Anm. 21), S. 62; Wolf: Biografische Erinnerung (wie Anm. 6), S. 113. Ähnlich Gaumann: Ost-Identität (wie Anm. 21). S. 773. Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht (wie Anm. 4), S. 11, 70. Die sogenannte Situationshypothese ist ein Erklärungsfaktor für DDR-Nostalgie und wird am häufigsten mit dem Er-

klärungsansatz der Sozialisationshypothese kontrastiert oder verschränkt. Genauer bei Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 154 ff., 212.

- 23 Vgl. Baldauf-Quilliatre / Aslangul: Ostprodukte (wie Anm. 20), S. 241. Bei der Fokussierung auf den Kauf von Ostprodukten stellt Sven Nicolai außerdem fest, dass Ost- und Westdeutsche gleichermaßen bei ihrem Kauf in erster Linie auf das Verhältnis der Qualität zum Preis achten. Vgl. Nicolai, Sven: Die Unterschiede zwischen Ost – und Westdeutschen als Erklärungsfaktor für das ostdeutsche Konsumverhalten, in: Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland (wie Anm. 20), S. 580.
- 24 Vgl. Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 29 f., 126, 134; Gaumann: Ost-Identität (wie Anm. 21), S. 773; Sabrow: Die DDR (wie Anm. 19), S. 20; Frevert: Narrativ (wie Anm. 20), S. 274; Rausch: Selbstverwirklichungsstreben (wie Anm. 20), S. 248; Heß: Organisation (wie Anm. 20), S. 261 f.; Mühlberg: Vom langsamen Wandel (wie Anm. 20), S. 217, 250; Martens, Bernd / Holtmann, Everhard: „Aber hier lebten Menschen, und die waren sehr individuell“. Die DDR und die deutsche Einheit im Gespräch der Generationen, Halle 2017, S. 60 f., 111, 118, 122, 160, 164; Anton, Andreas / Schmied-Knittel, Ina / Schetsche, Michael: Ausgeblendet. „Okkulte“ Wissens- und Erfahrungsbestände in der DDR, in: Haag / Heß / Leonhard (Hrsg.): Volkseigenes Erinnern (wie Anm. 20), S. S. 182f.; Arzheimer, Kai: Von „Westalgie“ und „Zonenkindern. Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung, in: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans / Schoen, Harald (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München 2006, S. 226f. Gleichzeitig ist zu betonen, dass Autoren wie Katja Neller, Thomas Rausch, Bernd Martens und Everhard Holtmann, aber auch Jürgen Wolf, Thomas Ahbe und Ute Frevert eingehend hervorheben, dass viele dieser subjektiven Aspekte bei einer kritischen Untersuchung in Zweifel geraten und negative Aspekte wie soziale Unzufriedenheit, Bevormundung, Überwachung, Terror, fehlende Reisefreiheit und Mangelwirtschaft ausgeblendet werden. Vgl. Neller, Katja: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 30 f., 292 f.; Vgl. Rausch: Selbstverwirklichungsstreben (wie Anm. 20), S. 265. Vgl. Martens / Holtmann: Die DDR, S. 61f. Vgl. Wolf: Biografische Erinnerung (wie Anm. 6), S. 111; Vgl. Ahbe: Ostalgie. Umgang mit der DDR-Vergangenheit (wie Anm. 20), S. 36; Frevert: Narrativ (wie Anm. 20), S. 174, 269; Holtmann / Jaeck / Völkl (Hrsg.): Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 (wie Anm. 21), S. 61.
- 25 Vgl. Baldauf-Quilliatre / Aslangul: Ostprodukte (wie Anm. 20), S. 237-240, 247; Neller: DDR-Nostalgie (wie Anm. 5), S. 39; Frevert: Narrativ (wie Anm. 20), S. 274; Sabrow: Die DDR (wie Anm. 19), S. 14; Ahbe: Ostalgie. Umgang mit der DDR-Vergangenheit (wie Anm. 20), S. 45f.; Ahbe, Thomas: Ostalgie als Laien-Praxis (wie Anm. 20), S. 783; Ahbe, Thomas: Ostalgie, Zu ostdeutschen Erfahrungen und Reaktionen nach dem Umbruch, Erfurt 2016, S. 82.
- 26 Vgl. Ahbe: Ostalgie. Umgang mit der DDR-Vergangenheit (wie Anm. 20), S. 7, 54 ff.; Neller: DDR-

- Nostalgie (wie Anm. 5), S. 52.
- 27 Vgl. Ahbe: Ostalgie. Umgang mit der DDR-Vergangenheit (wie Anm. 20), S. 48 ff.
 - 28 Vgl. ebenda, S. 43; Mühlberg: Vom langsamen Wandel (wie Anm. 20), S. 235.
 - 29 Tweets mit Bezug zur Ostalgie traten mindestens dreimal so häufig auf wie solche mit Bezug zur DDR-Nostalgie.
 - 30 Die Suche zur DDR-Nostalgie gelang nur über die Begriffe Arbeitslosigkeit, Bildungssystem und Gleichberechtigung. Hierbei kamen die Erschwernisse durch die Funktionsweise der erweiterten Suche für die Erforschung besonders zum Tragen. Diese Begriffe waren einerseits zu allgemein formuliert und erbrachten deshalb in der Mehrheit Tweets, die sich auf aktuelle Themen bezogen, wodurch die Kategorie der DDR-Nostalgie verloren ging bzw. genau diese Tweets gar nicht aufgelistet wurden. Andererseits konnte der Korpus nicht präzisiert werden, da die Tweets ansonsten keine Wörter gemeinsam hatten und Zusätze wie ‚DDR‘ oder ‚Wiedervereinigung‘ noch größere Mengen an Tweets aufgelistet hätten. Dieses Problem wurde noch gesteigert, als versucht wurde, die zielführenden Suchwörter der Ostalgie und der DDR-Nostalgie gleichzeitig abzufragen. Als weitere Eigenheit der Suchfunktion stellte sich heraus, dass die gebeugten Endungen von Wortformen nicht angezeigt wurden, wenn sie nicht in dieser Ausführung gesucht wurden. Beispielsweise wurde unter dem Suchwort Knusperflocke der Tweet, der Knusperflocken beschreibt, nicht aufgelistet. Gleichzeitig unterschied der Suchmechanismus aber nicht zwischen Nostalgie und Ostalgie, sondern zählte bei der alleinigen Suche nach Ostalgie auch die Tweets auf, in denen das Wort Nostalgie enthalten war.
 - 31 W©llterBier™ [Klinikchef]: 3.10.2020, 10:13 Uhr, online unter <https://twitter.com/Klinikchef/status/1312304781042556930> [Stand vom 1.2.2024].
 - 32 Vgl. Rausch: Selbstverwirklichungsstreben (wie Anm. 20), S. 246; Gaumann: Ost-Identität (wie Anm. 21), S. 769.
 - 33 Die Tweet-Antworten bestehen sowohl aus den Bestätigungen des Geschmacks und der Konformität in der Abwertung der westdeutschen Machart des Jägerschnitzels, als auch in der Abwertung des ostdeutschen Jägerschnitzels. Des Weiteren finden sich Beschwichtigungen, dass der Osten noch mehr gute Dinge gebracht habe. In einem Großteil der Antworten werden weitere Ostmarken aufgezählt, die entweder bloß aneinander gereiht oder in ihrem Geschmack gelobt werden. Dazu zählen Nudossi, Halloren, Bautz'ner Senf und Spreewaldgurken.
 - 34 Über den Rekurs auf eine Speise und ein Getränk wird außerdem die Aktualität dieser Einschätzung betont, da es sich nicht um nicht mehr erhältliche Ware oder Werte der DDR handelt. Auf diese Weise wird zudem eine gewisse Nachprüfbarkeit suggeriert.
 - 35 SPD-Fraktion im Bundestag [@spdbt]: 3.10.2020, 11:37 Uhr, online unter <https://twitter.com/spdbt/>

status/1312325770811858945) [Stand vom: 1.2.2024]. Das Westdeutsche Jägerschnitzel ist nicht mehr als Tweet aufzufinden, obwohl es im Laufe der Bearbeitung noch abrufbar war. Wie das Bild des Tweets aussah, kann durch den Zusammenfassungs-Tweet der SPD-Fraktion entnommen werden: Vgl. SPD-Fraktion im Bundestag [@spdbt]: 3.10.2020, 20:59 Uhr, online unter <https://twitter.com/spdbt/status/1312325770811858945>) [Stand vom 1.2.2024].

- 36 SPD-Fraktion im Bundestag [@spdbt]: 3.10.2020, 20:59 Uhr (wie Anm. 33).
- 37 Leider kann durch das Verschwinden des anderen Haupt-Tweets der SPD (wie Anm. 33) nicht überprüft werden, ob unter der westdeutschen Variante ebenfalls mehr Ablehnung zum Ausdruck kam. Innerhalb des eigentlich widerspiegelten Korpus waren die Befürworter der DDR-Variante hingegen in der Mehrheit. Auffällig ist außerdem, dass die SPD für diese Spaltung kritisiert wurde. Zudem wurden mehrere Versuche unternommen, durch den erfolgreichen Hashtag #TeamJägerschnitzel der SPD aktuelle Themen zur Diskussion zu stellen. Am Abend des 3. Oktobers verfasste die SPD-Bundestagsfraktion einen versöhnlichen Tagesabschluss, in dem die Einheit durch Vielfalt akzentuiert wurde. Dieser Tweet besaß eine deutlich geringere Reichweite, aber auch er wurde mehrheitlich durch die Ablehnung des DDR-Jägerschnitzel gekennzeichnet Vgl. SPD-Fraktion im Bundestag [@spdbt], 3.10.2020, 20:59 Uhr (wie Anm. 33). Wie die Intention der SPD-Fraktion, das Verschwinden des eines Tweets und der Tagesabschluss, sowie die Reaktion der Twitter-Gemeinschaft zusammenhängen, wäre interessant zu untersuchen, dies wird aber gleichzeitig erschwert, weil der Zugang zu den nötigen Daten durch die Plattformlogik zumindest der Autorin nicht möglich ist.
- 38 Autonomie Magazin [@Autonomie_Mag]: 3.10.2020, 13:30 Uhr, online unter https://twitter.com/Autonomie_Mag/status/1312354210348892160) [Stand vom 1.2.2024].
- 39 spasskultur[@spasskultur]: 3.10.2020, 21:36 Uhr, online unter <https://twitter.com/spasskultur/status/1312476736567664641>) [Stand vom: 1.2.2024].
- 40 SDAJ RLP [@RlpSdaj]: 3.10.2020, 9:47 Uhr, online unter <https://twitter.com/RlpSdaj/status/1312298209671286786>) [Stand vom 1.2.2024].
- 41 Vgl. Hillebrand, Mark: Ostdeutsche Selbstwahrnehmungen und Identitätskonstruktionen im Generationenvergleich, Frankfurt am Main 2014, S. 240; Gaumann: Ost-Identität (wie Anm. 21), S. 769, 771; Rausch: Selbstverwirklichungsstreben (wie Anm. 20), S. 27. Empirische Nachweise über das Gefühl der Geringschätzung der Ostdeutschen bei Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Abschlussbericht (wie Anm. 4), S. 72; Holtmann / Jaec / Reiser: Auswertung der Ergebnisse der Kurzerhebung „Deutschland-Monitor“ (wie Anm. 4), S. 205.
- 42 Vgl. Gaumann: Ost-Identität (wie Anm. 21), S. 770; Ahbe, Thomas: Ostalgie. Umgang mit der DDR-Vergangenheit (wie Anm. 20), S. 34.

- 43 Vgl. Frevert: *Das Narrativ* (wie Anm. 20), S. 262. Es ist anzumerken, dass es sich dort noch um das Ausleben der Freiheit des Westproduktkonsums gehandelt hat.
- 44 Wobei die konkrete Benennung der Eigengruppe nur vorläufig und offen für eine tiefgreifende Erforschung ist.
- 45 Diese Idee der Verknüpfung basiert unter anderem auf den Annahmen von Jarausch, Sebald und Lehmann. Die positive Erinnerung an die DDR widerspricht dem offiziellen Diskurs, wodurch ein non-konformer Austausch eher in familiären Kreisen stattfindet. In diese Auslegung fügt sich ein, dass die Debatte um das DDR-Jägerschnitzel sehr abwertend geführt wurde und innerhalb dieses Tweets der SPD kaum positive Referenzen gefunden werden konnten. Der negative Austausch könnte demnach noch immer zum Rückzug der DDR-Sichtweise führen. Dieses Vorgehen kann ebenfalls im Zusammenhang zum sogenannten Gegengedächtnis zu dieser abwertenden Sichtweise stehen, welches wiederum im Familiengedächtnis, also außerhalb von Twitter, seinen Ausdruck findet. Es wäre denkbar, dass sich diese Tendenz explizit bei Twitter niederschlägt, weil die Plattform zu diesem Zeitpunkt noch den Status als Nachrichtenquelle des öffentlichen Raums besaß. Vgl. Jarausch, Konrad H.: *Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?* in: Jarausch / Sabrow (Hrsg.): *Verletztes Gedächtnis* (wie Anm. 11), S. 14 f.; Sebald, Gerd/ Lehmann, René: „Da war plötzlich alles nicht mehr gut, was mal gut war.“. Die DDR und ostdeutscher Rechtsradikalismus zwischen Diskurs und Familiengedächtnis, in: Haag / Heß / Leonhard (Hrsg.): *Volkseigenes Erinnern* (wie Anm. 20), S. 78 f., 81; Anton / Schmied-Knittel / Schetsche: *Ausgeblendet* (wie Anm. 24), S. 182; Goudin-Steinmann, Elisa / Hähnel-Mesnard, Carola: *Erinnerung, Narration und Identität. Das kulturelle Gedächtnis der Ostdeutschen*, in: Goudin-Steinmann, Elisa / Hähnel-Mesnard, Carola (Hrsg.): *Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität*, Berlin 2013, S. 16. Ähnliches bestätigt auch Martin Sabrow in seiner *Gedächtnistypologie*. In Bezug auf die DDR-nostalgischen Funde scheint besonders das Fortschrittsgedächtnis anschlussfähig, welches unter anderem dadurch charakterisiert wird, dass es im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet und an das Bildungssystem und die Gleichberechtigung der Frau in der DDR anknüpft. Vgl. Sabrow: *Die DDR* (wie Anm. 19), S. 18 f.

Auf ganzer Linie gescheitert: Erziehung im „Jugendhaus Halle“

Udo Grashoff

„Jugendhäuser“ waren Gefängnisse für junge Menschen ab 14 Jahren. Im Unterschied zu Jugendwerkhöfen waren die Insassen von Jugendhäusern zuvor von einem Gericht zu Haftstrafen verurteilt worden. Das geschah mehrheitlich wegen kleinkrimineller Delikte wie Diebstahl, unbefugte Benutzung von Kraftfahrzeugen (oft Mopeds), Körperverletzung oder Rowdytum. Der Anteil der wegen politischer Delikte Verurteilten war gering.

Das größte und modernste Jugendgefängnis der DDR bestand ab 1971 in Halle (Saale). Der Neubau des Jugendhauses war mit Reformideen verbunden: „Wir wollen unbedingt etwas Neues machen. Wir wollen unbedingt einen wissenschaftlichen Vollzugsprozeß aufbauen“,¹ hieß es auf einer Parteiaktivtagung der Bediensteten im Jahr 1974. Jugendliche Delinquenten sollten anders behandelt werden als erwachsene Straftäter, da bei den Heranwachsenden mehr Hoffnung bestand, dass ihre Straftat eine einmalige Episode bleiben würde. Der Strafvollzug sollte milder sein als in bereits existierenden Jugendgefängnissen der DDR und sich sowohl „in Inhalt und Formen“ als auch „in den Rechtsfolgen“ unterscheiden: „Bei der Einweisung in ein Jugendhaus handelt es sich um eine Strafe mit spezifischem Erziehungscharakter“, erläuterte eine Konzeption aus den frühen 1970er Jahren: „Das schließt ein, daß die Beziehungen und feste soziale Bindungen zur Gesellschaft, ihrem Leben und insbesondere auch zu den Erziehungsberechtigten des Jugendlichen hergestellt und gefördert werden.“ Es gehe darum, ein „echtes pädagogisches Klima“ zu schaffen, um bei jugendlichen Straftätern, „bei denen über längere Zeit Fehlverhaltensweisen zu einer erheblich verfestigten Fehlentwicklung geführt haben“, eine Überwindung dieser Fehlentwicklung „durch eine exakt geplante sinnvoll gestaltete Erziehungsarbeit“ zu erreichen.²

Selbsterziehung statt Neubeginn

Eberhard Mannschatz, das „Mastermind“ hinsichtlich der Umerziehung schwer erziehbarer Jugendlicher in der DDR, maß den bei der Erziehung unweigerlich auftretenden Konflikten eine zentrale Bedeutung bei. Wenn Jugendliche durch grobe Disziplin-

verletzungen mit den Ordnungsstrukturen der Gesellschaft in Konflikt gerieten, sei das der Ansatzpunkt für eine Besserung: „Eine ‚Sternstunde‘ für die Persönlichkeitsentwicklung ist eingetreten, deren Chance genutzt oder verspielt werden kann“, schrieb Mannschatz im Jahr 1979. Die Erzieher hätten es in der Hand, darauf hinzuarbeiten, ob eine soziale Fehlentwicklung verschlimmert oder gemildert werde: „Die gesellschaftlich-erzieherische Reaktion auf eine grobe Verletzung der gesellschaftlichen Disziplin ist entweder auslösender Faktor für eine Entwicklung in Richtung Schwererziehbarkeit (bzw. weitere Ausprägung derselben) oder Einleitung der Umerziehung.“ Die große Herausforderung der Umerziehung sei es, den „Teufelskreis“ von Erziehungsdruck und Widerstand zu durchbrechen und „Voraussetzungen für einen Neubeginn“ zu schaffen.³

All das ist im Jugendhaus Halle, sieht man von wenigen Ausnahmen ab, nicht erfolgt. Die Chance der „Sternstunde“ wurde verspielt. Der Teufelskreis von Repression und Widerstand konnte in den meisten Fällen nicht durchbrochen werden. Das lag zum einen daran, dass eine Hauptmethode der Erziehung darin bestand, diese an durchsetzungsfähige Jugendliche, die sogenannten Chefs, zu delegieren. Die als Gruppen-, Trakt- und Stationsälteste eingesetzten Jugendlichen durften selbst entscheiden, mit welchen Mitteln sie die Vorgaben für Ordnung und Disziplin in ihrer Gruppe durchsetzten. Diskriminierung, Diebstahl, physische und psychische Gewalt wurden so zur alltäglichen Erfahrung der Jugendlichen. Die als Erzieher eingesetzten Offiziere wussten, dass es in den Gruppen häufig zu physischer Gewalt und Drangsalierungen kam, nahmen diese Machttechniken der Häftlingsgesellschaft aber billigend in Kauf. Sie schauten bei Rangeleien und Misshandlungen weg, solange es nicht zu schweren körperlichen Schäden kam, die medizinisch behandelt werden mussten.

Das Erziehungsprinzip hieß „Selbsterziehung“ und bedeutete nicht, wie in normativen Texten sowjetischer Kriminologen, dass Straftäter Einsicht in die eigene Verfehlung gewannen und aus dieser Einsicht heraus handelten.⁴ Im Gegenteil, die Praxis der Selbsterziehung im Jugendhaus Halle bestand darin, dass bei Verstößen einzelner Häftlinge gegen Ordnung oder Disziplin das gesamte Kollektiv bestraft und zugleich erwartet wurde, dass die Gruppe im Anschluss dem „Schuldigen“ einen Denkwort verpassen würde. Das geschah dann oft in Form schwerer körperlicher Misshandlungen.

Militärischer Drill als Erziehungsmethode

Eine zentrale Kollektivstrafe war das Strafexerzieren. „Da haben die uns stundenlang in diesen komischen Uniformen, das war Filz von der Armee, um dieses Karree gejagt, bis die ersten rechts und links abgeklappt sind. Dann wurde abgebrochen, und die kamen dann auf medizinische Station“, zitierte ein Bericht der Erfassungsstelle Salzgitter, die Menschenrechtsverletzungen in DDR-Gefängnissen dokumentierte, einen ehemaligen Häftling des Jugendhauses.⁵ Dass diese Praxis kontraproduktiv war, musste selbst der Leiter des Jugendhauses, Oberstleutnant Werner Fittke, im Jahr 1983 einräumen: „Überspitzte Disziplinforderungen einiger Erzieher, in Form der Ausführung von Liegestützen, Marschübungen u. a. den preußischen Drill kennzeichnenden Formen und Methoden führen letzten Endes zu Zweifel am humanen Charakter des Strafvollzuges, bis hin zu Störungshandlungen Strafgefangener und Jugendlicher“, mahnte er und forderte, Erzieher müssten Kenntnis haben von Konflikten in den Gruppen und darauf Einfluss nehmen.⁶ Ein Jahr später wurde er abgesetzt. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sank die Zahl der Gewalttaten. Exerzierübungen gehörten jedoch noch bis 1989 zum Alltag des Jugendhauses.

Das Festhalten am militärischen Drill geschah aus der Überzeugung, dass zur Umerziehung der jugendlichen Straftäter ein permanenter Anpassungs- und Leistungsdruck erzeugt werden müsse. Für die Leitung des Jugendhauses bestand Erziehung vor allem im Erzwingen von Ordnung und Disziplin. Das geschah, neben dem ständigen Marschieren, durch einen streng getakteten Tagesablauf, Zwangsarbeit mit hohen Leistungsanforderungen und kollektiver Unterbringung in Zellen, in denen acht bis zehn Jugendliche auf engstem Raum ohne Privatsphäre zusammengepfercht waren. Die Grundidee dieser Zwangserziehung bestand laut Mannschatz darin, kriminelles Verhalten im Sinne Makarenkos⁷ durch eine lückenlose totale Beeinflussung zu beseitigen, indem „die gesamte Ausgestaltung der arbeitsfreien Zeit durch die Erziehungskräfte des Jugendhauses bestimmt und gelenkt“ wird.⁸ Dabei waren die Grenzen zwischen routinemäßigem Drill und Schikane sowie zwischen Erziehung zu Ordnung und Disziplin und Bestrafung fließend. Ende 1976 schilderte ein Jugendlicher gegenüber dem Staatsanwalt für Strafvollzugsaufsicht, dass „sie zu jeder Gelegenheit im Laufschrift gedrillt wurden“.⁹

Wenn sich von einzelnen Gefängnispädagogen Widerstand gegen die Erziehungsmethoden regte, wurden sie der „Gefühlsduselei“ bezichtigt. So geschah es etwa auf

der bereits erwähnten „Aktivtagung“ der SED im Jahr 1974. Hier wandte sich die Parteileitung des Jugendhauses gegen zu viel Pädagogik und forderte, „vor allem, eine straffe Ordnung, Disziplin und Sicherheit mit aller Konsequenz durchzusetzen“.¹⁰ Damit ähnelte der Gefängnisalltag in Halle dem in der ersten deutschen Jugendhaftanstalt in Wittlich (1912 gegründet), wo neben der Berufsausbildung „militärischer Drill und Exerzierunterricht als ‚Erziehungsmethoden‘ [...] eine große Rolle“ spielten.¹¹ Auch die in eigens auf dem Gefängnisgelände errichteten Werkshallen durchgeführte Zwangsarbeit war durch Monotonie und zugleich durch großen Leistungsdruck gekennzeichnet. Zwar gab es für zahlreiche Jugendliche auch die Möglichkeit, eine Berufsausbildung zu absolvieren, aber die dabei erreichten Teilabschlüsse erwiesen sich für die übergroße Mehrheit als nutzlos, wenn es um die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ging. Positiv erinnert wird von mehreren ehemaligen Häftlingen vor allem der Schulunterricht. Ungefähr einhundert vor allem jüngere Inhaftierte konnten hier Abschlüsse der achten bis zehnten Klasse machen.

Gruppen als Black Box

Die wirksame Erziehung im Jugendhaus wurde durch einen Grundwiderspruch untergraben: Zum einen wurde aus ideologischen Gründen ständig beteuert, dass die Erziehung durch das Kollektiv stattfinden müsse. Zum anderen versuchten die Verantwortlichen aber kaum, Bedingungen für das Gelingen einer solchen Kollektiverziehung zu schaffen.

Bereits eine normale Gruppe war kaum in der Lage, das soziale Fehlverhalten Einzelner zu korrigieren. In einem „Kollektiv“ aus jungen Männern mit problematischen, oft aggressiven Verhaltensweisen kam der Gruppendynamik eine zentrale Rolle zu.

Allerdings wurde gerade das für einen sozialistischen Strafvollzug angeblich so zentrale „Kollektiv“ weitgehend dem Selbstlauf überlassen. Gruppen wurden vor allem nach funktionalen Kriterien zusammengestellt; es gab Gruppen für Jugendliche, die arbeiteten, und Gruppen für Jugendliche, die die Schule besuchten. Persönlichkeitseigenschaften und soziale Dynamik spielten so gut wie keine Rolle. Damit blieb das „Kollektiv“ eine Black Box, die der bloßen Verwahrung diente.

Für die meisten Jugendlichen war die Erfahrung im Jugendhaus Halle negativ, für nicht wenige sogar ein traumatisches Erlebnis, weil sich weder zu Gleichaltrigen noch zu den als „Erziehern“ eingesetzten Offizieren ein menschliches Vertrauensverhältnis

entwickeln konnte. Schematisch durchgeführte „Erziehungsgespräche“ blieben weitgehend wirkungslos.

Es gibt aber auch Häftlinge, die positive Erinnerungen an Erzieher hatten. So berichtete ein ehemaliger Häftling über menschliches Mitgefühl und Hilfe. Als seine Freundin ihm per Brief mitgeteilt habe, dass sie sich von ihm trennen wolle, sei er in Tränen ausgebrochen. „Der Erzieher reagierte verständnisvoll und tröstete ihn“ und habe sich auch weiter um ihn bemüht. Einen Suizidversuch habe er zwar nicht verhindern können, aber danach habe er ihm, auf Anraten des Haftpsychologen, „einen psychisch stabilen Jugendlichen zur Seite“ gestellt. Das habe geholfen, den Rest der Haftzeit zu überstehen.¹² Es gab also durchaus Erzieher, die versuchten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen.

Fairerweise muss auch gesagt werden, dass die große Zahl an Jugendlichen sowie die häufigen Verlegungen eine kontinuierliche Erziehungsarbeit erschwerten. Auch mussten Erzieher oft „operative Aufgaben“ übernehmen.¹³ 1982 rechnete ein MfS-Bericht vor, dass aufgrund von 17 nicht besetzten Wachtmeister-Stellen ein Angehöriger des Strafvollzugs „ca. 200 und mehr Gefangene im Rahmen der Bewegungen (Essen, zum Arbeitseinsatz) abzusichern“ habe.¹⁴ Hilfe zur individuellen Entwicklung, zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Fehlverhalten und das Aufzeigen von Lebenswegen konnte es unter diesen Bedingungen schwerlich geben.

Der Haftalltag war vor allem durch disziplinierende Körpertechniken gekennzeichnet. Politische Indoktrination gab es im Jugendhaus zwar auch, diese war aber eher zweitrangig und weitgehend wirkungslos. Das auf körperlichen Drill, Zwangsarbeit und Häftlingssubkultur basierende System der Umerziehung verhinderte eine wirksame Resozialisierung. Gemessen am selbst gesetzten Anspruch war der Jugendstrafvollzug in der DDR ein Versagen auf ganzer Linie.

Anmerkungen

- 1 Jugendhaus Halle, – SED-GO –, Parteiaktivtagung, 2.8.74, in: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, Bestand 19.1 BDVP Halle, M 558-10 Jugendhaus Halle [fortan: LAM], Nr. 38.
- 2 Konzeption. Aufgabenstellung für das Jugendhaus Halle, o.D., in: LAM, Nr. 1, Bl. 110 – 121, zit. 110 f.
- 3 Mannschatz, Eberhard: Schwererziehbarkeit und Umerziehung, Ludwigsfelde 1979, S. 31 – 33.

- 4 Vgl. Cernow, J.: Der Wille zur Selbsterziehung muß geweckt werden, in: Forum der Kriminalistik 3/1974, S. 135.
- 5 ZERF, Vermerk, 11/78, in: Bundesarchiv [fortan: BArch] Koblenz, B 197/50544, Bl. 67.
- 6 Jugendhaus Halle, – Der Leiter –, Referat zur Auswertung der Arbeitsergebnisse 1983 und Erläuterung der Aufgaben für 1984, 27.1.84, in: LAM, Nr. 15.
- 7 Anton Makarenko (1888–1939) war ein führender sowjetischer Pädagoge, der in Heimen für durch Bürgerkrieg und Not verwahrloste Kinder das Prinzip der Kollektiverziehung einführte. Seine Ideen dienten der DDR u.a. in Jugendstrafanstalten und Jugendwerkhöfen als Vorbild für den Umgang mit Jugendlichen, die nicht ins System passten.
- 8 Mannschatz, Eberhard: Entwurf zu einer Methodik der Kollektiverziehung, Berlin 1970, S. 120.
- 9 Staatsanwalt des Bezirkes Halle, Strafvollzugsaufsicht, an Leiter des JH Halle, Bericht vom 8.12.76, 13.12.76, in: LAM, Nr. 38.
- 10 Jugendhaus Halle, – SED-GO –, Parteiaktivtagung, 2.8.74, in: LAM, Nr. 38.
- 11 Dörner, Christine: Erziehung durch Strafe. Die Geschichte des Jugendstrafvollzugs 1871–1945, München 1991, S. 56.
- 12 Glocke, Nicole: Erziehung hinter Gittern. Schicksale in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR, Leipzig 2017, S. 182.
- 13 Vgl. IM „Arnold“, Bericht, April 1984, in: BArch, MfS, BV Halle, AIM 2509/87, Bd. 2, Bl. 45–47.
- 14 MfS-Abt. VII/3, Sicherungskonzeption JH Halle, 8.4.82, in: BArch, MfS, BV Halle, Abt. VII, SachNr. 1, Bl. 31–38, zit. 32.



Spielaufbau von „Wir sind das Volk“.

(K)eine Chance für die Erinnerungskultur? Ein erster Zugang zu Brettspielen über die DDR und den Eisernen Vorhang

Felix Ludwig

„Wir sind das Volk“. Mit diesem Titel wirbt ein Brettspiel, dass allerdings über die Friedliche Revolution weit hinaus geht: Nicht weniger als 40 Jahre Teilung mit der Möglichkeit eines anderen historischen Ausgangs will das Spiel abbilden. Dafür übernehmen die Spielenden entweder die Rolle der Bundesrepublik oder der DDR und

versuchen, das eigene Land aufzubauen und das andere indirekt zu destabilisieren. Dabei kann auch die DDR gewinnen. Ob die komplexe Mechanik und der kontrafaktische Ausgang tatsächlich einen positiven Beitrag zur Erinnerungskultur an die Teilungsgeschichte leisten,¹ kann dabei bezweifelt werden. Erstgenanntes grenzt den Wirkungsradius auf eine kleine Gruppe von Menschen ein, die sich für komplexe Spiele begeistern können. Letztgenanntes schafft vor allem eine Perspektive mit schalen Beigeschmack nach dem Motto: „Hätte die DDR nur anders gehandelt, sie hätte gewinnen können.“ Trotzdem verstehen die Entwickler das Spiel explizit als Beitrag zur historisch-politischen Bildung.

Dabei handelt es sich um einen zentralen Unterschied zu Brettspielen zur DDR und solchen zum Nationalsozialismus: Während letztgenannte häufig als Unterhaltung dienen und den Nationalsozialismus und hier vor allem den Zweiten Weltkrieg als Setting nutzen, verstehen sich erstgenannte auch als Bildungsprodukte. Woran liegt das? Wie versuchen diese Brettspiele, dem Anspruch gerecht zu werden? Und was bedeutet das für die Erinnerungskultur?

Für diese Fragen kann der Beitrag nur einen ersten Zugang bieten: Der Blick auf Brettspiele als Vermittler historischer Bilder ist generell neu – hier hat sich das Projekt „Boardgame Historian“ hervorgetan, das sich aufgrund des wissenschaftlichen Hintergrundes seines Gründers Lucas Bloch auf das Thema Mittelalter fokussiert.² Abseits davon hat sich nur die Plattform „Zeitgeschichte Online“ 2017 in einem Themendossier damit beschäftigt, dabei den Fokus aber auf Spiele zum Kalten Krieg und damit mit wenigen Ausnahmen (darunter „Wir sind das Volk“) auf eine globale Perspektive gelegt.³

Pädagogik an erster Stelle: Die Akteur:innen

Manche bezeichnen die letzten anderthalb Dekaden als „the golden age of board-game“. Seit ungefähr 2010 ist die Zahl der Brettspiele quantitativ und qualitativ stark gestiegen.⁴ Das Thema DDR profitierte wohl aber nur bedingt davon – Spiele zum Thema fristen noch immer ein Nischendasein. Bemerkenswerterweise tauchte die DDR allerdings schon sehr früh bereits in der Brettspielwelt des vereinigten Deutschlands auf, wie schon 1991 „Flucht in die Prager Botschaft“ (1991), das sich dem Thema Deutsche Teilung aus Perspektive ihres Endes annahm – und darüber offenkundig wiederum zur historischen Erinnerung beitragen wollte.

Fragt man nach den Gründen für den ungewöhnlichen pädagogischen Fokus der Brettspiele, so gelangt man rasch zu den Akteur:innen hinter den Produktionen: Nicht wenige Brettspiele zum Nationalsozialismus werden von amerikanischen Verlagen produziert, die den Zweiten Weltkrieg als Steinbruch für militärische Szenarien nutzen.⁵ Dies gilt international auch für den Kalten Krieg, wo die Fulda Gap und die Norddeutsche Tiefebene ebenfalls schon seit Jahrzehnten bereits als Aufmarschgebiete für kleine rote und blaue Spielplättchen dienen, die Kampfeinheiten symbolisieren.⁶ Die DDR wiederum ist popkulturell gesehen ein spezifisch deutsches Thema und wird darum vor allem von deutschen Akteur:innen behandelt. Teilweise waren einzelne Personen aktiv – „Flucht in die Prager Botschaft“ wurde durch einen Mitarbeiter der Botschaft entwickelt, der als Zeitzeuge die Besetzung durch DDR-Flüchtlinge miterlebt hatte. Aktuell ist es auf professioneller Ebene vor allem das DDR-Museum und der Spielegestalter Martin Thiele-Schweiz mit seiner Firma „Playing History“, die passende Brettspiele entwickelt. Diese sieht sich speziell als Dienstleisterin für Einrichtungen der politischen Bildung. Es ist nur folgerichtig, dass die Spiele daher einem pädagogischen Impetus folgen.⁷

Zwischen Lernen und Spielspaß: Das Fallbeispiel „Across the Iron Curtain“

Was eine solche Agenda für ein Spiel in der Praxis bedeuten kann, demonstriert „Across the Iron Curtain“, das 2016 vom polnischen Instytut Pamieci Narodowej entwickelt wurde. Obwohl es entsprechend nicht ausschließlich den Fokus auf die DDR legt, soll es daher – und da es mit dem Thema Flucht ein für die DDR-Geschichte zentrales Thema behandelt – als Fallbeispiel dienen.

In „Across the Iron Curtain“ versuchen die Spielenden, Bürger:innen des Ostblocks die Flucht über den Eisernen Vorhang zu ermöglichen. Dafür ziehen sie kleine Biographiekarten, die angeben, welche Fluchtarten die Charaktere nutzen können – sei es beispielsweise zu Fuß, mit dem Fahrzeug und dem Flugzeug. Die Person, die ihren fünften Spielstein erfolgreich auf den demokratischen Teil Europas setzen kann, hat gewonnen. Dafür spielen die Teilnehmenden bei einem Fluchtversuch Karten mit den passenden Symbolen – haben Sie genügend ausgespielt, gelingt die Flucht, fehlen Karten, so scheitern sie. Erschwert wird das Vorhaben durch zufällige Ereigniskarten, die beispielsweise einen Grenzalarm oder einen Fahrzeugschaden darstellen und die die Zahl der nötigen Symbole zusätzlich erhöhen.



Spielaufbau von „Across the Iron Curtain“

„Across the Iron Curtain“ wurde mit einer dezidiert pädagogischen Absicht produziert. Das zeigt sich an einem Anhang des Regelhefts, das für jede Fluchtart eine reale Geschichte erzählt sowie einem biographischen Überblick über den bundesdeutschen Fluchthelfer Alexander Wiegand, der an dem Spiel mitgewirkt hat. Der Anhang schließt mit der Deklaration der Menschenrechte. Das Ziel des Spieles zeigt sich allerdings auch daran, dass die Charakterkarten nicht nur mit spielrelevanten Informationen versehen sind, sondern auch mit Texten, die den Hintergrund der Personen und ihre Fluchtgründe erklären und die sehr viel Raum auf den kleinen Karten einnehmen. Die dargestellten Geschichten umspannen dabei nicht nur die DDR, sondern den gesamten europäischen Ostblock und weiten so die Perspek-

tive der Spielenden über das eigene Land hinaus. Entsprechend liegen die Spielmaterialien auch nur auf Englisch vor.

„Across the Iron Curtain“ ist ein gutes Beispiel für das Spannungsfeld zwischen spielmechanischen und pädagogischen Erfordernissen, das den meisten Spielen zum Thema DDR inhärent ist.⁸ Dass die Spielenden zuerst ihre Symbolkarten auswählen, sich damit auf eine Taktik festlegen und erst dann eine zufällige Ereigniskarte aufgedeckt wird, die die „Flucht“ teils deutlich erschwert, ist aus spielerischer Sicht kaum optimal. Es kann Spielende frustrieren, weil es ein vergleichsweise taktisches Spiel letztlich auf Glücksmomente reduziert. Mit Blick auf das pädagogische Ziel macht der Ablauf allerdings Sinn: Fluchten waren eben zu großen Teilen von Zufällen abhängig und genau dies kann ein Lernziel des Spieles sein. In der Tat ist das Spiel eines der wenigen, dass sinnig in ein Bildungsprogramm eines Projekttages eingebettet werden kann: Erstens ist die Spielzeit mit rund 45 Minuten vergleichsweise kompakt, sodass eine Vor- und eine Nachbereitung im Rahmen leicht unterzubringen ist. Zweitens sind die Regeln leicht genug, dass auch Personen, die wenig Affinität zum Thema Brettspiel mitbringen, sie erlernen können.

Lernen nur gegeneinander?

Gemeinsame Tendenzen der Spiele

Eine pädagogische Agenda, die die Spielmechanik stark beeinflusst und häufig mit einem Anspruch auf historische Vollständigkeit verbunden ist, verbindet beinahe alle Spiele zum Thema. Dies gilt selbst dann, wenn sie das Spiel deutlich komplexer gestalten. Erstaunlicherweise greifen die meisten thematisch einschlägigen Spiele zudem kaum auf moderne Spielmechaniken zurück, gleichwohl sie inhaltlich und thematisch gut passen würden. Dies betrifft insbesondere das seit Beginn der Zehnerjahre populärer werden Konzept, nicht gegeneinander, sondern gemeinsam gegen das Spielbrett zu spielen. Bei „Across the Iron Curtain“ macht es thematisch beiseitensweise keinen Sinn, dass die Spielenden als „Fluchthelfer:innen“ in Konkurrenz zueinander arbeiten, wer am meisten Fluchten ermöglicht, anstatt zu kooperieren.

Eine Erklärung dafür fehlt weitgehend: Liegt es an den auftraggebenden Institutionen, die sich vom Konzept Brettspiel neue Impulse für die Vermittlungsarbeit, vielleicht auch mehr Interesse bei den Lernenden, erhoffen – aber zu wenig Wissen mitbringen? Wäre dem so, wäre dies ein trauriger Befund für die Erinnerungskultur, würde es doch

zeigen, dass ihre Vertreter:innen sich schwer damit tun, ihre Methoden an moderne Zeiten anzupassen.

Doch fällt noch ein zweites Defizit ins Auge: Die meisten thematisch passenden Brettspiele konzentrieren sich entweder auf die große Geschichte – den Systemkonflikt, die Friedliche Revolution – oder auf biographische Zugänge von Systemgegnern wie Flüchtlingen. Anders ausgedrückt: Sie behandeln das Außergewöhnliche. Der Alltag in Schule und Beruf tauchen beispielsweise kaum auf. Das ist einerseits verständlich – sind die erwähnten Themen doch wichtige Säulen der Vermittlung. Andererseits vergeben Brettspiele dadurch einen Teil ihrer größten Stärke als Vermittlungsmedien: Sie schaffen keinen Bezug zur Lebenswelt der Lernenden und können so ihre Rolle als mögliche Türöffner weniger wahrnehmen.

Spielend DDR lernen?

Bedeutung von Brettspielen für die Erinnerungskultur

Theoretisch können Brettspiele zur Vermittlung nämlich viel beitragen: Die Lernenden als Spielende handeln eigenständig und werden mit den Konsequenzen ihres Handelns konfrontiert. Zugleich bieten Spiele die Möglichkeit, auch die Rahmenbedingungen und Entscheidungen von historischen Subjekten zu behandeln, wie dies beispielsweise „Across the Iron Curtain“ tut.

Allerdings scheinen in der Praxis die wenigsten Brettspiele für einen Einsatz in der Vermittlungsarbeit am historischen Ort geeignet. Die meisten sind dafür zu lang und regelmechanisch zu komplex, zudem fehlt (mit Blick auf Gedenkstätten) der Bezug zum historischen Ort. Als Teil der Gedenkstättenpädagogik würden sie sich nur eignen, wenn Jugendliche nicht nur zu einem Projekttag, sondern zu einer ganzen Projektwoche kommen und so eine Erweiterung der Perspektive zeitlich möglich wäre. Die Alternative – die Gestaltung eines Spiels mit unmittelbarem Bezug zum historischen Ort – ist aufgrund hoher Produktionskosten aktuell kaum praktikabel. Ein konkreter Einsatz in der Vermittlung ist entsprechend schwierig.

Ein ambivalenteres Bild zeigt sich, wenn man nach der Erinnerungskultur im erweiterten Sinne fragt: Einerseits sind die meisten Produktionen inhaltlich durchaus geeignet, einen Zugang zu wichtigen Aspekten der DDR zu geben. Die Darstellungen sind zwar historisch unterkomplex, aber eine geschichtlich angemessen tiefe Erzählung kann auch gar nicht der Anspruch eines Brettspiels sein. Vielmehr erzählen sie Ge-

schichten, lassen sie auch von den Spielenden selbst erzählen – und Geschichten als Zugang zur Vergangenheit zu nutzen, ist letztlich auch das Grundprinzip der Vermittlungsarbeit.

Unabhängig von solchen Überlegungen spielen Brettspiele in der Erinnerungskultur zur DDR im erweiterten Sinne aktuell nur eine geringe Rolle. Das verwundert wenig: Die DDR ist in der Popkultur (auch in Deutschland) zu wenig präsent, um für große Spielerverlage interessant zu sein. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass produzierte Spiele zum Thema weniger stark beworben werden (können) und damit auch in einem vor allem durch Millenials und jüngere geprägten Szenediskurs kaum präsent sind. Für die Aufarbeitungsszene bedeutet das, dass mit den aktuell verfügbaren Spielen kaum Hoffnung besteht, mittels Brettspielen im großen Stil ihre Vermittlungsarbeit in deutsche Wohnzimmer zu tragen. Dafür bräuchte es kostengünstige, maßgeschneiderte Lösungen aus den Institutionen der Erinnerungskultur.

Anmerkungen

- 1 So behauptet in: Viki Köszegi/Greta Rose Schlenker: Die Geschichte verändern! Kontrafaktisches Spielen und seine Problematik am Beispiel des Brettspiels „Wir sind das Volk!“ (2014), online unter: <https://www.zeitgeschichte-online.de/themen/die-geschichte-veraendern> [Stand vom 14.10.2025].
- 2 <https://bghistorian.hypotheses.org/> [Stand vom 14.10.2025].
- 3 Florian Greiner/Maren Röger: „We do not reward failure“. Brett- und Videospiele zum Kalten Krieg in Ost und West (1977 – 2017). Online unter: <https://www.zeitgeschichte-online.de/thema/we-do-not-reward-failure> [Stand vom 14.10.2025].
- 4 The Guardian: Board games' golden age: socialble, brilliant and driven by the internet, 14.11.2014, online unter: <https://www.theguardian.com/technology/2014/nov/25/board-games-internet-play-station-xbox> [Stand vom 14.10.2025].
- 5 Die Rechnung dahinter scheint aufzugehen: So war das Crowdfunding zur Neuauflage des Spieles „Escape von Stalingrad Z“ außerordentlich erfolgreich. In dem kuriosen, kooperativen Spiel versuchen die Spielenden gemeinsam aus einer alternativen Version von Stalingrad zu fliehen, das von Zombies überrannt wurde: <https://gamefound.com/de/projects/rayboxgames/escape-from-stalingrad-z--reloaded> [Stand vom 14.10.2025]

- 6 Bastian Högg/Niklas Löffler: Fulda Gap – The First Battle of the Next War, online unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/fulda-gap-first-battle-next-war> [Stand vom 14.10.2025].
- 7 <https://playinghistory.de/> [Stand vom 14.10.2025]
- 8 So auch in „Wir sind das Volk“: Viki Kőszegi/Greta Rose Schlenker: Die Geschichte verändern! Kontrafaktisches Spielen und seine Problematik am Beispiel des Brettspiels „Wir sind das Volk!“ (2014), online unter: <https://www.zeitgeschichte-online.de/themen/die-geschichte-veraendern> [Stand vom 14.10.2025].

Aus der Arbeit der Stiftung

Mehr Bildung wagen: Zweitägige Gedenkstättenfahrten in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Felix Ludwig

Für Vermittlung ist immer zu wenig Zeit. Diese allzu bekannte Phrase beschreibt zusammengefasst ein Kernproblem jeder Gedenkstättenpädagogik. Die Gedenkstätte Deutsche Teilung (GDT) Marienborn ist von akuter Zeitnot in zweifacher Weise besonders betroffen: Zunächst bedeutet die Lage im ländlichen Raum, dass die meisten Schulen längere Anfahrten mit dem Bus in Kauf nehmen müssen. Schon aus logistischen Gründen können die Jugendlichen daher nicht vor neun Uhr in der Gedenkstätte sein und müssen im Allgemeinen zwischen zwei Uhr und drei Uhr wieder abreisen, um die regulären Schulbusse für die Rückfahrt noch erreichen zu können – häufig müssen sie noch früher los. Abzüglich Pausen bleiben meist kaum mehr als drei oder vier Stunden für einen Projekttag. Erschwerend kommt hinzu, dass für eine Fahrt von der Gedenkstätte zu ihrer Zweigstelle, dem Grenzdenkmal Hötenleben, eine gute halbe Stunde Fahrt einzurechnen ist.

Um den wichtigen Ansprüchen der Gedenkstättenpädagogik nach Subjektorientierung und Multiperspektivität gerecht werden und zugleich die Komplexität der deutschen Teilung historisch angemessen und didaktisch heruntergebrochen vermitteln zu können, fehlt letztlich die Zeit. Der Projekttag wird allzu häufig zur raschen, auf das Notwendigste beschränkte „Druckbetankung“. Die Lösung – Gedenkstättenfahrten auf zwei oder mehr Tage auszudehnen – ist für die Gedenkstätte kaum umzusetzen: Die Übernachtungskosten im mittleren und hohen vierstelligen Bereich sind für die Institution wie auch für die Schulen aus Eigenmitteln kaum zu leisten. Entsprechend war die Bitte darum, mittels finanzieller Zuschüsse der Vermittlung der Gedenkstätte mehr Zeit zu verschaffen, eine der ersten, als das sachsen-anhaltische Bildungsministerium die Gedenkstätte 2024 zum offenen Dialog über eine Stärkung der Bildungsarbeit einlud. Dankenswerterweise ließ sich das Ministerium in Kombination mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auf das Experiment ein. Die Vorbereitung von zweitägigen Gedenkstättenfahrten konnte beginnen.

1. Vorbereitung

Grundlage für die Finanzierung war die unbürokratische und vollständige Finanzierung der Landeszentrale für Gedenkstättenfahrten für sachsen-anhaltische Schulen. Diese bundesweit einmalige Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (zu der die GDT Marienborn zählt) wurde für das Experiment deutlich erweitert und umfasste neben Bus- nun auch Übernachtungskosten. Da auch die finanziellen Mittel der Landeszentrale eine solche Förderung nur im begrenzten Maße hergaben, einigten sich die Kooperationspartner darauf, zunächst zwei solcher Fahrten mit zwei Schulen zu jeweils 50 Heranwachsenden zu finanzieren. Die entsprechenden Schulen sollten sich bewerben und unter anderem darlegen, wie sie die Fahrt vor- und nachbereiteten. Da die anvisierte Übernachtungsmöglichkeit – das mittelalterliche Kloster Ludgerii in Helmstedt unweit der Gedenkstätte – nur noch im Juni über die entsprechenden Plätze verfügte, fielen die Termine auf den Frühsommer. Das Zeitfenster war bindend: Als Unterkunft für die Jugendlichen war es in der näheren Umgebung der Gedenkstätte alternativlos.

Für die Konzeption eines Rahmenprogramms für die Schulen nutzte die Gedenkstätte bereits vorhandene Bildungsbausteine. Die zuständige Pädagogin Insa Ahrens ordnete sie mit Blick auf das erweiterte Zeitbudget allerdings neu zu einer passenden Choreographie an. Im Vordergrund stand dabei das Ziel, die Teilung aus möglichst vielen verschiedenen Perspektiven darzustellen. Die Schülerinnen und Schüler sollten verstehen, was die Grenze für jene bedeutete, die mit ihr konfrontiert wurden – als Anwohner, Reisende und Flüchtlinge. Dabei hängelte sich der Ablauf vom Allgemeinen ins Spezielle: Zunächst sollten am ersten Tag die Lernenden das Grenzdenkmal Hötensleben erkunden und zu den Zwangsaussiedlungen im Nachgang der Grenzschießung 1952 lernen. Danach lernten sie die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn als einen speziellen Ort der Teilung kennen: Sie sollten die ehemalige Grenzübergangsstelle als Bollwerk, aber auch als Kontaktstelle im Kalten Krieg verstehen. Im Abendprogramm sollten die Motion Comics der Gedenkstätte zusätzliche Perspektiven auf lockere Weise aufmachen. Am zweiten Tag stand ein Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Zentrum.





Rundgang über das Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

2. Durchführung

Das Wetter war der Gedenkstätte hold, als die ersten Busse am Grenzdenkmal Hötensleben vorfuhren. Weder durchnässte Regen die Jugendlichen, noch brannte die Sonne auf das Gelände herunter. Stattdessen schufen angenehme Temperaturen und leichte Bewölkung gute Rahmenbedingungen, die die gesamte Woche über halten sollten.

Wie bei Projekttagen üblich mussten die zuständigen Pädagoginnen und Pädagogen den Ablaufplan im Verlauf des ersten Tages anpassen: Insbesondere eine der beiden Klassen zeigte einen erheblichen Überschuss an Energie, den sie auch beim Erkunden des Grenzdenkmals kaum abbauen konnten. Das ist – nach mehreren Stunden Busfahrt – kein unübliches Problem. Anstatt den Projekttag mit Quellenarbeit fortzusetzen, wurde der Rundgang über die Gedenkstätte vorgezogen, um den Heranwachsenden mehr Bewegung zu ermöglichen. Die zweite Klasse hingegen zeigte ein starkes Interesse an den historischen Fahrzeugen, weswegen eine entsprechende Besichtigung vorgezogen wurde. Am zweiten Tag folgte mit den Gesprächen mit Zeitzeugen der

Höhepunkt des Projektes: Alfons Merkt und Detlef Hubert Peuker berichteten eindrücklich von ihren Erfahrungen mit der versuchten Flucht und der darauffolgenden Haft in der DDR.

Obwohl der zweite Durchlauf nahtlos an den ersten anschloss, wurden aus den ersten Erfahrungen bereits Anpassungen vorgenommen. Nach Rückmeldung der ersten Klassen wurde insbesondere das Abendprogramm reduziert: Anstatt aller vier Motion Comics wurden nur noch zwei gezeigt: Mit „Grenzübertritte“ und „(K)ein Wiedersehen“ wurden jene ausgewählt, die das Thema der Projekttag vertieften – und über einen Fokus auf das Thema Flucht bereits die Zeitzeugengespräche vorbereiteten. Dadurch sollte die Konzentration der Jugendlichen, die tagsüber bereits viele Stunden gelernt hatten, nicht überfordert und zugleich die Funktion des Programmpunktes erhalten werden, neue Perspektiven auf das Thema zu öffnen.

Dass nach dem ersten Durchlauf die Anpassungen vergleichsweise gering ausfielen, spricht für eine durchdachte Vorbereitung. Zugleich wurde eine Klasse am 18. Juni von einem Filmteam des Mitteldeutschen Rundfunks begleitet, das für das Abendmagazin aufnahm. Die Jugendlichen fühlten sich dadurch sichtlich geehrt. Eine Vorführung des Beitrages wurde am folgenden Tag zur Freude der Beteiligten in den Ablauf integriert.

3. Auswertung

Die zweitägigen Gedenkstättenfahrten waren als Pilotprojekt gedacht. Wie bei allen Pilotprojekten bestand nach der Durchführung der Bedarf nach Auswertung und Anpassung für eine künftige Fortsetzung. Als Grundlage dienten Feedbackbögen, die die Jugendlichen am Ende der Projekttag ausfüllten. Deren Auswertung ergab zunächst, dass die Heranwachsenden die Unterkunft gut annahmen. Was banal klingt, ist ein wichtiger Gelingensfaktor: Gerade Schülerinnen und Schüler nehmen die Lerneffekte von Projekttagen besser an, wenn sie sich wohl fühlen und neben dem Lernen auch die Möglichkeit zum Erholen haben. Umso schwerer wiegt, dass das Abendprogramm in der Evaluation am schlechtesten bewertet wurde. So sinnig es inhaltlich auch sein mag, den Abend für filmische Vorführungen zu nutzen, so sehr scheint es die meisten Teilnehmenden dann doch zu überfordern. Bei künftigen Projekten wird



wohl darauf verzichtet werden. Das Tagesprogramm hingegen wurde weitgehend gut bewertet und kann in seinem grundsätzlichen Ablauf so beibehalten werden.

Entsprechend dieser grundsätzlichen Erfolgsmeldung halten die Veranstalter eine Fortsetzung des Programmes für sinnvoll. Aufgrund des immensen finanziellen Einsatzes fand eine Wiederholung noch im Jahr 2025 nicht mehr statt. Dafür wird ein Zeitfenster im Frühjahr oder Sommer 2026 anvisiert. Der lange zeitliche Vorlauf ist auch deshalb sinnvoll, weil die Zimmer im Kloster Ludgerii vergleichsweise weit im Voraus gebucht werden müssen.

Der Einsatz lohnt sich allerdings: Ohne jeden Zweifel sorgt mehr Zeit für Projekttag dazu, dass Lerneffekte nicht nur nachhaltiger ausfallen – sondern insbesondere Raum bieten, zusätzliche Perspektiven in die Bildungsarbeit aufzunehmen.

Im Netz der Staatssicherheit – Untersuchungshaftanstalten des MfS Halle und Magdeburg. Ein Podcast-Projekt im Freiwilligen Sozialen Jahr

Helen Marx und Emelie Deter

Für die meisten Schüler*innen in Deutschland gehört ein Gedenkstättenbesuch während der Schulzeit zum Lehrplan. Oftmals handelt es sich dabei um große und bekannte Gedenkort, die an die Verbrechen der NS-Diktatur erinnern. Dass nach 1945 direkt die nächste Diktatur folgte, ist zwar vielen bekannt, doch mit den Auswirkungen des SED-Regimes zu DDR-Zeiten sind nur wenige vertraut.

Die Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale) und Moritzplatz Magdeburg sind zwei Einrichtungen, die sich mit eben jener Zeit beschäftigen. Als Freiwillige im FSJ-Kultur beziehungsweise FSJ-Politik beschäftigten wir – Helen Marx (Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle/Saale) und Emelie Deter (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg) – uns 2024 und 2025 intensiv mit dieser Zeit und vermittelten dieses Wissen auch als Besucherbetreuerinnen. Dabei standen wir regelmäßig im Kontakt mit Schulklassen, führten diese durch unsere Häuser und unterstützten bei Projekttagen oder -wochen. Während dieser Zeit fiel uns auf, dass es vielen Schüler*innen schwerfiel, sich eineinhalb Stunden lang zu konzentrieren. Die Aufmerksamkeit nahm zum Ende des Tages oder der Woche häufig spürbar ab, sodass die Auseinandersetzung unserer Einschätzung nach oft oberflächlich blieb – obwohl wir gerade Jugendlichen eine vertiefende Beschäftigung mit der Vergangenheit ermöglichen wollten.

Aus diesem Gedanken heraus entstand im Austausch unter den FSJlerinnen ein gemeinsames eigenverantwortliches Projekt: ein Podcast zur Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen. Mit diesem Format wollten wir einen konkreten Anhaltspunkt schaffen, durch den zentrale Themen unserer Führungen sowie Inhalte der Ausstellung noch einmal gebündelter und vertiefend vermittelt werden können. Der Podcast kann künftig nicht nur Teil eines Bildungsangebotes beider Gedenkstätten werden, sondern auch als individuelle Informationsquelle dienen – sowohl für interessierte Schüle-



rinnen und Schüler als auch für Einzelbesucherinnen und -besucher. Der Fokus liegt auf der DDR-Zeit, da diese in beiden Häusern eine zentrale Rolle spielt.

Ein ausschlaggebender Grund für die Wahl dieses Formats war, dass nach einem Gedenkstättenbesuch häufig noch Fragen offen bleiben – entweder, weil die Zeit vor Ort zu knapp war oder weil während des späteren Verarbeitungsprozesses Wissenslücken und Verständnisfragen entstehen. Gerade bei Projekttagen ist es oft der Fall, dass aus Zeitgründen nur eine verkürzte Führung stattfinden kann. Zudem findet angesichts des straffen Lehrplans in vielen Fällen keine konkrete Nachbereitung statt.

Von der Idee zur Umsetzung

Nach dem die Idee feststand, befassten wir uns mit deren Konkretisierung. Dabei stellten wir uns zunächst grundlegende Fragen: Wie viele Folgen sollen produziert werden? Wie viele Folgen sind realistisch umsetzbar? Welche Länge ist für Zuhörer geeignet? Welche Themen sollen in den einzelnen Folgen behandelt werden?

Gerade in der Anfangsphase war es schwierig abzuschätzen, wie viele Folgen mit welcher Länge wir planen sollten und wie viel Zeit für die Ausarbeitung erforderlich sein würde. Nachdem ein grober Rahmen feststand, widmeten wir uns der konkreten Themenauswahl. Dazu nutzten wir die Besucherbefragungen der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. Im Rahmen dieser Forschung füllen Schülerinnen und Schüler am Ende eines Projekttagess anonym einen Fragebogen aus. Darin beantworten sie verschiedene Fragen oder Aussagen in Bezug auf die erlebte Führung, das Zeitzeugengespräch sowie die pädagogische Begleitung. Durch die Ergebnisse dieser Befragungen in Kombination mit inhaltlichen Schwerpunkten, die uns persönlich wichtig waren, fiel unsere Wahl schließlich auf sieben Themen – von denen wir vier realisierten:

„Nur Stasi – Nein viel mehr!“

Da sich der Podcast lediglich mit der Zeit der DDR beschäftigt, lag der Fokus dieser Folge darauf, einen kurzen Überblick über die Geschichte der beiden historischen Orte zu preußischen Zeiten und während der NS-Diktatur zu geben.

„24 Stunden 7 Tage die Woche im Netz der Staatssicherheit – Alltag in der U-Haft des MfS“ ist der Titel der 2. Folge, welche einen Überblick über den Haftalltag und den Tagesablauf in der Untersuchungshaft bietet. Einige thematische Beispiele sind dabei die Hygienebedingungen und das Essen.

Die 3. Folge trägt den Namen „Wer macht was? Die Abteilungen IX und XIV in der U-Haft des MfS“. Hier wird kurz der generelle Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit thematisiert; tiefer beschäftigten wir uns aber mit den Aufgaben der beiden Abteilungen und dem Konflikt, der zwischen ihnen entstand.

Als letztes kann sich „Verhörzimmer: das Herzstück der Stasi U-Haft – Die Verhöre und Verhörmethoden im Überblick“ angehört werden. Dabei liegt der Fokus auf den verschiedenen Verhörmethoden, wie Schlafentzug, Einzelhaft und emotionaler Deprivation.

Dies macht deutlich, wie schwierig die anfängliche Zeitplanung war. Je intensiver wir uns mit dem Projekt beschäftigten, desto leichter fiel uns die realistische Einschätzung, welche Themen relevant waren und wie sich einzelne Inhalte sinnvoll bündeln ließen.

Zusammenarbeit über Distanz

Bedingt durch die räumliche Distanz zwischen Halle und Magdeburg arbeiteten wir meist getrennt. Da wir nicht täglich zusammenarbeiten konnten, liefen Absprachen größtenteils per E-Mail. Sobald ein Thema für eine Folge festgelegt war, erfolgte die Recherche für den jeweiligen Ort individuell. Im Vorfeld eines Treffens zur Aufnahme tauschten wir unsere Ergebnisse aus. So konnte sich die jeweils andere Person einen Überblick verschaffen und bestenfalls Gemeinsamkeiten oder Unterschiede erkennen – wodurch Gespräche während der Aufnahme strukturierter verliefen.

Diese Herangehensweise erwies sich als besonders hilfreich, da durch den Austausch lebendige Dialoge entstanden, die den Zuhörenden eine klare Struktur bieten. Die konkrete Planung der Folgen wurde im Laufe der Zeit zunehmend effizienter. Zudem lösten wir uns immer stärker von unseren Notizen – von Folge zu Folge wurde dies deutlicher. Die Struktur blieb jedoch stets dieselbe: Einleitung – Hauptteil – Abschluss.

Vor jeder Aufnahme war es wichtig, genau festzulegen, wer wann was sagt, um die Zuhörenden nicht zu verlieren. Wir bemühten uns durchgehend, einen „roten Faden“ zu verfolgen, nicht zu stark vom Thema abzuweichen und nicht zu viele Fakten auf einmal zu nennen. Auf diese Weise wollten wir verhindern, dass die Inhalte durcheinandergeraten – schließlich behandelten wir zwei unterschiedliche Orte und Gedenkstätten.



Da Recherche und Vorarbeit getrennt voneinander erfolgten, konnten finale Absprachen erst am Aufnahme-tag selbst getroffen werden – etwa zur Reihenfolge der Themenbeiträge. Durch die genannte einheitliche Struktur wurde dies jedoch erheblich erleichtert.

Herausforderungen und Lernprozesse

Die wohl größte Herausforderung, die sich durch den gesamten Projektverlauf zog, war die räumliche Distanz zwischen Halle und Magdeburg. Dadurch gestaltete sich die Terminfindung schwierig. Aufgrund der Entfernung musste jeweils ein ganzer Tag für die Zusammentreffen eingeplant werden. Da beide Gedenkstätten ein dichtes Programm an Projekttagen und Führungen haben, waren viele Tage bereits verplant. Um zu lange Lücken zwischen den Treffen zu vermeiden, etablierten wir schließlich feste Aufnahme-tage, die wir bewusst freihielten. Dies erleichterte die Organisation erheblich.

Auch das Sprechen vor dem Mikrofon erforderte Übung: Während wir anfangs sehr eng an Notizen gebunden waren, entwickelten wir mit jeder Aufnahme mehr Sicherheit, Spontaneität und eine bessere Gesprächsführung („Pingpong-Prinzip“). Die erste Folge war noch vollständig verschriftlich, was den freien Dialog einschränkte und kaum Raum für Spontaneität ließ. In den folgenden Aufnahmen verbesserte sich dies. Dazu trug vor allem bei, dass wir zu Beginn jedes Treffens detailliert festlegten, wer wann wozu etwas sagt. Eine große Hilfe war außerdem das wiederholte Stoppen zwischen einzelnen Abschnitten, die uns ermöglichten, uns neu zu sortieren und Anpassungen vorzunehmen.

Ergebnis und Ausblick

Zum Abschluss lässt sich festhalten, dass unser Projekt trotz einiger Herausforderungen erfolgreich umgesetzt wurde. Die Idee, eine effektive Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuchs zu ermöglichen und zugleich einen Vergleich der beiden MfS-Untersuchungshaftanstalten in Halle (Saale) und Magdeburg anzubieten, konnte weitgehend realisiert werden. Entstanden ist ein inhaltlich fundiertes und methodisch durchdachtes Produkt.

Besonders hervorzuheben ist, dass wir es geschafft haben, zentrale Inhalte der Ausstellungen auf eine zugängliche, dialogische Weise aufzuarbeiten – trotz räumlicher Distanz, zeitlichen Engpässen und technischer Hürden. Der Vergleich unserer beiden

Einsatzstellen trug zu einem differenzierten Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Orte bei.

Auch wenn sich die konkrete Umsetzung – etwa bei der Anzahl der Folgen oder beim Arbeitsaufwand – anders entwickelte als ursprünglich geplant, entstand ein stimmiges und vielseitig einsetzbares Format: zur vertieften Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuchs, zur individuellen Vor- oder Nachbereitung für interessierte Einzelpersonen oder als Bildungsangebot innerhalb der pädagogischen Arbeit beider Einrichtungen. Eine Weiterführung des Projekts ist grundsätzlich denkbar – sei es durch zusätzliche Podcast-Folgen, die auf spezifische Themenwünsche von Besuchenden eingehen oder durch die Ergänzung mit Begleitmaterialien. Zudem besteht die Möglichkeit, dass zukünftige Freiwillige an das Format anknüpfen und es mit neuen Perspektiven und Inhalten fortführen.





Die sowjetische Alliiertenkontrolle 1989.

Objekt 06104 – Lehrmodell Sowjetische Alliiertenkontrolle. Ein Bericht über ein eigenverantwortliches Projekt

Henriette Rössner

Von 2024 bis 2025 absolvierte ich mein Freiwilliges Soziales Jahr Kultur in der Gedenkstätte Deutsche Teilung (GDT) Marienborn. Im Rahmen dessen machte ich als eigenverantwortliches Projekt ein Übungsmodell der sowjetischen Militärkontrolle – Objekt 06104 – der Öffentlichkeit und für die Vermittlungsarbeit zugänglich. Damit wollte ich etwas Nachhaltiges für die Gedenkstätte beitragen. Das Modell füllt eine Lücke: Während die Gedenkstätte auf einen großen Bestand von originalen Gebäuden und Raumstrukturen zurückgreifen kann, sind andere Teile der ehemals größten innerdeutschen Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn unvollständig oder gar nicht

mehr erhalten. Daher ist es besonders wichtig, diese Leerstellen anhand von Modellen sichtbar erfahrbar zu machen.

Die Sowjetische Alliiertenkontrolle ist einer jener verschwundenen Orte, die nach dem Ende der Grenzkontrollen 1990 abgerissen wurden. Als von der GÜSt separierter Kontrollpunkt für Angehörige der alliierten Militärs bildet sie ein Alleinstellungsmerkmal für den heutigen Erinnerungs- und Bildungsort, der GDT Marienborn. Da allerdings nur das Fundament der Kontrollbaracke erhalten ist, mussten sich Besucherinnen und Besucher bisher auf historische Fotos und ihre Vorstellungskraft stützen, um die ehemalige Kontrollpraxis der Sowjets einordnen und verstehen zu können. Mit der Instandsetzung und Präsentation des Modells der Alliiertenkontrolle im Kommandantenturm, gleich neben dem erhaltenen alliierten Kontrollareal, bietet sich ein neuer Zugang.

Ausgangssituation und Ziele des Projektes

Das Modell der Alliiertenkontrolle mit der Inventarisierungsnummer „Objekt 06104“ ist Teil des Sammlungsbestands der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Es ähnelt einer Modelleisenbahn-Platte, zeigt den Ausschnitt der Autobahn mit allen Schranken- und Ampelsystemen, die für die Sowjetische Militärkontrolle zu nutzen waren. Das Modell ist nicht im originalgetreuen Maßstab angefertigt worden. Vermutlich wurde es von Laien, wahrscheinlich von sowjetischen Soldaten, mit begrenztem Know-how und den gerade vorhandenen Materialien angefertigt. Im Vordergrund stand offenbar das Funktionale: die Kontrollabläufe an der Grenze zu demonstrieren und nachvollziehbar zu machen. Gleichwohl kann es heute dazu dienen, Besucherinnen und Besuchern vertiefendes Wissen zum Ablauf der Alliiertenkontrolle an der GÜSt Marienborn zu vermitteln.

Ziel des Projektes ist es also, einen interaktiven Zugang bereit zu stellen, um einerseits den Aufbau der Sowjetischen Alliiertenkontrolle zu zeigen, da dieser Bereich nur noch rudimentär erhalten ist, und andererseits die Abläufe an der Alliiertenkontrolle und die Arbeit der sowjetischen Soldaten an der Grenzübergangsstelle darzustellen. Das originale Objekt dokumentiert die Kontrollarchitektur der Sowjets und gibt zugleich Auskunft über einige Rahmenbedingungen der Ausbildung und Einarbeitung der sowjetischen Kontrolleure. Die Militärspur war weder für die deutschen Kontrollleurinnen und Kontrolleure noch für die Reisenden einsehbar. Eine Sichtschutzwand aus intransparenten Glaselementen trennte den Alliiertenbereich von der GÜSt. Der





Das Modell der Sowjetischen Alliiertenkontrolle im Kommandantenturm.

im Modell mögliche Einblick in die Funktionsweise der sowjetischen Kontrollen kann daher Gästen helfen, die bauliche Situation und die Kontrollpraxis zu visualisieren. Um das Objekt für die Gedenkstättenarbeit aufzubereiten, galt es aber zunächst, Informationen über dessen Entstehung und Nutzung zu sammeln sowie das Modell instand zu setzen.

Recherchen zur Geschichte des Modells

Zunächst musste die Entstehung des Objektes geklärt und Informationen zu dessen Verwendung durch die Sowjets gewonnen werden. In der Objektdatenbank der GDT Marienborn ist eine Übergabe des Modells durch eine Privatperson im Jahr 2005 vermerkt. Leider gibt es keine weiteren Auskünfte dazu, wie diese in den Besitz des Modells kam und ob sie Kenntnisse zu dessen Anfertigung und Verwendung hatte. Der Schenker verstarb zwischenzeitlich, sodass keine erneute Kontaktaufnahme möglich war.

Eine Anfrage an das Alliiertenmuseum in Karlshorst Berlin ergab, dass sich in dessen Archiv ähnliche Miniaturmodelle der Sowjets befinden, die zu Übungszwecken genutzt wurden. Entsprechend kann ich annehmen, dass das Modell im Bestand der Gedenkstätte einem ähnlichen Zweck diene: Die eingesetzten Soldaten erlernten und übten die Kontrollvorgänge an diesem Modell, damit sie die Reihenfolge der Abfertigung westlicher Alliierten verstehen und durchführen konnten. Die sowjetische Anleitungsstruktur war für eine multiethnische Armee bestimmt. Deswegen wurde ein Modell verwendet, das sich auch heute noch zu Anschauungszwecken der Beschaffenheit des (historischen) Kontrollareals und für die Vermittlung der Kontrollvorgänge eignet.

Um weitere Informationen zur Aufarbeitung dieser Modellarten zu erhalten und Unterstützung bei den weiteren Arbeitsschritten zu bekommen, besuchte ich in Begleitung eines Kollegen der Gedenkstätte die zuständigen Fachleute im Alliiertenmuseum in Berlin. Dort erfuhren wir, wie man professionell mit Miniaturobjekten umgeht und welche Geschichte(n) mit historischen Objekten verbunden sind. In Gesprächen mit Museumsleiter Dr. Jörg Morré und der Restauratorin/Museologin Ann-Sophie Winterhoff konnte ich die Vermutung bestätigen, dass es sich bei dem Depotfund in der GDT Marienborn um ein Ausbildungsmodell gehandelt haben muss.

Zusätzlich versuchte ich, Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie weiteren Personen im Umfeld der Alliiertenkontrolle zu führen. So kam ich in Kontakt mit einem ehemaligen sowjetischen Soldaten. Er selbst war nicht als Kontrolleur tätig, sondern als Fahrer des sowjetischen Kommandeurs der Truppen in Marienborn. Allerdings übte er, nach eigenen Angaben, zu Beginn seiner Dienstzeit in Marienborn an diesem Modell das Verhalten am Kontrollpunkt. Auf diese Weise konnte ich die Funktion des Objekts ein weiteres Mal bestätigen.

Instandsetzung und Präsentation des Modells

Für die Reinigung, Stabilisierung und die technische Instandsetzung des Modells konnte ich zwei Modellbauer in der Region ausfindig machen. Die handwerklichen Arbeiten für die Unterkonstruktion und die Vitrine zur Präsentation des Modells wurden durch eine Tischlerei ausgeführt.

Die beiden Modellbauer, René Dosdal und Ralf Quedenfeld aus Hakenstedt haben sich dazu bereit erklärt, das Objekt vorsichtig vom Staub zu reinigen und die losen Bauteile wieder zu fixieren. Beim genaueren Hinsehen der verbauten Kabel und tech-



nischen Kleinteile datierten sie das Modell auf die 1960er Jahre. Offenbar griffen die Erbauer auf vorhandenes Material aus dem Modelleisenbahnbau zurück, veränderten einige Bauteile für ihre Zwecke und versahen alle Anlagen wie Peitschenlampen, Ampeln, Schranken und Schlagbäume mit elektrischen Leitungen. Die Netzteile wurden allesamt selbst aus eigenen Beständen der Modellbauer zusammengelötet. Die Teile, wie sie in dem Objekt verbaut wurden, sind entsprechend Einzelstücke und nirgends so zu finden. Besonders einfallsreich, so die Modellbauer, ist das System, das die nach vorn aufgehenden Schrankenarme bewegt: Bei wechselndem Ampellicht können die Schranken und Schlagbäume geöffnet und geschlossen werden. Über einen Klingelknopf kann das akustische Signal für Alarm simuliert werden.

Das Licht in den Peitschenlampen konnte nicht reaktiviert werden, da sonst größere Eingriffe in die originale Substanz notwendig gewesen wären. Da der Erhalt der originalen Bauteile und vorhandenen Materialien im Vordergrund stand, müssen die Lampen außer Funktion bleiben. Jedoch konnten die Schranken und Schlagbäume wieder in Betrieb genommen werden. Damit kann der zentrale Teil des Erklär- und Übungsmodells wieder genutzt werden.

Im Rahmen einer eigenen Veranstaltung konnte ich das Objekt der Öffentlichkeit vorstellen. Es ist im Kommandantenturm, in unmittelbarer Nachbarschaft zum historischen Kontrollgelände mit dem Barackenfundament der Sowjetischen Militärkontrolle, ausgestellt und für Besucherinnen und Besucher bei geführten Rundgängen zugänglich.

Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Lydia Maria Arantes ist Projektleiterin des DELPHINA. Ein multimodales erinnerungskulturelles Vermittlungsprojekt im Vorarlberg Museum Bregenz. | **Mathias Deinert** ist Referent Kulturgutentziehungen SBZ/DDR bei der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste. | **Emelie Deter** ist Studentin der Rechtspflege an der norddeutschen Hochschule für Rechtspflege, Hildesheim und war 2024/25 Freiwillige im Sozialen Jahr (Kultur) in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Prof. Dr. Udo Grashoff** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden, apl. Professor an der Universität Leipzig und Vorsitzender des Vereins Zeit-Geschichte(n) Halle (Saale). | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Felix Ludwig** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Helen Marx** ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Universität zu Köln und war von 2024/25 Freiwillige im Sozialen Jahr (Politik) in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Niklas Poppe** ist pädagogischer Mitarbeiter in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Henriette Rössner** war 2024/25 Freiwillige im Sozialen Jahr (Kultur) in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Sarah Schröder** ist Referentin Grünes Band am Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt. | **Anna Skiba** ist Leiterin des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Magdeburg e.V. | **Sarah Tober** studiert Geschichte und Ethik für das Lehramt an Gymnasien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. | **Justus Vesting** ist Referent Grünes Band am Institut für Landesgeschichte beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt. | **Beate Ziehres** ist Mitarbeiterin im Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e.V. | **Evelyn Zupke** ist SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag.

Fotonachweis

Titelfoto: Kranzniederlegung am Grenzdenkmal Hötensleben anlässlich des 73. Jahrestages der Schließung der innerdeutschen Grenze und des Beginns von Zwangsaussiedlungen, 26. Mai 2025.

S. 3, 7, 8, 63, 67, 129, 139, 140, 148: Foto: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S.10, 11, 15: Foto: Nachlass von Delphina Burtscher | S. 28: Sammlungsbestand Bürgerkomitee | S. 32: Reiner Krauße, Sammlungsbestand Bürgerkomitee, RK00164 | S.33: Reiner Krauße, Sammlungsbestand Bürgerkomitee, RK00168 | S. 35: Maria Wündisch | S. 37: Anna Skiba | S. 41: BArch, MfS, BV Halle, Abt. VII, Nr. 2, S. 27 | S. 44: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE | S. 50: BArch, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 543, Teil 2 von 2, S. 153 | S. 55: Sarah Schröder | S. 56: Nachlass Lutz Brandt, SIG 2017/08/0006 | S. 57: Nachlass Lutz Brandt, SIG 2017/08/0015 | S. 60: LDA | S. 70, 75, 83: Bad Harzburg-Stiftung, Ahrens-Fotoarchiv, Herbert Ahrens | S. 77: LDA, Fundstellenarchiv, Ortsakte Stapelburg | S. 81: Archiv Heimatver-

ein Abbenrode | S. 82: Abb. 5: Archiv Heimatverein Abbenrode | S. 86, 87: Privatarchiv Lothar Engler | S. 95: Thomas Imo / Photothek, DBT-Bilddatenbank Nr. 5025833. | S. 97: KulturQuadrat Schloss Zörbig, Museum, Negativfilm-Signatur IX/403/Mu95, Bildscan 2023-12-13-15-19-0001. | S. 100: Stefan Deutsch, DZK | S. 103: Inga Haar, DBT-Bilddatenbank Nr. 5004742. | S. 150: Günter Mach, Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Dr. Daniel Bohse, Dr. Susan Frisch, Dr. Felix Ludwig, Matthias Ohms, David Paul,
Dr. Kai Langer (v.i.S.d.P.)

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
Mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist
tagsüber zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte
geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr |
Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr sowie nach Verein-
barung | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr | Öffnungszeiten
Grenzdenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT